

DOKUMENTE DES Fortschritts INTERNATIONALE REVUE

.....
**HERAUSGEGEBEN VON PROF: RODOLPHE
BRODA: PARIS IN VERBINDUNG MIT
DR: HERMANN BECK: BERLIN + VER-
LEGT BEI GEORG REIMER: BERLIN: WSS**

.....
**JÄHRLICH 11 HEFTE FÜR 10 MARK
PREIS DES EINZELHEFTES 1 MARK**

.....
**AUSGEGEBEN ANF: SEPTEMBER 1908
I. JAHR 9. HEFT**



**BERN
HARD**

INHALT:

NACHDRUCK VON ARTIKELN IST MIT QUELLENANGABE GESTATTET.
UM DER PRESSE DEN ABDRUCK ZU ERLEICHTERN, ERSCHEINEN KURZE AUSZÜGE AUS DEN ARTIKELN
IN DER BERLINER UNIVERSAL-KORRESPONDENZ, CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 122.

ABHANDLUNGEN:

- DR. JACQUES BERTILLON, PARIS: EINFLUSS DER GE-
SETZGEBUNG AUF DIE HÄUFIGKEIT DER EHEN.. 811
PAUL MARGUERITTE, PARIS: DAS PROBLEM DER EHE-
SCHEIDUNG 814
ADELE SCHREIBER, BERLIN: DIE MUTTERSCHUTZ-
BEWEGUNG IN DEUTSCHLAND 819
DR. BLASCHKO, BERLIN: DIE GEFAHREN DER PROSTI-
TUTION 825
ROMAN STRELTZOW, BERLIN: EROTISMUS IN RUSSLAND 830

RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS:

- VON PROF. DR. RODOLPHE BRODA, PARIS 834
[IX. ENTWICKLUNGSTENDENZEN IN EHE UND
FAMILIE]

KORRESPONDENZEN:

- ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG 841
A. BEAVES: DER KAMPF ZWISCHEN TRUSTS UND VOLK IN AMERIKA (841). — M. J.
LANDA: DIE LANDFLUCHT IN ENGLAND (846). — SIR ROBERT STOUT: WIEDERAUF-
LEBEN DES URKOMMUNISMUS BEI DEN MAORIS IN NEU-SEELAND (850).
POLITISCHE ENTWICKLUNG 857
W. OUALLID: DIE EINGEBORENENFRAGE IN DER FRANZÖSISCHEN KOLONIE AL-
GERIEN (857). — J. SRIRAMULU: DIE INDISCHE FREIHEITSBEWEGUNG (859).
SOZIALE ENTWICKLUNG 863
E. BRÜNNER-HOEPFNER: DIE VERHEIRATETE LEHRERIN (863).
ARBEITERBEWEGUNG 878
CH. MALATO: DIE PROLETARISIERUNG DER EINGEBORENEN AUF DEN INSELN DES
PAZIFISCHEN OZEANS (878).
MORALISCHE UND RECHTSENTWICKLUNG 885
DR. JULIAN MARCUSE: SEXUELLE ETHIK UND CHRISTENTUM.

UMSCHLAG UND AUSSTATTUNG ZEICHNETE
LUCIAN BERNHARD, BERLIN.

DR. JACQUES BERTILLON, CHEF DES STATISTISCHEN AMTES DER STADT PARIS: EINFLUSS DER GESETZGEBUNG AUF DIE HÄUFIGKEIT DER EHEN.

(Auszug aus dem in unserer französischen Ausgabe erschienenen Artikel.)



ALLZU häufig wird die Behauptung verbreitet, daß staatliche Gesetze ohne jeden Einfluß auf die Entwicklung der Volkssitten seien; aber auch dieser Gemeinplatz, wie so viele andere, hält der klaren Erkenntnis der Tatsachen nicht stand. Ein schönes Beispiel hierfür wurde durch das französische Gesetz vom 21. Juni 1907 geliefert, das die zur Eheschließung notwendigen Formalitäten überaus vereinfacht hat und deshalb von allen Liebesleuten ungemein geschätzt wird.

Das bürgerliche Gesetzbuch vom Jahre 1804 hatte die Eheschließung von einer Reihe zeitraubender Förmlichkeiten, insbesondere von der Zustimmung der Eltern, resp. zumindest dem Nachweis, daß diese von der beabsichtigten Eheschließung verständigt wurden, abhängig gemacht. Viele Liebesleute, die gerne auch vor dem Gesetz Mann und Weib geworden wären, aber all diese zeitraubenden Nichtigkeiten scheuten, zogen es vor, in formlosem Liebesbunde ohne gesetzliche Eheschließung zu leben. Das neue Gesetz sieht vor, daß man sich nach Erreichung des 30. Lebensjahres ohne Einwilligung und ohne Verständigung der Eltern verhelichen dürfe, zwischen 21 und 30 Jahren wohl ohne Einwilligung, aber nur nach vorheriger Verständigung derselben. Es soll jedoch, im Falle die Eltern abwesend sind, von nun an keine weitere Förmlichkeit gefordert werden; wenn der Friedensrichter und vier Zeugen diese Abwesenheit bestätigen, genügt dies. Bislang war hierfür ein eigener Gerichtsbeschluß notwendig gewesen, große Ausgaben an Geld und Zeit hatte dieser verursacht. Der Wegfall dieser Bestimmungen insbesondere hat die Zahl der Eheschließungen sehr stark vermehrt.

Gibt es denn so viele Menschen, die sich gegen den Willen ihrer Eltern verheiraten? Nein, gewiß nicht! Was so viele junge Leute trotz allem guten Willen an der Eheschließung verhinderte, war nicht der Widerstand der Eltern, sondern die Vielfältigkeit der Schreibereien, die zum Beweis, daß solcher Widerstand nicht besteht, gefordert wurden. Die Menge der Papiere, deren Ausfüllung man forderte, überstieg und übersteigt leider noch jetzt alle Grenzen der Phantasie. In Frankreich allein, und sonst in keinem Lande werden die armen jungen Leute so gequält. Viele Vorschriften sind durch das neue Gesetz endlich beseitigt; viele andere bestehen leider noch fort, zum Ärger und Verdruß der unglücklichen Brautleute, die noch nicht das Alter von 30 Jahren erreicht haben, d. h. gerade für diejenigen, die im besten Heiratsalter stehen. Immerhin bedeutet das neue Gesetz einen Schritt voran und hat tatsächlich alle Wirkungen erreicht, die der Antragsteller, Deputierter Abbé Lemire, von ihm erwartete. Wir wollen in folgendem hierfür den Beweis antreten.

Niemals sind in Frankreich seit 100 Jahren so viele Ehen geschlossen worden (wenn wir wenige, außerordentliche Jahre, insbesondere 1872 und 1873, ausnehmen, wo die durch den Krieg aufgeschobenen Ehen zum Abschluß gelangten), als im Jahre 1907; dieses Jahr weist 8421 Eheschließungen mehr auf als das vorhergehende Jahr. Wenn diese Steigerung tatsächlich

mit dem neuen Gesetz in Verbindung zu bringen sein soll, so muß sie sich vor allem in den Städten geltend machen, denn in den Dörfern sind die Eltern ja selten abwesend, und die Geburt- und Todesregister in der Regel nicht umfangreich; es ist also durchaus leicht, Auszüge aus ihnen zu produzieren. Anders in den Städten, wo es fast immer Papiere gibt, die von weither zu beschaffen oder ganz unauffindbar sind. Tatsächlich ergibt die Statistik, daß in den Städten vor allem die Zahl der Eheschließungen beträchtlich zugenommen hat. In Paris selbst hat es noch niemals so viele Eheschließungen gegeben als in diesem Jahre, und im Jahre 1908 setzt sich diese Vermehrung fort, ja, ist noch stärker als im Vorjahre.

In den ersten 12 Wochen des Jahres 1907 (Januar bis März) wurden 5725, in den ersten 12 Wochen des Jahres 1908 (Januar bis März) 6874 Ehen eingegangen, somit ein Mehr von 1149, d. i. eine Vermehrung um ein Fünftel. Gegenüber je 10 Brautleuten, die ehemals ans Ziel ihrer Wünsche gelangten, gibt es jetzt deren 12. Vielleicht wäre diese Folgerung aber doch etwas zu weit gehend, denn erfahrungsgemäß sind die Eheschließungen während der Fastenzeit relativ selten, und im Jahre 1907 hat diese bereits am 13. Februar, im Jahre 1908 erst am 4. März begonnen. So fallen auf die genannten 12 Wochen des Jahres 1907 7 Fastenwochen, und in die des Jahres 1908 nur 4. Es ist daher richtiger, die Jahre 1908 und 1906 zu vergleichen, da in ihnen die Fastenzeit ungefähr am gleichen Datum begonnen hat. Dieser Vergleich ergibt: in den ersten 12 Wochen des Jahres 1906 (Januar bis März) 6302, in den ersten 12 Wochen des Jahres 1908 (Januar bis März) 6874 Eheschließungen, somit ein Mehr von 572, immerhin noch eine starke Zunahme.

Daß das neue Gesetz in durchaus demokratischem Sinne gewirkt und besonders für die arme Bevölkerung wesentliche Erleichterungen mit sich gebracht hat, ergibt nachstehende Statistik.

Zahl der Eheschließungen

in Paris während der 24 letzten Wochen (Juli bis Dezember) des Jahres:

	1906	1907		
	Vor	Nach		
	dem Gesetz		Differenz	
8. Stadtbezirk (Champs Elysés, sehr reich)	438	485	+	47
1., 7., 9., 16. Stadtbezirk (reich)	1964	1987	+	23
6. Stadtbezirk (sehr wohlhabend)	423	490	+	67
2., 3., 4., 5., 10., 17. Stadtbezirk (wohlhabend)	3491	3985	+	494
11., 12., 14., 15. Stadtbezirk (arm)	3252	3669	+	417
13., 18., 19., 20. Stadtbezirk (sehr arm) ...	3356	3912	+	556
Total	12924	14528	+	1604

Wir sehen, daß für die reichen Bezirke sich nur geringfügige Erhöhungen ergeben, da für die in ihnen wohnenden wohlhabenden und gebildeten Familien die vorgeschriebenen Formalitäten bloß lästig, aber nicht ehementernd waren. Im Gegensatz hierzu sehen wir ein starkes Aufschwellen der Eheziffer in den armen Bezirken, weil die in ihnen lebenden dürftigen Familien früher durch das Übermaß der Formalitäten allzuhäufig von der Ehe abgeschreckt wurden.

Bedeutend weiter als das neue französische geht das belgische Gesetz vom 30. April 1896. Dasselbe gestattet den Männern und Frauen über 21 Jahren, sich ohne Zustimmung ihrer Eltern zu verheiraten, und entbindet sie somit von einer großen Menge von Förmlichkeiten, deren Sinn sie niemals

begriffen. Freilich mag man einwenden, daß es manche jungen Leute geben möge, wenig intelligent und ohne Achtung für den Willen ihrer Eltern, die so in die Lage kommen, eine unvernünftige Ehe zu schließen. Gewiß, das mag vorkommen, um so schlimmer für den jungen Trotzkopf. Kann es aber richtig sein, um weniger Trotzköpfe willen, die ihre Dummheit übrigens trotz aller Vorbeugungsmaßregeln doch später noch begehen werden, allen ihren Altersgenossen Ausgaben, Zeitverlust und zwecklose Aufregung aufzuerlegen? Die belgischen Gesetzgeber haben dies nicht angenommen, und der beste Beweis für die Richtigkeit ihrer Auffassung sind die Ergebnisse des belgischen Gesetzes:

1. Die Ehen sind zahlreicher geworden;
2. sie werden in jüngeren Jahren abgeschlossen,
3. die illegitimen Geburten sind seltener geworden.

Auf 1000 unverheiratete Frauen kamen pro Jahr uneheliche Geburten:

1881—1885	19	} unter dem alten Gesetz;
1886—1890	19	
1891—1895	19	
1896—1900	17	} unter dem neuen Gesetz.
1901—1905	14	

Besonders in den Fabrikdistrikten Belgiens ist der Einfluß des Gesetzes ein sehr großer gewesen. Man sieht daraus, wie sehr all das, was wir als Moral oder Unmoral ansehen, von den nüchternen tatsächlichen Verhältnissen abhängig ist, wie sehr es in unserer Macht steht, die große Anzahl unehelicher Geburten einzuschränken, und diesen freien Verbindungen gegenüber die gesetzliche Ehe, die für Erziehung der Kinder weit aus günstigere Chancen bietet, zu befördern.

Das französische Gesetz, das wir nannten, geht durchaus nicht so weit, wie das belgische, und bedarf noch wichtiger Verbesserungen, vor allem sollte auch für die Eheswerber zwischen 21 und 30 Jahren der Nachweis, daß sie ihre Eltern verständigten, durchaus und bedingungslos wegfallen. Des ferneren wäre noch eine scheinbar unwichtige und doch bedeutungsvolle Reform zu empfehlen. Viele Arbeiter verheiraten sich nicht und ziehen es vor, in freier Ehe zu leben, bloß deshalb, weil sie keinen Arbeitstag verlieren wollen; genau aus dem gleichen Grunde, aus dem sie sich nicht impfen lassen. Das Motiv mag seltsam erscheinen, und doch ist es wahr. Aus dem gleichen Grunde übrigens wird eine so große Anzahl von Ehen in Paris am Samstag geschlossen, um so den Sonntag als „Wonnemond“ vor sich zu haben. Könnte man nicht den Standesämtern vorschreiben, daß sie Eheschließungen auch am Sonntag vornehmen? Gewiß gäbe es viele, die von dieser Möglichkeit Gebrauch machen würden.

Das ganze Problem ist für Frankreich besonders deshalb wichtig, weil seine Bevölkerung stagnär bleibt, und wichtige soziale und politische Gründe eine Vermehrung der Bevölkerung wünschenswert erscheinen lassen. Es ist bekannt, daß freie Verbindungen durchaus nicht die gleichen Chancen für zahlreiche Nachkommenschaft bieten als gesetzliche Ehen. Nicht nur, daß in ersteren viel mehr Vorbeugungsmittel gegen die Konzeption in Anwendung kommen, auch die Kindersterblichkeit ist in ihnen viel größer. Eine Beförderung der gesetzlichen Ehen bringt also bedeutende Erhöhung der Nach-

kommenschaft mit sich. Es liegt daher im eminentesten Interesse Frankreichs, durch rücksichtslose Unterdrückung aller zwecklosen Förmlichkeiten die Zahl der Ehen zu erhöhen.

In den allermeisten Fällen, in denen die Eltern ihre Zustimmung verweigern, ist es deshalb, weil sie mit den Einkommens- und Vermögensverhältnissen des künftigen Schwiegersohnes oder der künftigen Schwiegertochter nicht zufrieden sind. Gegenüber diesen unsittlichen, finanziellen Gesichtspunkten die freie Herzenswahl der jungen Leute selbst zu fördern, heißt der Stimme der Natur und dem freien Walten der Gesetze natürlicher Auslese zum Siege verhelfen. Die Freiheit der Eheschließung gehört gewiß zu jenen Freiheiten, die nicht bloß für die jungen Leute vom größten subjektiven Werte, sondern auch für gesunde, fortschrittliche Entwicklung der Gattung von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind.



PAUL MARGUERITTE, PARIS: DAS PROBLEM DER EHESCHIEDUNG.



WENIGE Fragen gibt es, welche die öffentliche Meinung Frankreichs in den letzten Jahrzehnten in höherem Grade beschäftigten, als die Frage der Ehescheidung. Mit viel Leidenschaft und Vernunft, mit viel Fanatismus und Unvernunft ist die Diskussion geführt worden. Noch weit sind die Geister von endlicher Klärung entfernt.

Betrachten wir zunächst die wesentlichsten Argumente, die man gegen die Ehescheidung ins Feld geführt.

Man sagt, daß die Scheidung die Familie zerstöre, welche die Basis der Gesellschaft sei. Auch eine kranke, eine zerstörte und eingefressene Gemeinschaft sei besser als keine.

Wer der Ansicht ist, daß nicht Heuchelei, sondern Wahrheit, nicht Zwang, sondern Freiheit, nicht Resignation, sondern froher Lebensmut die Stützen der Gesellschaft seien, wird diesem Argument nicht zustimmen können. Daß die verbotenen Früchte am süßesten schmecken, gilt bis zum zwölften Jahr, bei edleren Individuen nicht einmal bis dahin. Nichts hat mehr das gesellige und das Familienleben Frankreichs vergiftet als die Ausartung der Ehe zu stummer Resignation, oder was weitaus häufiger ist: zu Lüge und Betrug. Der Ehebruch tritt an die Stelle der Ehescheidung und wird von der öffentlichen Meinung, eben, weil er nur zu oft unerträgliche Ketten bricht, geduldet und wohlwollend betrachtet. Wie viel höher steht Amerika, das einer unerträglichen Ehe ein rasches Ende zu bereiten erlaubt!

Ein anderer Einwand gegen die Ehescheidung, der überaus häufig gebraucht wird, nennt diese die Wegbahnerin zur freien Liebe.

Es ist ja zweifelsohne durchaus möglich, daß eines Tages die freie Liebe an Stelle der Ehe trete. Nur gehen solche Entwicklungen mit großer Langsamkeit vor sich. Eine völlige Umwandlung aller gesellschaftlichen Einrichtungen müßte sie vorbereiten. Die Frau müßte in die Lage kommen, sich ihren Lebensunterhalt genau so selbständig zu erwerben wie der Mann, ehe

diese Entwicklung an ihr Ziel gelangen könnte. Dann freilich, wenn die Ehe in keiner Weise mehr zur Versorgung der Frau notwendig ist, wenn alle ökonomischen Konsequenzen derselben fallen, wenn sie bloß ihrem wahren und eigentlichen Zweck, dem Glück und der Fortpflanzung der Gattung dient, dann mag sie als freie Liebe ihren Segen entfalten. Heute sind alle diese Bedingungen noch nicht gegeben; die freie Liebe kann von prinzipienstarken Menschen gewünscht oder bei Unmöglichkeit jeder gesetzlichen Verbindung mit Geduld ertragen werden, sie ist als Normalform der Verbindung von Mann und Weib heute noch ausgeschlossen.

Das dritte übliche Argument gegen die Ehescheidung besagt, daß sie für die Kinder verderblich sei; nur kinderlosen Ehepaaren sei sie zu gewähren.

Möge es demgegenüber genügen festzustellen, daß nichts für Kinder moralisch verderblicher ist, als den Zwiespalt ihrer Eltern mit anzusehen.

All diesen Argumenten liegen in Wahrheit die bewußte oder unbewußte Anhänglichkeit an alte Traditionen und der heute noch mächtige Einfluß der Kirche auf die Gemüter zugrunde:

„Ich halte die Schlüssel zum Ehegemach. Ich erkenne das Staatsgesetz nicht an und betrachte als im Konkubinat lebend alle, die an der Tür des Standesamtes stehen bleiben und nicht bis über die Schwelle der Kirche schreiten. Ich verheirate fürs Leben, damit ich Mann und Frau, Kinder und Enkel unter meiner Botmäßigkeit behalte. Weise sind die Ratschläge, die ich den Ehegatten gebe. Ich rate dem Herrn des Hauses, seine Befehle in verbindlicher Weise zu erlassen, seiner Dienerin, mit freundlicher Miene zu gehorchen, und allen beiden, christliche Tugend zu üben. Sind sie unglücklich durch eigene Schuld oder die der Ereignisse, dann rate ich ihnen Resignation auf Erden und Hoffnung auf eine bessere Welt. Aber das Fleisch ist schwach. Eine unauflösliche christliche Ehe ist nur zu oft, wer wollte das leugnen, durch den Ehebruch gemildert. Wohl ist derselbe eine Todsünde, aber da er die Familie bestehen läßt, kann ich von ihm lossprechen. Die Kirche gestattet übrigens die Trennung von Tisch und Bett und ist nachsichtig gegenüber allen Schwachheiten von Körper und Geist, die aus dieser etwas zweifelhaften Situation erwachsen mögen. Des fernern gestattet sie in gewissen Fällen den Reichen gegen gebührende Zahlung die Lösung der Ehe. Auch wenn die Ehe bereits zur völligen Vereinigung geführt, auch, wenn aus ihr Kinder entsprossen sind. Das ist nicht die Ehetrennung, das ist die Nichtigkeit der Ehe.“ Dies ist noch immer die Sprache Roms.

Doch ist es gewiß unerträglich und blödsinnig, daß Menschen ohne Nutzen für irgend jemand leiden.

All denen, die an kein tröstendes Paradies glauben, die auf Erden schon froh und stark leben wollen, die alle Hintertreppen und heuchlerischen Traditionen verachten und im Licht des Tages ihre neue Gefährtin, und die Kinder, die aus neuer Verbindung stammen, lieben wollen, all denen kann der Staat weitherzige Gesetze der Ehescheidung nicht verweigern.

Schon die französische Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts hat das Recht auf Ehescheidung begründet, die monarchische Restauration auf Andrängen der Kirche es im Jahre 1816 wieder aufgehoben. Im Jahre 1848 wurde in der Nationalversammlung von Crémieux der Antrag gestellt, die freie Ehe wieder einzuführen. Aber die Stürme des Jahres gaben keine Zeit, diesen Antrag zu beraten. Lange blieben die Dinge nunmehr, wie sie waren, und erst im Jahre 1884 beschloß die französische Kammer auf Antrag

kommenschaft mit sich. Es liegt daher im eminentesten Interesse Frankreichs, durch rücksichtslose Unterdrückung aller zwecklosen Förmlichkeiten die Zahl der Ehen zu erhöhen.

In den allermeisten Fällen, in denen die Eltern ihre Zustimmung verweigern, ist es deshalb, weil sie mit den Einkommens- und Vermögensverhältnissen des künftigen Schwiegersohnes oder der künftigen Schwiegertochter nicht zufrieden sind. Gegenüber diesen unsittlichen, finanziellen Gesichtspunkten die freie Herzenswahl der jungen Leute selbst zu fördern, heißt der Stimme der Natur und dem freien Walten der Gesetze natürlicher Auslese zum Siege verhelfen. Die Freiheit der Eheschließung gehört gewiß zu jenen Freiheiten, die nicht bloß für die jungen Leute vom größten subjektiven Werte, sondern auch für gesunde, fortschrittliche Entwicklung der Gattung von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind.



PAUL MARGUERITTE, PARIS: DAS PROBLEM DER EHESCHIEDUNG.



WENIGE Fragen gibt es, welche die öffentliche Meinung Frankreichs in den letzten Jahrzehnten in höherem Grade beschäftigten, als die Frage der Ehescheidung. Mit viel Leidenschaft und Vernunft, mit viel Fanatismus und Unvernunft ist die Diskussion geführt worden. Noch weit sind die Geister von endlicher Klärung entfernt.

Betrachten wir zunächst die wesentlichsten Argumente, die man gegen die Ehescheidung ins Feld geführt.

Man sagt, daß die Scheidung die Familie zerstöre, welche die Basis der Gesellschaft sei. Auch eine kranke, eine zerstörte und eingefressene Gemeinschaft sei besser als keine.

Wer der Ansicht ist, daß nicht Heuchelei, sondern Wahrheit, nicht Zwang, sondern Freiheit, nicht Resignation, sondern froher Lebensmut die Stützen der Gesellschaft seien, wird diesem Argument nicht zustimmen können. Daß die verbotenen Früchte am süßesten schmecken, gilt bis zum zwölften Jahr, bei edleren Individuen nicht einmal bis dahin. Nichts hat mehr das gesellige und das Familienleben Frankreichs vergiftet als die Ausartung der Ehe zu stummer Resignation, oder was weitaus häufiger ist: zu Lüge und Betrug. Der Ehebruch tritt an die Stelle der Ehescheidung und wird von der öffentlichen Meinung, eben, weil er nur zu oft unerträgliche Ketten bricht, geduldet und wohlwollend betrachtet. Wie viel höher steht Amerika, das einer unerträglichen Ehe ein rasches Ende zu bereiten erlaubt!

Ein anderer Einwand gegen die Ehescheidung, der überaus häufig gebraucht wird, nennt diese die Wegbahnerin zur freien Liebe.

Es ist ja zweifelsohne durchaus möglich, daß eines Tages die freie Liebe an Stelle der Ehe trete. Nur gehen solche Entwicklungen mit großer Langsamkeit vor sich. Eine völlige Umwandlung aller gesellschaftlichen Einrichtungen müßte sie vorbereiten. Die Frau müßte in die Lage kommen, sich ihren Lebensunterhalt genau so selbständig zu erwerben wie der Mann, ehe

diese Entwicklung an ihr Ziel gelangen könnte. Dann freilich, wenn die Ehe in keiner Weise mehr zur Versorgung der Frau notwendig ist, wenn alle ökonomischen Konsequenzen derselben fallen, wenn sie bloß ihrem wahren und eigentlichen Zweck, dem Glück und der Fortpflanzung der Gattung dient, dann mag sie als freie Liebe ihren Segen entfalten. Heute sind alle diese Bedingungen noch nicht gegeben; die freie Liebe kann von prinzipienstarken Menschen gewünscht oder bei Unmöglichkeit jeder gesetzlichen Verbindung mit Geduld ertragen werden, sie ist als Normalform der Verbindung von Mann und Weib heute noch ausgeschlossen.

Das dritte übliche Argument gegen die Ehescheidung besagt, daß sie für die Kinder verderblich sei; nur kinderlosen Ehepaaren sei sie zu gewähren.

Möge es demgegenüber genügen festzustellen, daß nichts für Kinder moralisch verderblicher ist, als den Zwiespalt ihrer Eltern mit anzusehen.

All diesen Argumenten liegen in Wahrheit die bewußte oder unbewußte Anhänglichkeit an alte Traditionen und der heute noch mächtige Einfluß der Kirche auf die Gemüter zugrunde:

„Ich halte die Schlüssel zum Ehegemach. Ich erkenne das Staatsgesetz nicht an und betrachte als im Konkubinat lebend alle, die an der Tür des Standesamtes stehen bleiben und nicht bis über die Schwelle der Kirche schreiten. Ich verheirate fürs Leben, damit ich Mann und Frau, Kinder und Enkel unter meiner Botmäßigkeit behalte. Weise sind die Ratschläge, die ich den Ehegatten gebe. Ich rate dem Herrn des Hauses, seine Befehle in verbindlicher Weise zu erlassen, seiner Dienerin, mit freundlicher Miene zu gehorchen, und allen beiden, christliche Tugend zu üben. Sind sie unglücklich durch eigene Schuld oder die der Ereignisse, dann rate ich ihnen Resignation auf Erden und Hoffnung auf eine bessere Welt. Aber das Fleisch ist schwach. Eine unauflösliche christliche Ehe ist nur zu oft, wer wollte das leugnen, durch den Ehebruch gemildert. Wohl ist derselbe eine Todsünde, aber da er die Familie bestehen läßt, kann ich von ihm lossprechen. Die Kirche gestattet übrigens die Trennung von Tisch und Bett und ist nachsichtig gegenüber allen Schwachheiten von Körper und Geist, die aus dieser etwas zweifelhaften Situation erwachsen mögen. Des fernern gestattet sie in gewissen Fällen den Reichen gegen gebührende Zahlung die Lösung der Ehe. Auch wenn die Ehe bereits zur völligen Vereinigung geführt, auch, wenn aus ihr Kinder entsprossen sind. Das ist nicht die Ehetrennung, das ist die Nichtigkeit der Ehe.“ Dies ist noch immer die Sprache Roms.

Doch ist es gewiß unerträglich und blödsinnig, daß Menschen ohne Nutzen für irgend jemand leiden.

All denen, die an kein tröstendes Paradies glauben, die auf Erden schon froh und stark leben wollen, die alle Hintertreppen und heuchlerischen Traditionen verachten und im Licht des Tages ihre neue Gefährtin, und die Kinder, die aus neuer Verbindung stammen, lieben wollen, all denen kann der Staat weitherzige Gesetze der Ehescheidung nicht verweigern.

Schon die französische Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts hat das Recht auf Ehescheidung begründet, die monarchische Restauration auf Andrängen der Kirche es im Jahre 1816 wieder aufgehoben. Im Jahre 1848 wurde in der Nationalversammlung von Crémieux der Antrag gestellt, die freie Ehe wieder einzuführen. Aber die Stürme des Jahres gaben keine Zeit, diesen Antrag zu beraten. Lange blieben die Dinge nunmehr, wie sie waren, und erst im Jahre 1884 beschloß die französische Kammer auf Antrag

von Alfred Naquet die Wiedereinführung der Ehescheidung. Wie bei den früheren Kämpfen, so wurde auch diese letzte Kampagne vom Gegensatz zwischen Kirche und Staat beherrscht. Die Kirche erblickt bekanntlich in der Ehe ein Sakrament, das fürs Leben bindet, und betrachtet jede Lösung der Ehe, welche zur Wiederverheiratung führen kann, als dem göttlichen Gesetz widersprechend. Der französische Staat, aus seiner Hörigkeit gegenüber der Kirche zu selbständigem Leben erwacht, konnte sich dieser Auffassung nicht fügen, und stellte ihr die Betrachtung der Ehe als eines Kontraktes zwischen beiden Ehegatten entgegen. Aber die republikanische Mehrheit der Kammer hat diesen Gedanken doch nicht vollständig verwirklicht. Sie hat die Ehescheidung auf Antrag eines Ehegatten (unter Anführung freier, vom Richter zu würdigender Gründe), wie sie in der Schweiz besteht, nicht ins französische Gesetz aufgenommen, ja nicht einmal die Ehescheidung im Einverständnis beider Gatten, wie sie in Belgien besteht, zugelassen.

Und gerade diese Lösung der Ehe durch gegenseitiges Einverständnis muß als die logischste und vernünftigste aller Formen erscheinen, sie verletzt in keiner Weise den geschlossenen Vertrag, ist der Freiheit beider Gatten am entsprechendsten.

Selbst solche Gründe, welche das eheliche Leben ganz unerträglich gestalten, wie der dauernde Wahnsinn eines der beiden Gatten, chronische Trunksucht, Geschlechtskrankheiten, welche den andern Gatten in seiner Gesundheit und die Zukunft der Kinder in ihrem Glück bedrohen, wurden vom französischen Parlament nicht als Scheidungsgründe zugelassen. Es machte aus der Ehescheidung vielmehr eine Züchtigung, die als Strafe für begangene Vergehen vom Richter ausgesprochen werden kann und allen Unleidlichkeiten, allen Verschleppungen der Verhandlung ausgesetzt ist. Nach geltendem Rechte kann die Ehescheidung in Frankreich nur erfolgen, im Falle

1. der Verurteilung zu Zuchthausstrafe,
2. bewiesenen Ehebruchs,
3. schwerer Beleidigungen oder Mißhandlungen.

Betrachten wir diese Gründe. Der erste kommt naturgemäß nur höchst selten in Anwendung. Der zweite (Ehebruch) ist oft nur schwer zu beweisen. Die Beurteilung schließlich, ob Beleidigung oder schwere Mißhandlung vorliege, ist eine so wenig scharf umrissene, derart der Willkür des Richters anheimgestellte, daß die Gerichtsübung von einer Stadt zur andern schwankt, daß in Paris Wahrheit ist, was in Bordeaux als Irrtum gilt. Die größere Gewandtheit des Anwalts oder die Laune des Richters lassen einen braven Mann oder eine brave Frau einen Prozeß verlieren, den sie in Wahrheit hätten gewinnen müssen, sie bleiben den Unleidlichkeiten der Verbindung mit einem, mit Recht nicht mehr geachteten Gatten auch weiterhin preisgegeben.

Nur ein Weg steht offen, um all dem zu begegnen: Die bewußte Erweiterung der Ehescheidung, zunächst durch Zulassung der Scheidung im Einverständnis beider Gatten, und weiterhin durch freien Willen und Entschluß auch nur eines von beiden.

Das Gesetz erkennt die ewigen Gelübde nicht mehr an. Eine Ehe, die von den Gerichten gegen den Willen der Gatten aufrecht erhalten wird, wäre eine andere Form solcher Gelübde, und der weltlich gewordene Staat kann diesen Anachronismus nicht mehr dulden. Die Freiheit der Person gilt höher als alle juridischen, religiösen und sozialen Momente. Die französische Revolution hat ja den großen Grundsatz ausgesprochen, daß die menschliche Person unveräußerlich ist.

Die notwendige Reform der gesetzlichen Materie müßte sich dann auch auf die Kompetenzen jener Behörden erstrecken, welche zum Ausspruch der Ehescheidung berufen sind. Die Rechtsprechung der Gerichte hat sich den Eigenheiten der in Frage stehenden Probleme durchaus nicht gewachsen gezeigt; eine durchgreifende Änderung erscheint geboten.

Bei jeder Ehe sind eigentlich zwei Gesichtspunkte zu unterscheiden. Sie ist zunächst eine Vereinigung natürlichen Rechtes und freier Willensäußerung, endbar nach dem Willen der Beteiligten. Sie ist zweitens eine ökonomische Gemeinschaft, bei der, im Falle Kinder aus ihr entsprossen, auch die Interessen Dritter in Frage kommen.

Alle diese materiellen Interessen sollten auch weiter dem Urteil der Gerichte überlassen bleiben, ebenso (in letzter Instanz) die Entscheidung der Frage, welchem der beiden Ehegatten die Aufsicht der Kinder zu überantworten sei. All dies sind Fragen der Rechtspflege in Streitsachen, die durchaus in den Rahmen anderer rechtlicher Gegensätze fallen. Ganz anders ist es mit dem Ausspruch der Ehescheidung selbst, die heute zur wahren Qual für die Beteiligten wird ob der Skandale, die sie aufrollt, und der Langwierigkeit der Prozedur, während doch eine stille, einfache, rasche und wenig kostspielige Trennung der Nichtzusammengehörigen im Interesse sowohl der Gesellschaft wie ihrer selbst läge. Die Einführung von Schiedsgerichten würde diese Schwierigkeiten lösen können. So wie in der Zeit der Revolution von 1792 bis 1803 Familiengerichte mit diesen Sachen betraut waren, so sollten nunmehr zwei ernannte Schiedsrichter, oder im Falle der Nichtübereinstimmung beider Ehegatten, drei Schiedsrichter damit betraut werden, die Ehescheidung zur Kenntnis zu nehmen resp. auszusprechen. Nach Ablauf der gesetzlichen Fristen, die für die Ehescheidung im Falle der Übereinstimmung beider Gatten höchstens ein Jahr und für die bloß von einem der beiden Gatten beantragte drei Jahre ausmachen würden, hätte das Schiedstribunal seine Entscheidung zu einer definitiven zu gestalten. Eben diese Schiedsgerichte würden auch Ehescheidungsfragen, in denen selbe auf Grund eines bestimmten Klaggrundes gefordert wird, in rascher und einfacher Prozedur zu erledigen haben, desgleichen die Frage, welcher der beiden Ehegatten die Obhut der Kinder erhalten soll; diese letztere jedoch in Ermöglichung eines Rekurses an die ordentlichen Gerichte. Diese Reform würde den Aktenwust und die Ablagerung von allen Unflätigkeiten, welche die Gerichtsverhandlungen heute mit sich bringen, beseitigen, unendlich viele Arbeit und Kosten ersparen. Den Gerichten selbst bliebe nur die Urteilsfällung im Falle von Rekursen vorbehalten. Mag diese Modifikation des geltenden Rechtes, die so viele Interessen der Advokaten und anderer verletzt, auch derzeit wenig Chance auf Erfüllung haben, es war geboten, sie als letztes erstrebenswertes Ziel zu signalisieren.

Für die Gegenwart muß vor allem gefordert werden, daß die Ehescheidungsprozesse in nicht öffentlicher Sitzung verhandelt werden und so aufhören, öffentliche Skandale zu sein.

Schon heute ist in Frankreich die Entwicklungstendenz zu liberalerer Entfaltung der Ehescheidungsgesetzgebung unverkennbar. Zwei Erfolge der Agitation in allerletzter Zeit beweisen das. Zunächst die Beseitigung jener Bestimmung, welche im Falle der Scheidung wegen Ehebruchs die Verheiratung des schuldigen Ehegatten mit seinem Mitschuldigen untersagt.

Indem die Kammer und der Senat in mutiger Weise diese Bestimmung, die nur den Motiven der Rachsucht dienen kann, beseitigten, haben sie viel

zweckloses Unglück aus der Welt geschafft, vielen Menschen ein neues, gesichertes Heim gegeben.

Freilich war auch diese Teilreform keine vollständige. Um dies zu sein, hätte sie die Legitimierung der aus dem ungesetzlichen Verhältnis entsprossenen Kinder aussprechen müssen, denn diese Kinder, unschuldig an allen begangenen Vergehungen, diese Kinder, deren Geburt ja außerhalb ihres eigenen Willens liegt, bleiben so vom Gesetz verstoßene Parias, wenngleich ihre Eltern in die Gesetzlichkeit zurückkehren. Der Senat glaubte, solche Legitimationen bloß in zwei Fällen autorisieren zu dürfen: wenn entweder der gesetzliche Vater selbst erklärt hat, daß das Kind nicht von ihm stamme, oder aber, wenn 300 Tage nach der Trennung von Tisch und Bett bei Geburt des Kindes verstrichen waren. Diese Gründe sind offenbar zu engherzig. Es entspricht durchaus der Natur der Sache, daß nach Gründung einer neuen, gesetzlichen Familie alle Kinder, die aus dieser Verbindung entsprossen, auch tatsächlich in dieselbe voll und ganz eintreten.

Ein zweiter wichtiger Fortschritt ist das kürzlich angenommene Gesetz, das die Trennung von Tisch und Bett nach drei Jahren auf Verlangen eines der beiden Gatten, ohne daß ein Widerspruch möglich wäre, zur völligen Ehescheidung werden läßt. Die Diskussion, die sich vor Annahme des Gesetzes im Senat entspann, gab einen Vorgeschmack davon, wie schwere Widerstände bei den nächsten Schritten am Wege zu überwinden sein werden. Noch bestehen die lächerlichen Paragraphen des Strafgesetzes in Beziehung auf Ehebruch, noch jener furchtbare Paragraph, welcher die Tötung des schuldigen Gatten, wenn auf frischer Tat ertappt, gestattet. Noch ist die Eheschließung selbst von viel zu viel Förmlichkeiten abhängig, und wenn auch das auf Antrag des Abbé Lemire jüngst angenommene Gesetz die Zustimmung der Eltern für Eheschwerer über 21 Jahre nicht mehr notwendig erscheinen läßt, so sind doch noch viel zu viel Erklärungen, Zertifikate und Schreibereien bis zum erreichten Alter von 30 Jahren notwendig. Hinderung bei Schließung der Ehe, Hinderung bei ihrer Lösung: nichts fördert mehr die Sache der freien Liebe, während man doch die Ehe fördern will und sie fördern sollte, indem man sie von aller unnatürlichen Härte befreit.

Binnen kurzem wird im Parlament der Antrag Viollette zur Verhandlung gelangen, welcher sich mit der Scheidung im Einverständnis beider Ehegatten befaßt; ein sehr gemäßigter Gesetzesvorschlag, da er eine Frist von zwei Jahren bis zum Ausspruch definitiver Entscheidung vorsieht. Trotzdem ist es gewiß, daß die reaktionären Parteien alles tun werden, um die Debatte in der Kammer, und vor allem im Senat, stürmisch und schwierig zu gestalten.

Die Ehescheidung in ihrer liberalsten Form ist ein integrierender Bestandteil jenes Komplexes von Freiheiten, die uns die Zukunft bescheren muß und wird. Sie gibt dem einzelnen seine persönliche Unabhängigkeit und der Gesellschaft als Basis neue Verbände, voll von gesunder Energie, an Stelle krankhafter Verwachsungen. Sie befreit die bürgerliche Gesellschaft von den letzten Fesseln, die ihre alte Feindin, die Kirche, Verbündete alles Rückschritts, ihr noch auferlegt; sie gehört zu den machtvollsten Faktoren der moralischen und geistigen Befreiung der Frau. Alle die, welche der Gesellschaft gesunde Entwicklung und ihren Gliedern Stärke, Glück und Freiheit sichern, welche Wahrheit an Stelle von Heuchelei setzen wollen, müssen für Fortbildung der Ehescheidungsgesetze eintreten.

ADELE SCHREIBER, BERLIN: DIE MUTTERSCHUTZBEWEGUNG IN DEUTSCHLAND.



ON der Mutterschutzbewegung sprechen heißt von einem schweren Kampf erzählen, der in den letzten Jahren in Deutschland heftige Fehden in der Öffentlichkeit hervorrief, sich als Prüfstein für die gesamte Geistesrichtung von Menschen erwies und insbesondere innerhalb der deutschen Frauenbewegung eine tiefgehende, zunächst noch unüberbrückbar scheinende Spaltung schuf. Gibt es denn Menschen, die nicht für Mutterschutz sind, die es für richtig halten, daß die Quelle der Zukunft, des kostbarsten Staatsgutes, des Menschenlebens, preisgegeben wird? Wie groß die Zahl der Gedankenlosen und der antisozial Empfindenden ist, beweist das tagtäglich in Kulturländern sich darbietende beschämende Schauspiel von Frauen, die beladen mit der dreifachen Bürde von Arbeit, Elend und Mutterschaft zusammenbrechen, von Müttern, die mit ihren Kindern der Verzweiflung anheimfallen, von einer industriellen Frauenarbeit, die einem großen, finsternen Würgengel gleich, Tausende und Abertausende keimender Leben vernichtet, von mangelnder Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge, die dem Tod reiche Beute unter Müttern und Kindern bereitet. Im Leben hat die Mutterschaft, deren „Heiligkeit“ Dichter und bildende Künste verherrlichen, offenbar nur dort Anrecht auf Ehrfurcht, wo Vermögen und Legitimität dem Spießbürger solche Ehrfurcht gebieten.

Die absolut reaktionären Elemente sind aber nicht die wirklichen Schädlinge gegenüber der Mutterschutzbewegung, denn ihre aus ihrer ganzen Weltanschauung leicht erklärliche Gegnerschaft jeder Aufklärung und geistigen Freiheit beraubt sie des Einflusses auf liberalere Kreise.

Ihren eigentlichen schweren Kampf führt die im Deutschen Bund für Mutterschutz verkörperte Freiheitsbewegung gegen eine besondere Art Liberaler, gegen Menschen, die auf manchem Gebiet unzweifelhaft ein starkes soziales Gefühl besitzen, die vielfach in bezug auf Bildung, Politik und Religion fortschrittlich denken, einzig auf dem Gebiete des Sexuallebens jedoch sich von den konventionellen Moralbegriffen, unter denen sie aufwuchsen, nicht frei zu machen vermögen, obgleich sie selbst vermeinen völlig vorurteilslos zu sein.

Das Wort Mutterschutz umfaßt einen großen Komplex von Fragen, es ist in unserem Sinne gleichbedeutend mit „Sexualreform“, ohne die ein wirklicher Mutterschutz undenkbar ist, denn Wohlfahrtsbestrebungen und selbst verbesserte soziale Fürsorge für Mütter und Kinder erfassen nur die Symptome, nicht aber die Ursachen der wirtschaftlichen und seelischen Nöte. Weitgehende ökonomische Umgestaltungen und eine völlige Umwertung auf dem Gebiete der Geschlechtsmoral sind erforderlich, um auch nur den ersten Satz der Statuten des Bundes für Mutterschutz zu verwirklichen, der seine Aufgabe darin sucht, „die Stellung der Frau als Mutter in rechtlicher, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu verbessern, insbesondere unverheiratete Mütter und deren Kinder vor wirtschaftlicher und sittlicher Gefährdung zu bewahren, die herrschenden Vorurteile gegen sie zu beseitigen sowie überhaupt eine Gesundung der sexuellen Beziehungen anzubahnen“. Die Mutterschutzbewegung entspringt der Erkenntnis von den Schäden, Niedrigkeiten und Lügen, die das Geschlechtsleben innerhalb und außerhalb der Ehe durchsetzen. Auch innerhalb der Ehe hat die Mutterschaft nicht die ihrer hohen

Bedeutung zukommende Achtung gefunden. Kein Gesetz schützt die eheliche Mutter vor Überarbeitung und Ausbeutung, keines vor Mißhandlung durch einen unwürdigen Ehemann. Sie darf die Kinder mit Schmerzen gebären, aber den größeren Anteil an den Elternrechten hat der Mann. Kein Gesetz schützt die leidende, schwächliche, für die schon vorhandenen Kinder unersetzliche Mutter vor dem Zusammenbruch durch die ihr wider den eigenen Willen immer aufs neue auferlegten Beschwerden und Gefahren der Mutterschaft. Im Gegenteil! Der für jeden ethisch Empfindenden unsittliche Begriff der „ehelichen Pflicht“ zwingt die Widerstrebende zu unerwünschter Empfängnis, und der harte § 218 bedroht sie mit Zuchthausstrafe, wenn sie sei es selbst aus Furcht vor ökonomischem und physischem Untergang oder in der Angst, minderwertige Kinder zu gebären, freiwillig ihre Schwangerschaft unterbricht. Daneben aber gestattet der Staat, durch die schon eingangs erwähnte Industriearbeit, insbesondere in bestimmten Produktionszweigen (Tabak und Bleiarbeit, Hutmacherei, Druckerei usw.), einen wahren Massenmord am keimenden Leben. Die Schwierigkeiten in der Ehescheidung verurteilen Tausende und Abertausende zu einem qualvollen, würdelosen Eheleben, fast undurchführbar ist der Kampf zur Wiedererlangung der Freiheit für die völlig mittellose Dulderin! Drohungen und Mißhandlungen seitens des Mannes sind noch kein Grund, einer Frau polizeilichen Schutz zu gewähren. Ich kenne Unglückliche, die jahrelang in Entsetzen und Furcht vor blutiger Gewalttat das enge Lager des Proletarierheims mit dem rohen Ehemanne teilen müssen. Erst wenn eine düstere Familientragödie ihren Abschluß findet, schreiten die Behörden ein. Hingegen schützt all die gesetzliche Strenge zur Aufrechterhaltung der Ehe die Frau und Mutter nicht in wirksamer Weise vor dem Verlassenwerden, wenn der arbeitsunwillige Gatte sich seiner Unterhaltungspflicht entziehen will, zählt man doch in Berlin allein an 30 000 eheverlassene Frauen! Während die erschwerte Ehelösung noch ganz von der Ansicht beherrscht erscheint, daß Ehen im Himmel geschlossen werden, und der Mensch nicht lösen dürfe, was Gott zusammengefügt hat, stört es den Staat durchaus nicht, anläßlich der Eheschließung göttliche Fügungen zu durchkreuzen, bei ganzen Berufskategorien, Offizieren, Unteroffizieren, Beamten, eine staatliche Erlaubnis zu den Dispositionen des lieben Gottes zu bedingen, und er macht die Bewilligung abhängig von Kautions, Stand, Konfession, Beruf, Familie, sowie der „Unbescholtenheit“ der Braut, zugleich verurteilt er, wo es ihm passend erscheint, andere Berufsklassen, wie z. B. die gesamten staatlich angestellten Lehrerinnen, sofern sie nicht ihre Stelle einbüßen wollen, zum Zölibat. Diese Mißstände innerhalb der Ehe hängen aufs engste zusammen mit den andern Problemen des Sexuallebens, dessen größerer Teil sich übrigens außerhalb der Ehe abspielt. Die Zustände sind zu allbekannt, um an dieser Stelle einer ausführlichen Erörterung zu bedürfen. Jeder weiß, daß man sich in all unseren monogamen Staaten mit dem Auskunftsmittel beholfen hat, die Frauen in zwei große Kategorien einzuteilen, in „Reine“, die für die Tugenden der ehelichen Gattin und der legitimen Fortpflanzung bestimmt sind, und in „Unreine“, die dem Manne für die Freuden und Bedürfnisse des außerehelichen Geschlechtsverkehrs dienen dürfen.

Erst ganz allmählich im Laufe der Jahrhunderte wurde den aus den letztgenannten Beziehungen geborenen, unerwünschten Kindern eine auch heute noch bei weitem nicht ausreichende Fürsorge zugebilligt, bei der wir es wenigstens als einen prinzipiellen Fortschritt ansehen können, daß in ger-

manischen Ländern der uneheliche Erzeuger überhaupt zur Haftung herangezogen wird. Jeder weiß, wie die Wirklichkeit aussieht, daß die uralte Einrichtung der Prostitution heute in unserer Zeit geringerer Seßhaftigkeit, allgemeiner Wehrpflicht, steigender industrieller und städtischer Bevölkerung, verlängerter Studien und Ausbildungszeit in fast allen Berufen, erhöhten Ansprüchen in allen Kreisen bei schwerem Lebenskampf, von allen Schichten der männlichen Bevölkerung in ausgedehntem Maße benutzt wird. Unsere Spezialärzte haben uns erschreckende Zahlen von der Durchseuchung unserer Kulturvölker geliefert, wir wissen, welche Krankheiten auch der Ehefrau als Morgengabe, auch den im Ehebett gezeugten Kindern als Erbteil beschert werden. In großen und kleinen Städten besteht die Prostitutionsfrage, Konferenzen finden über Reglementierung, Kasernierung, Sanierung statt, ein nationaler und internationaler Markt für den Handel mit weißen Sklavinnen nährt ein Heer schmutziger Existenzen. Daneben lehrt jeder Blick in die Tagesgeschichte, was an Irrtümern, Qualen und Liebestragödien die Welt erfüllt. All dies muß als eine Gesamtheit betrachtet werden, sucht man Heilung gegen die Wunden am Gesellschaftskörper, ohne deren Beseitigung es keine Gesundung von Ehe, Mutterschaft, Liebe, Fortpflanzung gibt. Die bisherige Eheform und die Scheinheiligkeit der alten Moral hat das Entstehen dieser Zustände nicht verhindert. Unter ihrer Herrschaft ist dies alles geworden. Ich denke, die Unfähigkeit des bisherigen Systems, das Geschlechts- und Liebesleben der Menschen auf würdige, gesunde Art zu regeln, ist durch die Verhältnisse, die uns umgeben, bewiesen*). Bei den Männern herrscht im allgemeinen ein Tiefstand der Auffassung sexueller Dinge, eine Trennung zwischen Seele und Sinnenleben, die Gewohnheit, ihr Sexualleben als ein Ding, ihr Liebesleben als ein anderes anzusehen, während jedes verfeinerte Empfinden verlangt, daß diese zwei Dinge sich decken sollen. Von den Frauen gelangt ein Bruchteil zu befriedigender Ehe, aber fast durchweg, nachdem der Mann ein voreheliches Geschlechtsleben geführt hat, so daß selbst die guten Ehen keineswegs ein Beweis für die Lösung des Problems im Sinne der offiziell geforderten einzig „sittlichen“ Legitimität darstellen, denn sie ruhen mit verschwindend geringen Ausnahmen auf der Voraussetzung vorangegangener illegitimer Beziehungen, zu denen doch auch Frauen nötig waren. Das Los der übrigen Frauen ist die unbefriedigende Ehe, das Martyrium der illegitimen Mutterschaft, das menschenunwürdige Dasein der Prostituierten, die Seelenqual der Askese, des lebenslänglichen Verzichtes auf Liebe und Mutterglück, oder schließlich jenes heimliche, dem Herkommen und der Konvention abgestohlene Liebesleben, in dem heute noch die Geburt eines Kindes den Ruin bedeutet, die Frau auch jede Erniedrigung seitens eines etwa undankbaren oder selbstsüchtigen Geliebten hinnehmen muß, weil von seiner Diskretion ihre „Ehre“ abhängt. Wir sehen einen

*) In wie geringem Umfange die heutige Ehe tatsächlich das menschliche Geschlechtsleben regelt, beweisen folgende Zahlen: Im Jahre 1900 waren im Deutschen Reiche ledig

Männer zwischen 18 und 30 Jahren	4 417 619	= 43,7%	der Gesamtheit,
„ „ 18 und 50 „	6 868 332	= 76,2%	„ „
Frauen „ 18 und 25 „	2 820 538	= 44,8%	„ „
„ „ 18 und 40 „	5 183 334	= 79,4%	„ „

Es ergibt sich hieraus die Tatsache, daß in Deutschland über 12 Millionen geschlechtsreife Personen von einem nach dem Moralkodex als sittlich anerkannten Geschlechtsverkehr ausgeschlossen sind; davon stehen nahezu 2½ Millionen Frauen im Alter von 25—40 Jahren und etwa 4 Millionen Männer im Alter von 25—50.

Teil der Frauen herabgewürdigt zu unablässiger Preisgabe für Geld, einen andern großen Teil verurteilt zur Verkümmern seiner stärksten Lebensinstinkte. Wir sehen Mütter des Volkes, die keine Rettung vor dem Übermaß sich alljährlich wiederholender Geburten finden, während Millionen Unverehelichte den so viel bespöttelten und dennoch tragisch wahren „Schrei nach dem Kinde“ ersticken sollen. Da siechen die einen dahin an fortwährendem Gewähren-müssen, die andern verzehren sich in ewigem Versagen. Nicht nur die greifbare Not, auch das nur von der geistigen Finsternis lebende Phantom der Schande zerstört unausgesetzt gesundes, keimendes Leben. Junge, blühende Geschöpfe gehen in den Tod, weil das herrliche Naturwunder einer neuen Menschwerdung, das sich in ihnen vollzieht, sie verfehmt! Mit und ohne staatliche Duldung greifen die verschiedenartigsten Laster und Perversitäten um sich, zwei Menschen aber, die sich ohne Trauschein in Liebe finden, begehen eine gesellschaftlich geächtete Tat, für die sie selbst zwar nicht gesetzlich bestraft werden können, wohl aber der Wirt, der die Wohnung vermietet, die Eltern, die solche „Unzucht“ in ihren Räumen gestatten (Kuppeleiparagraph). Man spricht immer von der Monogamie, die durch keine Reform „zerstört“ werden darf, und doch ist festgestellt, daß die Kunden der teureren Prostituierten vorwiegend verheiratete Männer sind. Ernstgenommene, nach außen anerkannte Liebesverbindungen diskreditieren auch den Mann, aber das verantwortungsloseste Junggesellentreiben wird milde lächelnd ignoriert. Es untergräbt die Karriere eines Mannes, wenn er die Mutter seines unehelichen Kindes heiratet, der Lebemann aber hat die besten Chancen. Man spricht immerfort davon, wie sehr durch die Segnungen unserer Familieninstitution für die Kinder gesorgt ist, aber die 180 000 unehelich geborenen, die in Deutschland alljährlich zur Welt kommen, sind noch immer, aller Sozialreform zum Trotz, so ungenügend versorgt, daß ein Drittel im ersten Lebensjahre stirbt, von den Überlebenden ein großer Teil dem Verbrechen anheimfällt. Christliche Nächstenliebe übt noch immer die Anprangerung „Gefallener“, verschließt ihnen die Türen zu rettender Zuflucht, oft genug zu ehrlichem Erwerb, verweigert unschuldigen Kindern die Aufnahme in Heimen und Asylen. Aber wenn all dies bis heute möglich war, so darf und kann es in Zukunft nicht weiter bestehen, weil sich in unserer Zeit eine mächtige Wandlung vollzogen hat, der zufolge die Frau eine andere geworden ist. Sie wird sich aus eigener Kraft aus all den Extremen, zu denen bisher ein so großer Teil der Frauen bestimmt war, befreien und aufhören, Luxusartikel oder hilflose Schutzbedürftige, abseits von der Gesellschaft stehende Hetäre oder in ihrem stärksten Empfinden verkümmerte, geschlechtslose „alte Jungfer“, willenloses Geschlechtswerkzeug oder geängstigte Sklavin einer unwahren und falschen Moral zu sein. Millionen von Frauen sind wirtschaftlich und geistig selbständig geworden. Ihnen gegenüber werden sich die Zustände der alten Moral nicht auf die Dauer aufrecht erhalten lassen. Und so ist denn die Mutterschutzbewegung in ihrem innersten Kern ein Produkt der Frauenbewegung, mögen dies auch kurzsichtige Führerinnen, selbst innerhalb der Frauenbewegung, noch so sehr wegleugnen wollen. Freilich ist sie das Produkt einer Frauenbewegung, die als ihre treibende Kraft nicht eine einseitige Gehirnkultur ansieht, die sich bewußt ist, daß nicht trockene Gelehrsamkeit, sondern das Durchdringen und Erfassen des ganzen Lebens mit all seinen Problemen die Anteilnahme der Frauen an der Kultur bedeutet, daß die geistige, wirtschaftliche und politische Befreiung der Frau nicht das Ziel an sich darstellt, sondern die notwendige

Voraussetzung, damit auf Umwegen und Irrtümern, die keiner Bewegung erspart bleiben, vervollkommnetere Beziehungen zwischen Mann und Weib, eine neue Grundlage für Rassenauslese und Veredlung, geschaffen werden.

Und wenn wir heute als „ordnungsstörend“ angegriffen werden, so wissen wir, daß jeder Fortschritt einmal damit anfang, eine bestehende Ordnung zu stören, um eine neue an die Stelle zu bringen. Wir empfinden aber auch ferner, daß wir durch ein Rütteln an den heutigen Zuständen gar keine Ordnung, sondern nur eine Scheinordnung stören, die in Wirklichkeit die schlimmste Unordnung birgt. Erst unter der Herrschaft einer neuen Ethik können Mutter und Kind ausnamslos die gebührende Achtung finden. Erst die Auslöschung jedes Unterschiedes, zwischen legitimen und illegitimen Kindern, die Einsetzung der letzteren in alle gesetzlichen Rechte der ehelichen Kinder wird die ungünstigen Resultate schwinden lassen, die auch zum Schaden der Gesellschaft bislang mit den Unehelichen erzielt werden. Jedes Kind, das geboren wird, hat das gleiche Anrecht auf die Mutterbrust, auf Mutterliebe und Fürsorge, auf die so weit als irgend möglich durchgeführte Versorgung seitens des Vaters, auf Staatshilfe und Staatsschutz, wo Mangel und Not das Mindestmaß zu gedeihlicher Entwicklung nicht gewähren. Und jede Frau, die dem Staate ein Kind schenkt, hat Anspruch auf Schutz, Hilfe, Achtung, sofern nicht ihr Charakter in allgemeiner Beziehung sie verächtlich macht; dies hat aber mit der gesetzlichen Sanktionierung ihrer Liebesbeziehungen oder dem Mangel solcher Formalitäten nichts zu tun. Es gibt meines Erachtens keinen anderen wirklich aussichtsreicheren Weg zur Gerechtigkeit. Das Schlagwort von der „gleichen Moral für Mann und Frau“ wird, wenn es darauf basiert sein soll, daß man fortan auch vom Manne Enthaltsamkeit von allem, was sich nicht in legitimer Ehe abspielt, verlangt, also im wesentlichen fordert, jeder Mann beschränke sein gesamtes Liebesleben auf eine einzige, seine Ehefrau, keine Verwirklichung in der Praxis finden. Es wird ungehört verhallen, und die doppelte Moral wird weiter bestehen. Niemals werden es sich die Männer gefallen lassen, ihre Ehre und ihre Qualifikation zu Ämtern, die „Unbescholtenheit“ verlangen, davon abhängig machen zu lassen, ob sie dauernd sexuelle Abstinenz geübt haben oder nicht. So wird es sich weiterhin abspielen, daß der Schuldirektor und der Unterrichtsminister, der Postdirektor, der Professor an der Hebammenschule, die männlichen Inhaber der bescheidensten wie der höchsten Ämter im Staate, ihr privates Liebesleben nach Gutdünken regeln können, während die Frau, auch die sonst beste und vornehmste, wenn sie ohne Trauschein Mutter wurde, als unwürdig erklärt wird, eine Stellung als Lehrerin auszufüllen, als Telephonistin zu amtieren oder selbst als Hebamme ihren Geschlechtsgenossinnen in schwerer Stunde beizustehen *). Den ebenso billigen als unsinnigen Vorwurf, der Bund für Mutterschutz stehe auf dem Boden „gleicher Unmoral“ bei Mann und Frau, braucht eine Vereinigung mit so ernsten Tendenzen, die so viele Träger erster wissenschaftlicher, künstlerischer oder auf sozialem Gebiete bekannter Namen von Männern und Frauen angehören, die soviel tüchtige, unermüdliche Arbeit leistet, wohl überhaupt nicht zurückzuweisen. Zeitgemäße und notwendige Reformen können durch alle Anfeindung, Verleumdung und Bspöttelung

*) Dies sind alles tagtäglich vorkommende Fälle, deren der Bund für Mutterschutz schon eine ganze Anzahl in seinen Akten aufweist.

nicht dauernd verhindert werden. Dies beweist auch die Geschichte des im Winter 1905 in Berlin begründeten Bundes für Mutterschutz, der nunmehr den Namen führt: „Deutscher Bund für Mutterschutz“, denn er hat in vielen Städten Deutschlands, in Dresden, Hamburg, Frankfurt a. M., Breslau, Leipzig, Königsberg, Liegnitz, Mannheim, Posen seine Ortsgruppen, die gleich der Berliner Zentrale (Berlin-Wilmersdorf, Roserberitzerstr. 8) Auskunftsstellen und Bureaus erhalten. Das Berliner Zentralbureau hat im verflossenen Jahre allein 500 Hilfesuchende (darunter 36 Verheiratete) beraten. Es hilft bei der Unterbringung für die Entbindung und für die Zeit der Schwangerschaft, vermittelt Arbeit vor und nach dem Wochenbett, Pflegestellen für die Kinder, unentgeltlichen Rechtsbeistand und ärztliche Beratung, gewährt vor allem menschlich vorurteilslose Teilnahme, der es ein großer Teil der Beratenen dankt, daß er vor Untergang und Selbstmord bewahrt blieb. An das Bureau des Bundes wenden sich auch zahlreiche Töchter aus guten Familien, die sich keiner andern Instanz anvertrauen würden. So wertvoll diese praktische Tätigkeit für die Einzelnen und als Beweisführung für unsere Sache ist, wir erkennen ihre völlige Unzulänglichkeit und legen daher den größten Nachdruck auf die Agitation für eine Reform der Gesetzgebung, der gesellschaftlichen Sitten und Anschauungen. Der Bund für Mutterschutz erstrebt eine reichsgesetzliche Mutterschaftsversicherung, der sich später ein Ausbau staatlicher Erziehungsrenten anschließen soll. Er hat zahlreiche Petitionen an Reichstag, Bundesstaaten, Kommunen und Behörden gesandt, sowohl in dieser Angelegenheit als auch betreffend Schwangernfürsorge, Fürsorge für uneheliche Kinder, Reform des Hebammenwesens, geschlechtliche Belehrung der Jugend usw. Er hat in Versammlungen und Vorträgen, bei denen hervorragende Redner und Rednerinnen mitwirkten, die verschiedensten sexuellen Probleme erörtert, die Frage der Heiratsbeschränkungen, der Gesundheitsatteste, des Neu-Malthusianismus, der Abtreibung, des Kuppeleiparagraphen, der Ehescheidung, der freien Ehe usw. Einen Sammelpunkt findet die Diskussion über all diese Fragen in seinem Publikationsorgan „Die neue Generation“ (Oesterheld & Co., Berlin W.), das von Dr. Helene Stöcker, der Vorsitzenden des Bundes, in trefflicher Weise redigiert wird und Beiträge hervorragender Mitarbeiter aus In- und Ausland veröffentlicht. Eine Gesundung des Geschlechtslebens kann nur eintreten, wenn zugleich mit ökonomischen Verbesserungen, mit einer besseren Erziehung der Frauen und einer völlig andersartigen Erziehung des Mannes in bezug auf sexuelle Fragen, eine wirklich einheitliche Moral auf durchführbarer Basis für beide Geschlechter geschaffen wird. Diese Moral steht auf dem Boden unserer naturwissenschaftlichen Erkenntnis, sie verlangt nicht Ertötung der Sinne, Ausschluß der Bevölkerung in den lebenskräftigsten Jahren von Liebe und Fortpflanzung, auch nicht die Fortdauer äußerer Formen, deren Inhalt zerbrochen ist, aber sie verlangt von jedem Menschen, Mann und Weib, Übernahme voller Verantwortung für sein Tun, insbesondere gegenüber den Kindern. Sie sieht in der Freiheit der Ehe, in der Erweiterung des Begriffes „Ehe“, in einer Umwandlung der starren Form nach der Richtung anpassungsfähiger individueller Kontrakte*, die Mög-

*) Selbstverständlich werden auch aus den Reihen der Anhänger unserer Bewegung verschiedenartige Vorschläge über die Regelung der Einzelheiten in der Ehereform gemacht, ich selbst befinde mich in diesem Punkte mit meinem Aufsatz „Ehereform“ in der Zeitschrift „Die Umschau“ (Frankfurt a. M.) Nr. 10. März 1908 völlig in Übereinstimmung mit den Ansichten, die Dr. Ruttgers

lichkeit, durch Vermeidung einer einzigen Schablone Formen und Normen zu schaffen, die besser den verschiedenartigen Bedürfnissen der Menschen entsprechen können und darum einen viel größeren Teil des Geschlechtslebens aufzunehmen vermögen. Sie erblickt in Lüge und Heimlichkeit die schlimmsten Feinde wirklicher Moral, sie erkennt an, daß eine Regelung des gesamten Liebes- und Geschlechtslebens nach gegebenen Vorschriften bei der ungeheuren Mannigfaltigkeit der Temperamente, Lebensschicksale und mitbestimmenden Zufälle gar nicht denkbar ist. Darum wird im Interesse der Kinder eine automatisch durch das Gesetz gewährleistete völlig einheitliche Behandlung aller Kinder, auch wenn keinerlei Kontrakt vorhanden ist, gefordert. Sie erstrebt eine Verfeinerung und Veredlung des Liebeslebens beim männlichen Geschlecht, Enthaltensamkeit bis zu voller Geschlechtsreife, Erhöhung des Liebesideals, zugleich Befreiung der Frau von der bloßen Bewertung als Geschlechtswesen, die solange nicht überwunden ist, als man der Frau nur eine geschlechtliche Ehre zubilligt und ihr, auch bei wirtschaftlicher Unabhängigkeit, das Recht abspricht, frei über sich selbst zu verfügen. Sie verlangt ferner Achtung vor der Mutterschaftsleistung der Frau, Ehrfurcht vor dem Werden neuen Lebens, Hilfe und Schutz aber für die Mutterschaft, gleichviel, wie sie entstanden sein mag. Jedes Verurteilen, Richten und Verachten in Fragen des privaten Geschlechtslebens, dessen tiefste und feinste Zusammenhänge Unbeteiligte überhaupt fast nie richtig zu beurteilen vermögen, lehnen die Anhänger dieser neuen Ethik ab, sie erachten es als ihre Pflicht, zu helfen und zu mildern, nicht Leiden und Übel noch zu verschärfen.

Alle Reformatoren waren ihrer Zeit Aufwiegler, Sittenzerstörer oder Narren. Die Nachwelt hat ihnen Denkmäler errichtet. Gerade historischer Sinn verleiht den Begründern und Führern der Mutterschutzbewegung die unerschütterliche Überzeugung, daß allen Angriffen zum Trotz sich die Entwicklung einer neuen Ordnung nach der Richtung vollziehen wird, wie sie durch die Vorarbeiten der Mutterschutzbewegung heute schon angedeutet ist.



DR. BLASCHKO, BERLIN: DIE GEFAHREN DER PROSTITUTION.



MAN mag vom ethischen Standpunkte aus über den außerehelichen Geschlechtsverkehr denken, wie man will, das ist nicht zu leugnen, daß in hygienischer Beziehung die monogamische Ehe, gleichviel ob mit oder ohne offizielle Sanktion, das Ideal darstellt. Ein Mann und eine Frau, für ihr ganzes Leben in ausschließlicher Geschlechtsgemeinschaft miteinander lebend, können — von verschwindenden Ausnahmen abgesehen — auf dem Wege des Geschlechtsverkehrs keine Geschlechtskrankheiten erwerben oder verbreiten. Erst der Wechsel der ge-

Haag in Nr. 6 von „Die Neue Generation“ (Berlin), Juni 1908 ausspricht. Ähnliche Vorschläge macht auch Ellen Key in ihrer neuesten Broschüre „Mutter und Kind“ Pan-Verlag Berlin.

schlechtlichen Beziehungen bringt die Gefahr der Infektion und Weiterverbreitung mit sich, und zwar ist es leicht ersichtlich, daß die Gefährlichkeit eines Menschen proportional dem Quadrate der Häufigkeit des Wechsels seiner Beziehungen wächst. Ein Mädchen, das mit dreimal soviel Männern verkehrt als ein anderes, hat die dreifache Gelegenheit, sich zu infizieren und — einmal erkrankt — dreimal so häufig Gelegenheit, Männer zu infizieren. Dieser fortwährende Partnerwechsel und nicht die Käuflichkeit ist es, welcher die große hygienische Gefahr der gewerbsmäßigen Prostitution ausmacht, und es ist begreiflich, daß, als man begann, den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten aufzunehmen, alle staatlichen Maßnahmen sich fast ausschließlich gegen die Prostitution richteten.

Man hat diese Maßnahmen, die sogenannte Reglementierung oder Sittenpolizei, vielfach als mittelalterliche Institution bezeichnet; mit Recht, denn mit der zwangsweisen Stempelung einer ganzen Bevölkerungsschicht zu einer ehrlosen, mit ihrer zunfsmäßigen Abschließung gegen die übrige Bevölkerung atmet sie durchweg mittelalterlichen Geist; zu Unrecht, denn — ein Kind der französischen Revolution — ist sie ein Ausfluß des modernen Polizeistaates und zu gleicher Zeit moderner hygienischer Bestrebungen. Aber gerade das, was diesem System an Mittelalterlichem anhaftet, scheint seine Achillesferse werden zu sollen. Der Ansturm gegen die Reglementierung, wie wir ihn seit zwei Jahrzehnten in ganz Europa sehen, hat die verschiedensten Motive: religiöse, politische, feministische und schließlich auch medizinisch-hygienische Tendenzen haben ihn entfacht und geben ihm immer neue Kraft und Nahrung. Dem Frommen erscheint die Sittenpolizei als eine Sanktionierung des Lasters, dem Demokraten als ein Eingriff in die bürgerliche Freiheit, der Frauenbewegung als Vergewaltigung des weiblichen Geschlechts, als ein Ausfluß der Herrenmoral, und der Hygieniker führt die Nutzlosigkeit der Reglementierung ins Feld. Das letzte Argument ist, wenn zutreffend, wohl das stärkste, und es läßt sich nicht leugnen, daß die wissenschaftliche Basis, auf welcher sich vor hundert Jahren die Reglementierung aufbaute, heute in ihren Grundlagen erschüttert, um nicht zu sagen: zerstört ist. Unterschätzte man doch damals die Schwierigkeiten in der Erkennung und Behandlung der Geschlechtskrankheiten und ahnte nicht, daß die Syphilis — und oft genug gilt das auch von der Gonorrhoe — nicht mit einer einmaligen mehrwöchigen Kur in einem Krankenhause zu tilgen sind, sondern, monate- und jahrelang latent bleibend, wieder aufflackern und ansteckend werden können.

Daß die abolitionistische Bewegung, welche sich die Abschaffung der Reglementierung zum Ziele setzte, ihren Ursprung in England nahm und dort auch ihre ersten großen Erfolge zu verzeichnen hatte, kann nicht wunder nehmen. Das Land, in welchem sich orthodoxe Frömmigkeit und hoher Familiensinn mit einem durch das jahrhundertelange Bestehen der Habeas corpus-Akte gefestigten Freiheitssinn zu vereinigen scheint, konnte auf die Dauer ein solches System nicht vertragen, und ein in den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gemachter Versuch, in einzelnen Orten die Reglementierung einzuführen, mußte der geschickten Agitation der Abolitionisten weichen. Und der Erfolg scheint ihnen recht zu geben. Die bald nach Abschaffung der Reglementierung einsetzende stetige und beträchtliche Abnahme der Geschlechtskrankheiten im britischen Heere steht natürlich nicht in ursächlichem Zusammenhang mit dieser Abschaffung; hat sich doch die Abnahme dieser Krankheiten nicht auf die wenigen Garnisonen

beschränkt, wo zuvor die Reglementierung bestanden hatte, und sie machte sich ja unter den neueingestellten Rekruten in gleichem Maße bemerkbar. Aber sie zeigt doch, daß trotz des Fehlens jeder Reglementierung eine wesentliche Verminderung der Geschlechtskrankheiten möglich ist; vielleicht, daß ein besseres Menschenmaterial sich jetzt dem Soldatenstande widmet oder daß infolge irgendwelcher unbekannten Faktoren tatsächlich eine Abnahme der venerischen Krankheiten in der Gesamtbevölkerung Platz gegriffen hat, zum mindestens innerhalb der Bevölkerungsschichten, aus denen sich die Soldaten rekrutieren, oder innerhalb deren sie später geschlechtlich verkehren. Immerhin beträgt die absolute Zahl der Geschlechtskrankheiten im britischen Heere noch das Vielfache der Erkrankungsziffer in der deutschen Armee, woran natürlich wieder nicht die Reglementierung, sondern die ganz anders gearteten Lebensbedingungen der deutschen Soldaten schuld sind. Daß aber die Abschaffung der Reglementierung tatsächlich keine Zunahme der Geschlechtskrankheiten im Gefolge hat, beweist Norwegen, das, dem Beispiel Englands folgend, nun schon seit Jahren ohne eine derartige Einrichtung sehr gut auskommt.

Alle diese Fragen sind 1899 und 1902 in Brüssel auf zwei internationalen, von fast allen Kulturstaaten beschickten Konferenzen eingehend erörtert worden; Abolitionismus und Reglementarismus haben dort einander tagelange Schlachten geliefert; einen definitiven Sieg hat keine der streitenden Parteien davongetragen; aber der Abolitionismus ist doch aus diesen Kämpfen zweifellos sehr gekräftigt hervorgegangen, ja fast schien es, als ob im Mutterlande der Reglementierung, in Frankreich, deren letzte Stunde geschlagen habe. Eine von Combes einberufene außerparlamentarische Kommission kam in fast zwei Jahre fortgesetzter Beratung zu sehr radikalen Beschlüssen — aber es ist auch bei diesen Beschlüssen geblieben; der Widerstand der Reglementaristen unter Führung des berühmten Syphilidologen Fournier scheint vorderhand die beabsichtigten Reformen zu verhindern.

In Dänemark hat man vor weniger als einem Jahre die Reglementierung aufgehoben und an deren Stelle unentgeltliche Behandlung für alle Geschlechtskranken gesetzt, aber man hat diese Woltat mit einer Fülle von Strafbestimmungen verquickt, welche fast einer Reglementierung der Gesamtbevölkerung gleichkommen, und zudem noch den arbeitslosen Erwerb der Prostituierten als „Vagabondage“ unter besonders strenge Strafen gestellt. Es ist überhaupt ein verfehltes Beginnen, der Prostitution und den Geschlechtskrankheiten mit dem Strafgesetz beikommen zu wollen. Ein von hervorragender juristischer Seite (durch Prof. Franz von Liszt) gemachter Vorschlag, an Stelle der einseitigen Maßregeln gegen die Prostitution überhaupt jeden, der in geschlechtskrankem Zustande geschlechtlich verkehrt, wegen Gesundheitsgefährdung zu bestrafen, scheint ja zunächst gerecht und plausibel, aber in der Praxis würde er die Verhältnisse nur noch verschlimmern. Die große Masse der Bevölkerung, insbesondere die Männerwelt, ist durch das ärztliche Berufsgeheimnis geschützt, das Gesetz würde doch nur wieder die gewerbsmäßigen Prostituierten treffen, die bei dem chronischen Charakter der Geschlechtskrankheiten, um zu leben, beständig gegen das Gesetz fehlen müßten und ihre Kuren statt wie bisher im Krankenhause nun im Gefängnis absolvieren würden.

Ganz eigenartig haben sich die Verhältnisse in Deutschland entwickelt. Bei uns gibt die Polizei nicht leicht und nicht freiwillig das Heft aus der Hand, und die seit den Brüsseler Konferenzen auch bei uns sehr

erstarkte abolitionistische Bewegung schien, zumal bei der Konstellation der politischen Parteien, zu völliger Ergebnislosigkeit verurteilt. Aber unsere deutsche Bureaukratie hat — das muß man ihr zum Ruhme nachsagen — einen großen Respekt vor der Wissenschaft. Nicht umsonst sind Männer wie Virchow, Koch und Ehrlich die Berater des Reichsgesundheitsamtes und des preußischen Kultusministeriums gewesen. Mit den gewöhnlichen Mitteln der Seuchenbekämpfung freilich (Anzeigepflicht, Isolierung der Kranken und Krankheitsverdächtigen, Desinfektion u. dgl.) war den Geschlechtskrankheiten nicht beizukommen; als aber vor sechs Jahren unter Führung der ersten deutschen Syphilidologen eine Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ins Leben trat, da haben ihr die höchsten Behörden sofort freiwillig ihre Mitarbeit und Unterstützung zuteil werden lassen.

Es kann hier nur kurz angedeutet werden, was in diesen wenigen Jahren seitens der „Deutschen Gesellschaft“ für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten geschehen ist: in Millionen von Exemplaren sind Flugschriften für die heranwachsende männliche und weibliche Jugend aller Bevölkerungsschichten verbreitet worden, welche die gesundheitlichen Gefahren des außerehelichen Verkehrs und insbesondere der Prostitution, die Folgen der Geschlechtskrankheiten, die Notwendigkeit des Selbstschutzes, die Wichtigkeit der ärztlichen Behandlung, das gefährliche Treiben der Kurpfuscher, das Verbrecherische der Weiterverbreitung der Geschlechtskrankheiten darlegen; in allen Großstädten werden von den Ortsgruppen der Gesellschaft sowie von deren Wanderrednern beständig belehrende Vorträge und Versammlungen veranstaltet, die Aufklärung der Abiturienten und Studenten, der Fortbildungsschüler, der Lehrer, Eltern und Erzieher über alle diese Fragen ist in Angriff genommen. Die Zahl der Abteilungen und Betten für Venerische ist in fast allen deutschen Städten vermehrt, die Behandlung humaner geworden; was aber das Wichtigste ist: es gelang, das Recht der zwölf Millionen in Krankenkassen Versicherten, im Falle einer Geschlechtskrankheit alle Woltaten der Versicherung — freien Arzt, freie Arznei, Krankengeld und, wenn nötig, unentgeltliche Krankenhausbehandlung — zu sichern und dadurch für das Gros der Bevölkerung die Schrecken, mit denen früher ein solcher Krankheitsfall verbunden war, zu mildern.

Und schließlich ist man auch an die Reform der Reglementierung gegangen. Unter Mitwirkung der D. G. B. G. hat zuerst das Berliner Polizeipräsidium den Versuch gemacht, die Anfängerinnen der Prostitution vor der Reglementierung dadurch zu bewahren, daß ihnen Gelegenheit gegeben wurde, sich von renommierten Spezialisten umsonst untersuchen und behandeln zu lassen; und nachdem dieser Versuch geglückt war, hat das preußische Kultusministerium im Verein mit dem Ministerium des Innern am 12. Dezember 1907 in einem besondern Erlaß die Grundzüge für eine weitergehende Reform der Reglementierung entwickelt. Nach den Bestimmungen des Erlasses soll in allen Orten, in welchen eine Überwachung der Prostituierten erforderlich ist, ermittelt werden, ob Gelegenheit zur unentgeltlichen Behandlung Geschlechtskranker vorhanden ist. Wo diese fehlt, sollen durch Vereinbarungen mit geeigneten Ärzten oder Krankenhäusern öffentliche ärztliche Sprechstunden eingerichtet werden.

Die zum ersten Male wegen Verdachts gewerbsmäßiger Prostitution angehaltenen Personen sollen unter Aushändigung eines Verzeichnisses der vorhandenen öffentlichen Sprechstunden mit dem Auftrage entlassen werden,

sich dort vorzustellen oder bis zur Heilung einer vorhandenen geschlechtlichen Erkrankung den Nachweis zu erbringen, daß sie in ausreichender ärztlicher Behandlung stehen oder ein Krankenhaus aufgesucht haben. Die polizeiärztliche Untersuchung und die zwangsweise Behandlung im Krankenhaus werden auf solche Fälle beschränkt, in denen begründeter Verdacht besteht, daß die Patienten sich der freien ärztlichen Behandlung entziehen oder noch vor bewirkter Heilung wieder der Prostitution nachgehen werden. Ähnliche Erleichterungen sollen dann auch den Personen, welche der sittenpolizeilichen Aufsicht unterstehen, gewährt werden, sofern ihre persönlichen und sonstigen Verhältnisse einige Sicherheit dafür bieten, daß sie den ärztlichen Verordnungen nachkommen und während der Erkrankung nicht weiter Gewerbsunzucht treiben. Soweit also die Kranken den guten Willen zur Befolgung der ärztlichen Anordnungen zeigen und gemeingefährliches Verhalten während der Ansteckungsperiode vermeiden, wird ihnen jede Berührung mit der Sittenpolizei erspart. Mit besonderen Kautelen wird die Inskription in die Prostituiertenliste umgeben. Der Erlaß bestimmt hierüber: „Da das Gesetz vom 28. August 1905 den Prostituierten gegenüber ausgedehnte Befugnisse zur Sicherung auch ohne Verhängung der sittenpolizeilichen Aufsicht gewährt, so erscheint vor Anordnung dieser ernsten Maßnahme ein besonders gründliches und vorsichtiges Verfahren geboten und trotz Verzögerung unbedenklich. Die Stellung unter polizeiliche Aufsicht gemäß § 361 Ziffer 6 Str.G.B. soll daher in Zukunft nur verfügt werden, wenn die Voraussetzungen durch Verurteilung wegen strafbarer Gewerbsunzucht zweifelfrei dargetan sind.“

Die Reglementierung soll also nicht mehr als Regel, sondern als Ausnahme, gewissermaßen als ultima ratio, wenn alle andern Maßnahmen erschöpft sind, in Kraft treten. Bordelle sollen nach dem Erlaß nicht mehr geduldet werden, und zwar nicht nur aus Gründen der Humanität, sondern auch, weil sich jetzt allgemein unter den Ärzten die Einsicht Bahn gebrochen hat, daß Bordelle in sanitärer Beziehung nicht den geringsten Nutzen gewähren. Und weiter heißt es in dem Erlasse: Bestrafungen wegen unerheblicher Verstöße gegen die polizeilichen Reglements sollen nach Möglichkeit vermieden werden. Die Exekutivbeamten der Sittenpolizei sind anzuweisen, in solchen Fällen zunächst mit Warnungen einzuschreiten und Strafanzeigen nur bei fortgesetztem böswilligem Zuwiderhandeln zu erstatten. Die zum Schutze der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Anstandes erlassenen polizeilichen Vorschriften enthalten vielfach kleinliche und zu sehr in Einzelheiten gehende Beschränkungen, auf deren Beseitigung Bedacht zu nehmen ist.“

Diese Ausführungen enthalten ein freimütiges Bekenntnis und atmen ganz modernen Geist, wie man ihn in ministeriellen Erlassen nicht gar zu häufig findet. Ob freilich die löblichen Tendenzen des Erlasses nun auch in der rauhen Wirklichkeit die gewünschte Besserung herbeiführen werden, erscheint zunächst noch recht fraglich. Zwei große Hindernisse sind da noch zu überwinden, einmal die §§ 180 und 361, 6 Str.G.B., welche in ihrer heutigen Fassung jedes nachsichtige Vorgehen gegen die Prostitution unmöglich machen, vor allem aber der Unverstand und Widerstand der unteren Verwaltungsorgane, die nicht so leicht von ihrem althergebrachten Schlendrian abzubringen sein werden. Aber nachdem einmal von obenher in das alte System eine Bresche gelegt ist, wird es Aufgabe aller reformfreundlichen Elemente des Volkes sein, diese Bresche zu erweitern.

Wird es auf einem der beschrittenen Wege gelingen, die Prostitution in Zukunft ihrer gesundheitlichen Gefahren völlig zu entkleiden? Ich glaube,

nein! Solange die Frau der niederen Klassen, in Stumpfheit und Unbildung dahinvegetierend, sich als williges Objekt verkaufen und verschicken, mißbrauchen und ausbeuten ließ, wäre das noch eher denkbar gewesen. Das Frauenmaterial unserer heutigen Großstädte will nicht mehr als leblose Ware gelten, sondern tritt aktiv als Verkäuferin des eigenen Körpers auf. Und in dieser Rolle, bei der ihr die ganzen Lebensbedingungen unserer modernen Städte zu Hilfe kommen, ist sie schwer zu fassen. Vor allem aber sind die Grenzen der Prostitution so fließende, sind unter unsern heutigen wirtschaftlichen Zuständen die Übergänge von der halben und Viertelprostitution zur ganzen Prostitution und umgekehrt so zahlreich und oft so rapide, daß die staatlichen Organe gerade diese in hygienischer Beziehung besonders gefährliche Gruppe gar nicht zu fassen vermögen und daß sie immer nur den alleruntersten Bodensatz in Händen behalten. Und gerade dieser verlohnt in hygienischer Hinsicht am wenigsten den großen Apparat und den großen Kostenaufwand, der auf ihn verwandt wird.

Auch das von den Abolitionisten verfochtene Prinzip der Freiwilligkeit wird den idealen Gesundheitszustand nicht herbeizuführen vermögen — denn für die Prostituierte bedeutet jede Krankenhauskur eine Erwerbsstörung, der sie sich so lange wie möglich zu entziehen sucht, ganz abgesehen davon, daß überhaupt die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten meist durch chronisch Kranke geschieht, welche von ihrer Krankheit keinerlei Beschwerden spüren, ja oft nicht einmal ahnen, daß sie krank sind. Aber es handelt sich ja gar nicht um eine absolute Sicherung des außerehelichen Geschlechtsverkehrs, sondern nur darum, bei welchem System mehr Infektionsquellen ausgeschlossen, mehr Infektionen verhütet werden, und da scheint mir, zumal unter unsern heutigen Verhältnissen, das freiheitliche System doch den Vorzug zu verdienen.

Und die Wissenschaft? Eine Schutzimpfung gegen die Syphilis ist noch nicht gefunden, und gegen die Gonorrhoe überhaupt unwahrscheinlich. Wenn wir sie aber hätten, würden sich wohl viele finden, die sich einer solchen Impfung freiwillig unterzögen? Möglich wäre das ja schon — aber vielleicht kämen dann wieder die Frommen im Lande und würden diese Impfungen verbieten!



ROMAN STRELTZOW, BERLIN: EROTISMUS IN RUSSLAND.



IE in den Jahren 1904 und 1905 die russische „Gesellschaft“ unter dem Zeichen des revolutionären Kampfes stand, so steht sie jetzt unter dem Zeichen der Erotik. Wie man früher über das Wesen der Revolution mit verzehrendem Eifer diskutierte und mit unersättlicher Gier die frisch übersetzten Schriften von Lassalle, Kautsky, Marx und Engels verschlang, so debattiert man jetzt unermüdlich über die Natur der Liebe und liest mit leidenschaftlichem Wissensdurst die Schriften und Artikel, in denen das Liebesproblem behandelt wird. Die Produktion der erotischen Druckerzeugnisse wächst ins Ungeheure. Die Nachfrage nach besonders

populären Schriften — wie z. B. der Roman von Artzybaschew: „Sanin“, der, nebenbei bemerkt, demnächst in deutscher Sprache erscheint*) — übertrifft alles, was man bisher erlebt hat. Der Erfolg dieser Schriften wird von einigen Sachkennern viel höher bemessen, als es seinerzeit bei den Romanen eines Dostojewsky oder Tolstoj der Fall war. Die Wirkung war so überwältigend, daß sogar die Polizei eingreifen mußte, die die 3. Auflage des oben erwähnten Romans von Artzybaschew beschlagnahmen ließ, was natürlich nur zur größeren Verbreitung des Buches diente.

Die poetische Bearbeitung der erotischen Erscheinungen machte sich nicht nur an die gewöhnliche menschliche Liebe heran, sondern auch an alle ihre Ausartungen. In zahlreichen Erzählungen und Gedichten werden die Reize der Homosexualität, des Sadismus und Masochismus besungen und dem höchst wohlloblichen Publikum zur Nachahmung empfohlen. Man blieb aber nicht dabei stehen, sondern schritt zur Poetisierung der „Liebe“ zu verschiedenen Vertretern des Tierreiches, ja sogar zu nicht lebendigen Wesen, wie z. B. zu Statuen. Wer einmal Gelegenheit hatte, eine Pathologie des Geschlechtslebens zu lesen, der kann sich leicht den Inhalt der jetzt populären Literatur ausdenken.

Jede Literatur ist bloß ein mehr oder weniger gutes Spiegelbild des wirklichen Lebens. Sage mir, was du liest, ich werde dir sagen, was dich in Wirklichkeit beschäftigt und quält. Das intensive Interesse zur erotischen Literatur zeigt, welche Stimmungen und Gedanken momentan die russische Gesellschaft beherrschen. Es wäre dabei völlig verfehlt, wollte man meinen, daß dieses Interesse rein pornographischer Natur ist, und daß die Elemente, aus denen sich die Leser der erotischen Literatur rekrutieren, moralisch etwa inferior wären. In mehreren Versammlungen, in denen ich über die erotische „Bewegung“ sprach, konnte ich auf Grund vielfachen Meinungsaustausches feststellen, daß es nicht immer die Schlechtesten der jetzigen Jugend sind, die sich mit sexuellen Fragen beschäftigen. Und schon die Tatsache allein, daß in der Reihe der Schriftsteller, die das erotische Problem behandeln, auch solche Namen wie Leonid Andrejew und Kuprin (Verfasser des auch ins Deutsche übersetzten Militärromans: „Duell“) sich befinden, zeigt, daß der jetzige Erotismus in Rußland keineswegs nur schmutziger Natur ist, sondern in sich auch hohe sittliche Faktoren und Interessen birgt. Ein Verständnis für diese Seite der Bewegung wird man aber erst dann gewinnen können, wenn man bei ihrer Beurteilung die sozialen und politischen Zustände, in denen sich jetzt das russische Ries Reich befindet, berücksichtigt. Darüber aber später.

Damit will ich durchaus nicht gesagt haben, daß die Neigung zum Schmutzigen, zum Pornographischen dabei eine geringe und unbedeutende Rolle spielt. Es genügt, nur die verschiedenen Nachrichten über die hier und da auftauchenden „Liebesligen“ kennen zu lernen, um zu begreifen, daß die erotische Welle ein nicht geringes Quantum von moralisch minderwertigen Elementen mit sich gerissen hat. Wenn nur die Hälfte davon, was man von diesen „Ligen“ erzählt, wahr ist, so würde es schon genügen, um dies zu bestätigen. Man behauptet aber, daß die Tatsachen, die in die Öffentlichkeit durchgedrungen, vollkommen der Wahrheit entsprechen, und daß die Liebesraserei, die man den „Ligisten“ nachsagt, wirklich für die letzteren charakteristisch ist.

*) Bei Georg Müller, München.

Um dem Leser eine Vorstellung von diesem Liebestreiben zu vermitteln, seien hier einige Tatsachen erwähnt. So wird aus der Universitätsstadt K i e w gemeldet, daß dort seit zwei Jahren ein Liebesverein unter dem Namen „Dorefa“ (was dieses Wort bedeutet, weiß man nicht) existiert. Es ist interessant zu erfahren, daß anfänglich dieser Verein sich mit dem Studium der neuesten Literatur beschäftigte und erst im späteren Stadium seiner Entwicklung zur Behandlung der sexuellen Fragen kam, wobei er sich dann den vielsagenden Namen „Bier und Freiheit“ beilegte. Jetzt umfaßt der Verein 80 Mitglieder, besitzt fünf Wohnungen und eine Sommerfrische. Alle „Sitzungen“ haben dieselbe „Tagesordnung“: zuerst ein grenzenloses Saufen, dann — — „freie Liebe“ auf „kommunistischer“ Grundlage.

Die Mitglieder der „Dorefa“ begnügen sich nicht mit der Befriedigung ihrer eigenen Liebesbedürfnisse und führen eine eifrige Propaganda unter den Kameraden bzw. Kameradinnen, wobei die Hauptargumente in dem Hinweis bestehen, daß die Ehe veraltet, der Geschlechtstrieb etwas durchaus Natürliches und Gesetzmäßiges, die Keuschheit ein Vorurteil sei usw. Dabei behaupten die „Dorefisten“, daß sie durchaus nicht vereinzelt mit ihren Ideen stehen, und daß z. B. in Belgien bloß 5% keuscher Mädchen gezählt werden.

Eine ähnliche Organisation existiert unter dem Namen „Die Minute“ in R i g a und in der Universitätsstadt K a s a n j. Aus der kleinen Provinzstadt M i n s k wird folgendes von dem Treiben der dortigen „Liga der freien Liebe“ berichtet. Die „Ligisten“ versammeln sich bei dunkler Beleuchtung einiger Lichtstümpfchen, auf Befehl der „Vorsitzenden“ wird das Licht ausgepustet, und in völliger Dunkelheit beginnt eine wilde Orgie zur Ehre des Liebesgottes. Die Mitglieder dieser Liga haben nach den „Statuten“ kein Recht, irgendwelche spezielle Auswahl zu treffen, jeder und jede muß sich ohne Widerspruch dem anderen hingeben. Der Eintritt in die Liga wird nur denjenigen gestattet, die in physischer Hinsicht fehlerlos sind.

Man sieht, Schmutzereien werden bei diesem Liebeshunger genug begangen. Um sie, wie überhaupt alle erotischen Erscheinungen der Letztzeit, richtig beurteilen zu können, muß man aber, wie gesagt, die gesamten russischen Zustände in Betracht ziehen. Die Niederlage der Revolution, die kolossale Enttäuschung, die diese Niederlage überall hervorgerufen hat, das schreckliche Hausen der Reaktion, die Tausende von Hinrichtungen und Ermordungen, die Entwertung des Menschenlebens, die dieser ganzen Epoche eigentümlich ist — alles das hat eine fürchterliche Atmosphäre in Rußland geschaffen, die auszuhalten man besonders geartete Nerven haben muß. Auf diesem Boden entwickeln sich alle die neuen Stimmungen und Geistesrichtungen, die immer stärker um sich greifen. Die einen suchen ihre Zuflucht beim religiösen Mystizismus, die anderen im Selbstmord, der erschreckende Dimensionen angenommen hat, die dritten suchen sich in den Ausschweifungen aller Art zu retten. Die „Ligisten“ selbst behaupten, die Liebe diene ihnen zum Vergessen aller Scheußlichkeiten des wirklichen Lebens. In gewissem Umfange wird man diesen Behauptungen auch Glauben schenken müssen.

In dem wüsten Treiben der Ligen wird niemand etwas Sympathisches erblicken können, wenn auch die Kenntnis der Ursachen der Erscheinung selbst zu einer mildernden Beurteilung führen kann. Der Ligismus ist eine Verirrung, die hoffentlich recht bald aus den Kreisen der russischen Jugend verschwinden wird. Aber, wie schon angedeutet wurde, die erotische Be-

wegung erschöpft sich nicht in den Liebesligen, das erotische Interesse hat größere Massen ergriffen, während die Mitgliederzahl der Ligen immer auf einige Dutzend angegeben wird. Diese Bewegung kann nicht als eine nur vorübergehende Verirrung angesehen werden, und sie ist es auch nicht. Sie ist auch nicht krankhafter Natur wie der Ligismus und bedeutet im allgemeinen einen gesunden Protest gegen den Asketismus, der während und besonders vor der Revolution der russischen Intelligenz eigentümlich war. Die revolutionäre Bewegung erzeugte begreiflicherweise eine kolossale Opferwilligkeit, besonders unter der Jugend. Für den Erfolg der Revolution war man bereit, sein eigenes Glück, seine besten Neigungen, ja sein eigenes Leben wegzugeben. Die Liebe zur Sache verdrängte die Liebe zum konkreten, empirischen Menschen.

Wenn aus dem Standpunkte der Allgemeinheit, der Gesellschaft, ein solches Zurückdrängen der sozusagen egoistischen Interessen unvermeidlich war und sittlich einen großen Wert darstellte, so führte aber andererseits diese kolossale Anspannung der altruistischen Gefühle oft zum persönlichen Ruin derjenigen, die diesen Altruismus übten. Diese Erscheinung konnte nicht auf die Dauer ohne Rückwirkung bleiben, und das Scheitern der Revolution hat diese Rückwirkung nur beschleunigt. Die neue Generation der Jugend strebt deshalb jetzt danach, die Disharmonie, die früher zwischen dem allgemeinen und persönlichen Interesse existierte, nach Möglichkeit wegzuräumen und an ihrer Statt eine Harmonie zwischen beiden Seiten des menschlichen Lebens herbeizuführen. Man sucht eine Synthese der individuellen und sozialen Anforderungen, die vor jeglichen Enttäuschungen der Zukunft sichern konnte. Dieses Suchen kann nicht als etwas Unsympathisches angesehen werden, da es in sich Keime zur gesunden und gedeihlichen Entwicklung der Gesamtheit trägt. In diesem Sinne ist der Erotismus in Rußland keine regressive, sondern eher eine progressive Erscheinung.



RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS VON PROF. DR. RODOLPHE BRODA-PARIS

.....

IX. ENTWICKLUNGSTENDENZEN IN EHE UND FAMILIE.



IR alle wissen, daß Ehe und Familie sich derzeit in einem Zustand der Krise, des mangelnden Gleichgewichtes befinden, daß Gesetz und Realität sich nicht decken, daß Entwicklungskräfte gegeneinander spielen, deren Endresultierende vielen unklar erscheinen. Ein näheres Hinblicken zeigt uns aber sofort, daß die Gesellschaft unserer westlichen Nationen bereits seit vielen Jahrhunderten eines wirklichen Gleichgewichtszustandes in Familie und Ehe entbehrt. Wollen wir eine solche Gestaltung dieser letzteren finden, daß selbe tatsächlich zum restlosen Ausdruck der menschlichen Triebe werde, so müssen wir entweder zurückgehen zu den Zeiten der Polygamie, die wir heute noch in der muselmanischen Welt untersuchen können, oder vorausblicken in jene ferne Zukunft, in der die veränderten Bedürfnisse und Möglichkeiten des geistig-differenzierten modernen Menschen zu einer Neuordnung von Familie und Ehe geführt haben, die seiner Eigenart ebenso entspricht, als die Polygamie der Eigenheit des primitiven Menschen (der allen Entwicklungen des Christentums und der Geschichte zum Trotz auch heute noch die große Mehrheit unserer Zeitgenossen ausmacht) angepaßt war und ist.

Untersuchen wir die Grundlagen dieser Anpassung, soweit sie auf unsere Spezialfrage, die Ehe, Bezug haben.

Für den Mann bedeuteten sie immer den Wunsch: erstens nach Befriedigung und Glück des Geschlechtsgenusses,

zweitens nach legitimen Nachkommen, welche sein geistiges und materielles Erbe antreten können,

drittens nach Hilfskräften für seine Arbeit.

Die Frau ist hingegen in allen ihren Trieben, wenn wir vom Triebe zur Mutterschaft selbst (der ja auf die sozialen Formen der Geschlechtsvereinigung keinen bestimmenden Einfluß übt) absehen, von dem Bedürfnis nach Schutz und ökonomischer Sicherung beherrscht.

Allen diesen Notwendigkeiten des primitiven Menschen entsprach und entspricht die Polygamie. Der Mann fand und findet in ihr die Möglichkeit, sich seiner ureigenen Natur, die polygamisch war und ist, hemmungslos hinzugeben, je nach Stimmung und Laune sich mit der einen oder andern Frau seines Harems zu vereinigen. Die Teilung dieser Frauen in legitime Gattinnen (im Islam höchstens 4) und Sklavinnen gibt ihm weiter eine begrenzte Anzahl legitimer Kinder und Erben in den Kindern der genannten legitimen Frauen. In jenen Schichten ferner, welche die materielle Arbeit nicht auf Sklaven abwälzen können, gibt diese alte Form der Ehe ihm auch die Arbeit seiner Frau bedingungslos zu eigen, im übrigen wird freilich in diesen Schichten

die gesetzliche Polygamie zu einer faktischen Monogamie, da dem Manne die Mittel zur Ernährung mehrerer Frauen fehlen. — Die Frau findet in beiden Fällen, sei es als eine der Gattinnen des Reichen, sei es als faktisch alleinige Gattin des Armen, Schutz als Mitglied seiner Familie und Sicherung ihres Lebensunterhalts.

Machtvolle geschichtliche Faktoren haben diese naturgewordene Form der Ehe bei vielen Völkern zerstört, und in unsern Ländern des Westens hat das Christentum sie mit solcher Leidenschaftlichkeit angegriffen, daß sie seither nie wieder als gesetzliche Form der Geschlechtervereinigung aufleben konnte. Trotzdem besteht diese Urform der Ehe weiter, nicht auf dem Boden des Gesetzes in Harmonie und Selbstfreudigkeit, wohl aber in Sprengung der Formen des religiösen und sozialen Gebotes, in steter Reue und Anklage, Zerrüttung und sozialem Konflikt.

Durch all die christlichen Jahrhunderte hindurch sucht der Mann jener höheren Klasse, bei der über den Kampf ums Dasein hinaus vielgestaltigere Kräfte in Erscheinung treten können, in der vom Christentum geschaffenen gesetzlichen Einehe überwiegend nur Befriedigung seines Wunsches nach legitimen Kindern und dort, wo es ökonomische Begründung hat, nach Schaffung einer wirtschaftlichen Einheit. Im übrigen aber folgt er, sei es vor Eingehen der Ehe, sei es nachher, seinen polygamischen Instinkten, und zur Befriedigung derselben hat sich die Frauenwelt selbst in eine größere ehrbare Hälfte, welche in der Ehe Erfüllung ihres Daseinszweckes sieht, und eine kleinere unehrbare Hälfte, welche der Befriedigung der polygamischen Instinkte des Mannes dient, geteilt.

All diese Jahrhunderte haben nicht jenen Einklang von herrschender Moral und realer Tatsachenwelt gesehen, wie er im muslimischen Osten besteht, den Männern wurde Heuchelei, weitestgehendes Verbergen ihrer Natur eingeimpft. Trotzdem aber herrschte eine gewisse Stabilität ohne lebhaftes Aufeinanderprallen verschiedener Kräfte.

Ganz anders ist dies in den letzten Jahrzehnten geworden. Wir gehen durch eine Krise der Ehe, durch eine Geschichtsperiode hindurch, in der alle überlieferten Begriffe der Sexualethik revidiert werden. Die Gründe hierfür sind dreifacher Art.

1. In allen früheren Geschichtsperioden war der Frau überwiegend eine passive Rolle im Liebes- und Eheleben beschieden. Mutterschaft und Versorgung waren die Ziele, um derentwillen sie in die Ehe trat. Persönliche Liebe zum Manne stand unter ihren Motiven stets durchaus im Hintergrunde. Es konnte ihr daher erträglich erscheinen, und sie hat es diese ganze Zeitspanne hindurch widerstandslos hingenommen, daß nicht sie selbst, daß an ihrer Stelle ihre Eltern über ihre Hand verfügten (im Orient im Sinne des Gesetzes, das ihr verbot mit ihrem künftigen Manne vor der Hochzeit auch nur ein Wort zu wechseln). Die allgemeinen Bildungstendenzen unserer Zeit, die auch den Mädchenunterricht und deren geistigen Gesichtskreis so unendlich gehoben haben, machten diesem Gleichgewichtszustand ein Ende. Selbst im mohammedanischen Orient verlangt nun die Frau, vor der Eheschließung gehört zu werden, und fordert ein Recht, Ehetrennung zu verlangen. (Siehe Artikel über Frauenemanzipation im Orient auf S. 872). In Europa geht dies sexuelle und geistige Erwachen der Frau naturgemäß unendlich weiter. Sie erträgt es nicht länger, bloß Objekt, sie fordert, gleichberechtigtes Subjekt in der Ehe zu sein; über Versorgung und Mutterschaft hinaus fordert sie persönliches Glück, Befriedigung menschlicher und seelischer Bedürfnisse,

Einklang mit einem gleichstrebenden Gatten. Noch haben Volkssitte und Gesetzgebung dieser veränderten Subjektivität der Frau in vielen, besonders den romanischen Ländern nicht Rechnung getragen; noch sind es in Frankreich, Italien und Spanien in den meisten Fällen ausschließlich die Eltern, welche das junge Mädchen der gebildeten Klasse verheiraten, wenn nicht in völliger Beiseitesetzung von deren eigenen Wünschen, gewiß doch in entscheidender Beeinflussung ihrer Gattenwahl. Aber mit der Verheiratung selbst erlischt die Hörigkeit des Weibes, und die neu erwachte Aktivität, Wandelbarkeit und Glücksbegierde lassen in nur allzu vielen Fällen in der Frau den Entschluß reifen, dem aufgezwungenen Gatten die Treue zu brechen. In allen vorangegangenen Geschichtsperioden war es allein der Mann gewesen, dem das Recht auf Ehebruch offen oder stillschweigend zugebilligt wurde, und die Fälle von Vergehungen der Frau waren im Orient durchaus, aber auch im Okzident ziemlich selten. Heute muß in den genannten romanischen Ländern der Ehebruch der Frau bereits als ein Sozialphänomen, welches die Institution der Einehe selbst in gewissem Sinne modifiziert, nicht mehr als eine isolierte Abnormität aufgefaßt werden.

In den germanischen und anglosächsischen Ländern, besonders in Skandinavien und Amerika ging die Entwicklung andere Wege. Dort wurde der Frau völlige Ausreifung ihrer geistigen Persönlichkeit vor Eingehen der Ehe und freie, unbeschränkte Gattenwahl zugestanden, der Ehebruch andererseits mit Fluch und Bann der öffentlichen Meinung belegt. Selten genug kommt diese allerdings dazu, ihre Acht auszusprechen, da die Frau dem einmal frei gewählten Gatten eher als die romanische dem aufgezwungenen fürs Leben treu zu bleiben geneigt ist, sowie auch ein liberales Ehescheidungsgesetz für Fälle wirklicher Inkompatibilität der Charaktere ihr die Möglichkeit an die Hand gibt, die Ehe den Moralanschauungen der Gesellschaft entsprechend zu lösen.

2. Ein weiterer entscheidender Faktor der Ehekrise ist in jenen Wirtschaftsentwicklungen zu suchen, welche die Ehe als ökonomische Einheit, die sie in den mittleren und unteren Klassen der Bevölkerung ausnahmslos darstellte, zerbrachen. Der Bauer hatte auf seinem Hofe stets Frau, Kinder, Knechte und Mägde unter seiner Leitung in kollektiver Arbeit vereinigt, der Frau insbesondere fielen eine Reihe von Tätigkeiten (wie Spinnen und Weben, Kleideranfertigung, Fürsorge für das Vieh usw.) zu, die ihre Arbeitskraft innerhalb der Ehe überaus wertvoll erscheinen ließen. Ähnliches galt auch für die Frau des Handwerksmeisters, welche die Küche für Meister und Gesellen bereitete und das ausgedehnte Haus nach jeder Richtung instand zu halten hatte. War der Frau so innerhalb der Ehe eine gefestigte ökonomische Position gegeben, so hatte sie außerhalb derselben keinerlei Funktion, keinerlei Möglichkeit der Selbsterhaltung. Kein Beruf stand ihr offen, wenn wir von der ganz dienenden Stellung als Hausmagd absehen. Die Ehe mußte daher jedem Mädchen als einzig erstrebenswertes Ziel, als einzig mögliche Existenzbedingung erscheinen.

Die Industrieentwicklung unserer Zeit hat die Söhne der Bauern und Handwerksmeister zu sehr großem Teil als Industriearbeiter in den Schatten der Fabriken gezogen, und auch ein sehr wesentlicher Teil ihrer Töchter arbeitet dort an der Seite der Brüder. Der Arbeiterhaushalt ist kein so umfassender, vielseitiger mehr wie der des Bauern und Meisters. Seine Funktionen beschränken sich auf ein hastiges Bereiten der Mahlzeit, das vielfach nach der Fabrikarbeit vorgenommen wird, und auf eine überaus oberfläch-

liche und ungenügende Beaufsichtigung der kleinen Kinder. So schwere Gefahren und Schädigungen auch hieraus für das Heranwachsen der neuen Generation entstehen (siehe Artikel von Mme. Bérot Berger auf S. 870), so viele Versuche vorgenommen wurden, die Frau wieder ins Haus zurückzuführen, ist dies doch nur in den reichen Ländern mit hohen Arbeitslöhnen: Amerika, Australien und zum Teil England, und auch dort nur für die verheirateten Frauen, gelungen. Die jungen Mädchen arbeiten auch dort in den Fabriken; auf dem europäischen Festlande gilt dies außerdem für Millionen verheirateter Frauen. Haben diese so innerhalb des Heims keine wesentlich ökonomische Funktion mehr zu erfüllen, so ist ihnen andererseits durch die Lohnarbeit in den Fabriken die Möglichkeit, ja die Notwendigkeit gegeben worden, unabhängig vom Manne durch eigene Kraftanstrengung sich wirtschaftlich durchzusetzen. Die Frau hat hierdurch eine Selbständigkeit gewonnen, wie sie sie noch nie im Laufe der Geschichte besaß. Die selbstverantwortliche Arbeit inmitten unzähliger, unmittelbar Wettfeindender, die zugleich eine spezielle berufliche Vorbildung erfordert, läßt in der Frau alle Energien des Geistes, vor allem auch die Gabe der Initiative, die so lange in ihr geschlummert hat, zur freien Entwicklung gelangen. Die Ehe hört für sie auf, eine ökonomische Notwendigkeit zu sein, die Unentbehrlichkeit der „Versorgung“ hält sie nicht mehr in verhaßter Gemeinschaft zurück. Auch ihre Triebe und Wünsche nach neuer Vereinigung werden frei, und sie ist in der Lage, sich ihnen hinzugeben, um so mehr, da in den Fabrikdistrikten diese Verbindungen in sehr großer Anzahl nicht mehr legitim, sondern in freier Liebeswahl geschlossen werden.

So hat die Ehe in den modernen industriellen Kreisen überwiegend ihren alten Inhalt verloren und ist vielfach auch in der Form verschwunden. Die jahrtausendealte Ungleichheit zwischen dem Manne mit seiner geschlechtlichen Aktivität und der Frau mit ihrer Passivität und ihren ganz anders gerichteten Interessen hat geendet, beide gehen in gleicher Weise der Erfüllung ihres Wesens entgegen, stehen einander gleichberechtigt gebend und nehmend gegenüber. So wird beider Verbindung zu einem tatsächlichen Freiheitsbunde, in dem sich alle sexuellen Möglichkeiten, nicht bloß des Mannes, sondern auch der Frau entfalten, in dem der vollen Auslebung der Persönlichkeit nichts im Wege steht.

Gerade in diesen sozial tiefstehenden Schichten ist die Krise der Ehe am weitesten fortgeschritten und ihrer Lösung am nächsten. Mögen auch mangelnder Adel der Form, Armut und Dürftigkeit die neuen Gebilde nur schwer in ihrer wahren Bedeutung kenntlich machen, die künftige Art der Verbindung beider Geschlechter bahnt sich doch im Proletariate vor. Eine Eigentümlichkeit ist hierfür hervorragend charakteristisch. Während in allen früheren Geschichtsperioden und Gesellschaftsklassen das Geldmoment bei der ehelichen Verbindung eine entscheidende Rolle spielte, sei es, daß der Mann den Eltern der Braut einen Kaufpreis entrichten mußte, wie im muslimischen Orient, sei es, daß umgekehrt der Mann eine solche Gefährtin erwählte, die ihm eine reiche Mitgift zubrachte, während in beiden Fällen die freie Anziehungskraft der Geschlechter gefälscht, ja unterdrückt wurde durch kommerzielle Rücksichten, fallen diese im Liebesbunde der Söhne und Töchter des Proletariats durchaus fort; und diese Freiheit von ökonomischen Gesichtspunkten, diese freie Gattenwahl und freie Ehetrennung, wie wir sie im Proletariat beobachten, zeigen uns die wesentlichsten Züge der Geschlechterverbindung, wie sie die Zukunft für alle Klassen der Gesellschaft bringen wird.

3. Auch die sexuellen Bedürfnisse des Mannes sind in unserer Zeit andere geworden. Wohl haben sich seine polygamischen Instinkte im Kerne des Wesens auch in der Gegenwart erhalten, aber gerade der Mehrzahl und gerade den Besten entspricht es doch allein, in einem gegebenen Augenblick sich der Liebe für bloß eine Frau hinzugeben und das ganze Wesen in diesem Triebe zu konzentrieren. Diese Neigung mag ersterben und einer andern Platz machen; die Polygamie ist aber von einer gleichzeitigen zu einer sukzessiven geworden. Hierin gerade liegen tiefgreifende seelische und soziale Unterschiede.

Der Mann des muslimischen Ostens, dem der Verkehr mit einer gegebenen Frau nicht mehr zusagt, zieht einfach eine andere seinem Harem bei, verstößt aber in der Regel die erste nicht, entzieht ihr nicht die ökonomische Sicherung. Nur in seltenen Fällen macht er von seinem übrigen unbeschränkten Rechte, seine Frau zu verstoßen, Gebrauch. Auch in vielen Ländern des Westens, insbesondere den romanischen Staaten lebt ja diese Polygamie fort; für eine gleichgültig gewordene Ehe sucht der Mann außerhalb derselben Ersatz. In den germanischen und anglo-sächsischen Ländern aber liegen die Dinge anders, dort läßt sich von gestern auf heute eine wesentliche Wandlung konstatieren. Ehedem hatte dort tatsächlich eine reine Einehe bestanden, und der Mann hatte ein Leben lang seiner Frau die Treue bewahrt, seine mindere sexuelle Aktivität und konservative Seelenverfassung erleichterten ihm dies. In der Gegenwart aber mit ihrer stets größeren Differenzierung und Reizbarkeit der Charaktere wird es sowohl den schwachen als auch gerade den starken Naturen immer schwerer, ein und dieselbe Gesinnung ein Leben lang festzuhalten. Das menschliche „Ich“ verändert sich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, verändert sich um so rascher, je mehr wir in unserer Geschichtsperiode allseitig auf das Gemüt einstürmender neuer Eindrücke vorwärts schreiten. Zwei Menschen, die ehemals sich völlig ergänzten hatten, mögen morgen infolge verschieden gerichteter seelischer Entwicklung keinerlei Berührungspunkte mehr besitzen. So wurde gerade in den klassischen Ländern der Einehe und bei den ernstesten Völkern das Fundament derselben untergraben, und in vielen gerade der besten Männer wird der Wunsch wach, eine Ehe, die des innern Bandes entbehrt, zu lösen, und der Harmonie eines neuen Bundes sich zu weihen. Aus diesem Streben mußte eine weitere bedeutsame Stärkung der Strömung für Erweiterung der Ehescheidungsmöglichkeiten erwachsen.

Wir sehen daher, daß die ökonomischen und seelischen Grundlagen der lebenslänglichen Einehe in unserer Zeit überaus bedroht sind. Schon ist dieselbe vielfach nur mehr eine Fiktion, eine Forderung geschriebener Moral. Die Natur setzt sich über alle Schranken, die soziale Entwicklungstendenz über alle beschworenen Gesetze hinweg, die Wahl, die zu treffen, steht eigentlich kaum mehr zwischen Ehe und einer freieren Form geschlechtlicher Verbindung, sondern nur mehr zwischen Frankreich und Amerika: Zwischen dem von der öffentlichen Meinung mehr oder minder sanktionierten Ehebruch mit seiner Unwahrheit und Heuchelei, seiner Vergiftung aller persönlichen Beziehungen, seinen Kämpfen und Leiden, und der freien Ehescheidung der neuen Welt. Für den Freund der Klarheit und Wahrheit, der Übereinstimmung von Form und Inhalt, der offenen, freien Entfaltung alles Bestehenden im Lichte des Tages kann die Wahl nicht schwer sein; und tatsächlich ist ja auch in allen Ländern Europas und in Frankreich am meisten eine lebhaft Agitation zugunsten freier Ehescheidungsgesetze

im amerikanischen Sinne im Gange. (Siehe Artikel von Paul Margueritte auf S. 814). Andererseits geht das Ideal weiter Kreise dahin, alle Vorurteile, die noch gegenüber der unehelichen Mutter bestehen, zu brechen, die Heiligkeit der Mutterschaft unter allen Umständen zu achten, sowie ferner den unehelichen Kindern genau die gleichen Rechte wie den ehelichen zu geben: Überaus wichtige Probleme, besonders für das Proletariat von heute, wo der freie Liebesbund gegenüber der Ehe deshalb als durchaus minder wünschenswert vom sozialen Standpunkte anzusehen ist, weil er nicht die gleichen Garantien für Ernährung und Erziehung der Kinder gibt, und die Sterblichkeit derselben eine weitaus größere als im legitimen Verhältnis ist. In diesem Sinne muß auch jeder Versuch, freie Verhältnisse zu gesetzlichen zu gestalten als im Interesse der künftigen Generation liegend aufs wärmste begrüßt werden; auch eine Gesetzgebung, welche alle formalen Schwierigkeiten beseitigt und die Bahn zur Eheschließung ebnet, ist durchaus wünschenswert. (Siehe Artikel von Dr. I. Bertillon auf S. 811.) Naturgemäß gewinnen solche Ehen, die jenseits aller elterlichen Zustimmung und aller ökonomischen Beeinflussung nach dem freien Willen eines liebenden Paares geschlossen werden, einen ganz anderen Inhalt als die Geld- und Konventionsehen, die eine in gesetzliche Form gebrachte Prostitution darstellen. Alle die sozialen Gesichtspunkte, die gegen diese Ehen ins Feld zu führen waren, fallen jenen gegenüber weg, und eine Entwicklungstendenz im Proletariat in der Richtung auf Legalisierung dieser Verbindungen ist daher für die Zukunft nur wahrscheinlich.

Fassen wir das ganze Problem und alle Faktoren, die für Lösung der Krise in Frage kommen, ins Auge, so muß wohl für die nächsten Jahrzehnte eine entschiedene Entwicklungstendenz nach stets freierer und freierer Ehe vorausgesehen werden. Auf die Ehescheidung bloß im Falle gesetzlicher oder moralischer Vergehungen, wie sie heute in den meisten Ländern besteht, wird zweifelsohne sehr bald die Ehescheidung im Einverständnis beider Gatten, und in nicht ferner Zukunft auch die auf Antrag bloß eines der beiden Gatten folgen, wobei Zuerkennung materieller Sicherung an den andern Gatten naturgemäß den Gerichten überlassen bleibt. Die Ehe wird dadurch aller quälenden Fesseln entkleidet, sie wird so lange dauern, als die Liebe und der freie Wille zweier Menschen es gestattet. Durchaus frei wird diese Entwicklungstendenz allerdings erst zur Erfüllung gelangen können, wenn die Frau mehr noch als heute ökonomische Selbstständigkeit gewinnt, wenn ihr alle Berufe offenstehen, wenn obligatorischer Schulbesuch der Kinder, Kindergärten und andere staatliche Einrichtungen sich soweit ausgebildet haben, daß sie die vollständige Stellvertretung solcher Mütter, welche ein gesichertes Heim nicht besitzen und ihren Tag der Arbeit widmen müssen, übernehmen. In dieser noch fernen Zukunft mag einer kleinen Auslese von Paaren die völlige Erschöpfung des lebenslangen Einheitsbegriffes über Seelenentwicklung hinweg beschieden, für die Gesellschaft aber eine Aufeinanderfolge von Bündnissen (wie sie heute doch wohl nur dem Ausnahmefall angehören) zur Regel werden.

Gibt es bei so weitgehender Erstreckung der Ehescheidungsmöglichkeiten überhaupt noch einen Grund, die Eheschließung als solche beizubehalten? Ich glaube doch wohl. Denn der Lebensbund zweier Personen ist eine für beider Glück und für das Erwachsen der künftigen Generation so überaus wichtige Entscheidung, daß sie nur in Ruhe und Überlegung, sei es auch auf Grund der zur Vereinigung strebenden Liebe getroffen werden soll, nicht im

Augenblick der Leidenschaft, sondern im Gedenken derselben am klaren nüchternen Tage. Wenn ein etwas weiterliegender Vergleich zur Klarstellung gestattet ist, dann darf vielleicht auf die Funktion der zweiten Kammer in verschiedenen Konstitutionen (wie französischer Senat und englisches Oberhaus) verwiesen werden, welche nicht sowohl den von der Volkskammer ausgesprochenen Volkswillen in seiner Verwirklichung hemmen, wohl aber soweit zurückdämmen können, daß das Volk Zeit gewinnt, die Tragweite seiner Entschlüsse langsam zu überprüfen. Diese hemmende Wirkung wird die formelle Erklärung beider Brautleute vor dem Standesbeamten immer besitzen und nur solchen Einungen den Weg freigeben, die gereifter Überlegung entsprechen. Aber auch in Beibehaltung der gesetzlichen Form wird die Ehe der Zukunft voll und ganz der „freien Ehe“ gehören, Künftige Generationen werden der „freien Ehe“ nicht mit der ängstlichen Scheu von heute nahen, sie vielmehr als beste Gewähr persönlichen Glücks und geschlechtlicher Zuchtwahl im wissenschaftlichen Sinne des Wortes, somit der Heranbildung stets vollkommenerer Kinder und des Fortschritts der Menschengattung begreifen.



KORRESPONDENZEN

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

ARTHUR BEAVES, NEW YORK: DER KAMPF
ZWISCHEN TRUSTS UND VOLK IN AMERIKA.



WENN wir die tieferen Ursachen der Krise begreifen wollen, welche in den letzten Monaten das Wirtschaftsleben Amerikas erschütterte, müssen wir über die finanztechnischen Schwierigkeiten hinweg auf den Kampf zwischen Trusts und Volk als letzte Ursache blicken. Eben dieser Kampf zerstörte das Vertrauen der Bevölkerung auf die Stabilität der wirtschaftlichen Ordnung sowie jener Industrie- und Finanzinstitute, die als ihre Träger angesehen wurden. Diese Vernichtung des Vertrauens mußte aber angesichts der völligen Basierung des finanziellen Lebens Amerikas auf ein weit ausgedehntes Kreditsystem die ruhige Abwicklung aller finanziellen Transaktionen, die in normalen Zeiten dank dem Vertrauen des Volkes möglich ist, unmöglich machen. Sowie dieses Vertrauen schwand und bare Bezahlung in größerem Umfange statt Kreditgewährung verlangt wurde, stellte es sich heraus, daß die baren Umlaufsmittel im Lande nur einen winzigen Bruchteil jener Summen, die bisher ohne Heranziehung von Bargeld umgesetzt wurden, ausmachen, und die bedrohten Finanzinstitute konnten sich selbst mit größter Mühe und zu höchsten Diskontraten das nötige Metallgeld, das vom erschreckten Publikum gefordert wurde, nicht beschaffen. So erklärt es sich, daß selbst solche Institute, deren wahre Lage eine durchaus gute war, zur augenblicklichen Zahlungseinstellung genötigt wurden und erst nach Monaten ihren Geschäftsbetrieb in Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten wieder aufnehmen konnten. All dies aber wirkte auch auf das industrielle Leben selbst zurück. Fabriken wurden geschlossen, Arbeiterentlassungen erfolgten, und das früher so blühende Land schritt durch eine schwere Krise. Der letzte Grund alles dessen ist, wie oben bemerkt, im Kampfe zwischen Trusts und Volk zu suchen.

Seit Beendigung des spanischen Krieges am Ende des 19. Jahrhunderts ergriff die früher so langsame Konzentrationsbewegung das ganze gewerbliche Leben des Landes. In den wichtigsten Industrien vereinigten sich die früher selbständigen, miteinander im Konkurrenzkampfe liegenden Gesellschaften zu großen Verbänden, sei es, daß eine herrschende Gesellschaft die Mehrheit der Aktien in den übrigen Gesellschaften erwarb und so deren Geschäftspolitik tatsächlich beherrschte, sei es, daß eine noch innigere Verschmelzung aller Unternehmungen zu einer großen Aktiengesellschaft vollzogen wurde, welche damit eine tatsächliche Monopolstellung erwarb. Seither wird Amerika von mehreren großen Industriegesellschaften beherrscht. Die „American Sugar-Company“ gebietet über die Zuckerproduktion des Landes, der „Standard Oil Trust“, dessen Kapital eben jetzt auf 600 Millionen Dollar (2400 Mill. M.) erhöht werden soll, über die Petroleumerzeugung, der „Tobacco-Trust“ über die Tabakindustrie, der „Steeltrust“ über die Stahlerzeugung des Landes. Große Betriebsersparnisse wurden durch diese Vereinigung der Industrien

ermöglicht. Einerseits konnten unrentable Werke aufgelassen und die ganze Produktion in wenigen Fabriken konzentriert werden, die mit den besten Maschinen ausgestattet, mit allen Vorteilen, welche der Betrieb im Großen bringt, arbeiten konnten. Alle Pläne industrieller Tätigkeit konnten im Großen unter Berechnung aller möglicher Vorteile ausgearbeitet werden. So beabsichtigt der „Steeltrust“ am Ufer des Michigan-Sees ein gewaltiges Werk zu erbauen, in dem ein großer Teil seiner Produktion konzentriert werden soll, und hat zu diesem Zwecke auf früher ödem Terrain eine neue Stadt erbaut, die den Namen „Gary“ führt und 50 000 Personen (Arbeiter mit ihren Familien und Geschäftsleute) beherbergt. Andererseits macht das Aufhören jeder Konkurrenz zwischen den einzelnen Gesellschaften den gewaltigen und kostspieligen Reklameapparat von ehemals unnötig. Ihre einander unterbietenden Agenten und Geschäftsreisenden durchziehen nicht mehr das Land, die Arbeitstätigkeit wird auf das tatsächlich für Produktion und Verkauf notwendige Maß eingeschränkt. All dies vermehrte ungemein die Gewinne der beteiligten Gesellschaften; die Löhne konnten erhöht werden; das allgemeine Geschäftsleben des Landes zog hieraus großen Vorteil.

Die Trusts aber begnügten sich nicht mit diesen natürlichen, für das ganze Land wie für sie selbst segensvollen Vorteilen, sondern suchten einen weiteren Gewinn durch Ausnutzung ihrer Monopolstellung zu erlangen.

Frei von jeder Konkurrenz, erhöhten sie sukzessive ihre Preise und übten so einen schweren Druck auf das konsumierende Publikum aus. Andere Trusts entstanden (wie der „Beef-Trust“, welcher ein Monopol der Fleischproduktion des Landes begründete), denen es gar nicht in erster Linie um Betriebersparnisse, sondern überwiegend um die Erhöhung der Preise zu tun war. Die Gesamtheit der Konsumenten, d. i. das Volk der Vereinigten Staaten, sah sich all dem gegenüber hilflos, und gerade dieses Gefühl der Hilflosigkeit gegenüber den Übergriffen der Kapitalmächte mehr noch vielleicht als die tatsächliche finanzielle Schädigung erregten den leidenschaftlichen Unwillen des Volkes. Man vergaß alle segensreichen Wirkungen der Betriebskonzentration, man sah nur mehr die Ausbeutung des Publikums durch die Erhöhung der Preise. Man verlangte stürmisch die Auflösung der Trusts, die Wiederkehr zum System der freien Konkurrenz. Nur eine kleine Minderheit besaß Einsicht genug in die Gesetze der ökonomischen Entwicklung, um zu begreifen, daß es unmöglich sei, einen Schritt nach rückwärts zur alten industriellen Anarchie zu tun, und daß die Beseitigung aller Gefahren der Privatmonopole nur in deren Überführung in Staatsbesitz liegen könne; daß eben durch eine solche Verstaatlichungspolitik alle Betriebersparnisse beibehalten, und alle Gefahren monopolistischer Preispolitik beseitigt werden könnten. Am meisten Anhänger fand diese letztere Ansicht noch in den Kreisen der Arbeiterschaft selbst, welche eine Zersplitterung der industriellen Betriebe, die zur Schwächung der Gewinne und Reduzierung der Löhne führen müßte, naturgemäß zurückwies. Aber selbst in ihren Kreisen herrschte außerhalb der sozialistischen Parteikreise große Verwirrung und Unklarheit.

Die Farmer und Kleinbürger wiederum, aufgewachsen in der Überzeugung vom Segen industriellen Wettbewerbes, glaubten alles Heil von einer gewaltsamen Zerstörung der Trusts und Rückkehr zum früheren System vieler getrennter Gesellschaften erwarten zu sollen.

In zweierlei Weise, in Selbsthilfe und in Einwirkung auf die Staatspolitik, kam diese Volksstimmung zum Ausdruck. Für erstere ist der Bürgerkrieg in Kentucky das charakteristischste Beispiel.

Die Landwirtschaft dieses Staates beruht hauptsächlich auf dem Tabaksbau, und die Farmer, die sich seinem Anbau widmeten, sahen sich durch den Tabakstrust in ihrem wirtschaftlichen Gedeihen bedroht. Der Trust benutzte seine Monopolstellung als alleiniger Käufer des Tabaks zu einem schweren Druck auf die Preise, so daß die Farmer weniger aus dem Verkauf des Tabaks erwarben, als sie der Anbau gekostet hatte. Eine leidenschaftliche Erbitterung bemächtigte sich ihrer, und 27 000 Farmer traten der Vereinigung der Tabakspflanzer bei. Aber auch sie waren nicht imstande, dem Trust ein völliges Gegengewicht zu bieten, und so griff man zur offenen Gewalt. Bewaffnete Banden von Farmern bildeten sich, die des Nachts maskiert die kleinen Orte des Landes überfielen, die Warenhäuser der Trusts niederbrannten und all den Farmern, die sich der Verbindung nicht anschließen wollten, mit Einschüchterung und Gewalt begegneten. So wurde um Mitternacht am 6. Dezember 1907 die Stadt Hopkinsville mit ungefähr 10 000 Einwohnern und blühender Tabaksindustrie von 300 Bewaffneten überfallen, die Tabaksfabriken in Brand gesetzt und die Feuerwehr am Ausrücken verhindert; nur die Windstille der Nacht rettete die ganze Stadt vor dem Untergang. Ein Bürger, der Widerstand zu leisten versuchte, wurde getötet, die Häuser der Gegner der Verbindung sowie die Druckerei des „Kentuckian“, der für den Trust eingetreten war, wurden zerstört. Ähnliche Überfälle wurden wiederholt in kleineren Orten ausgeführt. Trotz alledem konnten oder wollten die Behörden des Staates Kentucky die Übeltäter nicht ausfindig machen; und gerade so wie bei Lynchgerichten über verdächtige Neger, wurde auch diesen Übeltätern Straflosigkeit gewährt. Gleichzeitig eröffneten die Bundesgerichte ein Verfahren gegen den Tabakstrust, welcher der gesetzwidrigen Verschwörung zum Schaden des freien Handels angeklagt wurde. Dies auf Grund des sogenannten Sherman-Gesetzes, welches alle solchen Verbindungen verbietet. — Das Verfahren schwebt eben jetzt vor dem Bundesgericht zu New York und wird demnächst vor dem obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten zur definitiven Entscheidung kommen.

Dies führt uns über zur zweiten Linie des Widerstandes, dem Kampf gegen die Trusts durch Einwirkung auf die Staatsgewalt. Als naheliegendstes Mittel, die Monopolstellung der Trusts zu brechen, erschien naturgemäß die Niederlegung der Zollschranken in der betreffenden Industrie, um derart die Konkurrenz des Auslandes zur Bekämpfung der Trusts herbeizurufen. Eben dies fordern gegenwärtig die Zeitungsherausgeber und -Verleger des Landes, welche sich ob der großen Preissteigerungen des Papiertrusts beklagen. Eine Kommission des Kongresses ist im Begriffe, all die bezüglichen Tatsachen zu untersuchen und für oder gegen den Antrag der Zeitungsherausgeber zu entscheiden. Es ist nicht unmöglich, daß der bedeutsame Einfluß derselben auf alle politischen Parteien sich als stark genug erweist, um die Aufhebung der Papierzölle zu erzwingen. Aber über die Papierindustrie hinaus hat diese Richtung doch nur wenig Aussicht auf Erfolg, weil die herrschende republikanische Partei durch ihr Programm und durch die Stimmung der industriellen Kreise, denen sie ihren Sieg bei den Wahlen verdankt, auf ein starres Schutzzollsystem festgelegt ist.

Ganz andere Kampfmittel wurden tatsächlich erwählt. Seit langem bereits hatte sich die demokratische Partei auf ein Programm des Kampfes gegen die Trusts verpflichtet, und seit mehreren Jahren ging auch der linke Flügel der republikanischen Partei unter Führung des Präsidenten Roosevelt zu diesen Ideen über. Zunächst begnügte man

sich damit, ungebührliche Mittel, deren sich die Trusts bei Bekämpfung der unabhängig gebliebenen Firmen bedienten, zu bestrafen. So wurden gegen den Zuckertrust, der die Mehrzahl der Aktien einer Konkurrenzgesellschaft erworben und deren Werke dank seiner Mehrheit in der Generalversammlung zum Schaden der restlichen Aktionäre geschlossen hatte, ein Prozeß angestrengt, der derzeit die Gerichte beschäftigt. Die Trusts pflegten von den Eisenbahngesellschaften, die unter ihrem Einfluß standen, besondere Vergünstigungstarife zu erzwingen, während die unabhängigen Firmen nur zu einem sehr hohen Tarife ihre Waren befördern konnten. Ein Gesetz wurde durch Einfluß Roosevelts erlassen, welches die Gewährung von solchen Frachtvergünstigungen unter Strafe stellt, und eine Reihe von Prozessen wurde seither gegen Bahngesellschaften geführt, die zuwiderhandelten, ebenso gegen Trusts, welche der Annahme solcher Frachtvergünstigungen überwiesen wurden. Die schwerwiegendste Anklage wurde gegen den Standard-Oil-Trust erhoben, der einer großen Anzahl solcher Gesetzesüberschreitungen überwiesen und zu einer Gesamtstrafe von 150 Millionen Dollar (600 Millionen Mark) verurteilt wurde. Ein anderes Gesetz, das oben erwähnte „Sherman Antitrust Law“ stellte jede Vereinigung zur Einschränkung des freien Handels unter Strafe, und es ist klar, daß damit jedwede Tätigkeit der Trusts getroffen werden konnte. Überall wurden von besonders eifrigen Gegnern der Trusts, zu denen auch der Justizminister des Bundes, Bonaparte, gehört, solche Verfolgungen eröffnet, und eine Panik bemächtigte sich der bisher so mächtigen finanziellen Kreise.

Kürzlich erkannte der oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten, daß sich das Sherman Gesetz auch auf Verbindungen von Gewerkschaften gegenüber nicht organisierten Arbeitern und Firmen, welche solche beschäftigen, anwenden lasse, und schwere Urteile gegen solche Gewerkvereine der Arbeiterschaft erfolgten. Ein Sturm der Entrüstung in der Arbeiterschaft wurde hierdurch entfesselt, und die Führer derselben wandten sich mit ihren Beschwerden an den Kongress. Roosevelt versprach auch tatsächlich die Einbringung eines Gesetzes, welches sowohl Gewerkvereinen, als auch Trusts, soweit sie in offener Weise ohne Anwendung ungesetzlicher Mittel vorgingen, Straflosigkeit zusichert, aber die weitergehenden Anträge der Arbeiterschaft, welche bloß für ihre Gewerkvereine, nicht aber für die Trusts diese Rechte forderten, wurden im Gesetz nicht berücksichtigt. Eine Einigung kam nicht zustande, und die Beschlußfassung des Kongresses wurde auf unbestimmte Zeit vertagt. So blieb in dieser Richtung alles beim alten, und jedwede Tätigkeit sowohl der Kapitals- als auch der Arbeiterverbände kann nach Willkür der Gerichte, die den einen oder andern Fall aus den zahlreichen Vergehen gegen das Gesetz herausgreifen, unmöglich gemacht werden.

All dies hat die früher so stabile, fortschrittliche Entwicklung des amerikanischen Wirtschaftslebens zerstört, jede Berechnung der Zukunft unmöglich gemacht und in den beteiligten Kreisen eine ständige Furcht vor immer verderblicheren Maßregeln wachgerufen. Solange Regierung und Volk auf dem bisherigen Wege des Kampfes gegen die Naturgesetze ökonomischer Entwicklung durch Gerichtsurteile und Geldstrafen beharren, werden sie einen Erfolg im Sinne ihrer Wünsche nicht erzielen können, wohl aber das Land, an der Wiedererlangung seines industriellen Gleichgewichts, lohnender Beschäftigung für seine Industrie und Wiederaufnahme der entlassenen Arbeiter verhindern. Freilich wird bei dem gesunden Sinne des

amerikanischen Volkes dieser Zustand kaum mehr lange andauern; die Erbitterung über die Preispolitik der Trusts konnte momentan den klaren geschäftlichen Blick trüben, und jenen, welche die Leidenschaft statt wirtschaftlicher Erwägungen sprechen lassen, Beifall und Unterstützung des Volkes und der Vertretungskörper sichern. Aber gerade die furchtbare finanzielle und industrielle Krise, die Roosevelt und seine Partei heraufbeschworen, hat ernüchternd gewirkt. Man beginnt sich zu sammeln. Eine starke konservative Gruppe verlangt die Aufhebung der gegen die Trusts erlassenen Ausnahme Gesetze, und einflußreiche Verbindungen der organisierten Arbeiterschaft wären, um die Anwendung derselben Gesetze gegen die Gewerkvereine zu verhindern, nicht abgeneigt, sich anzuschließen. Wenig hätte gefehlt, daß sich beide bei den kürzlich stattgehabten Verhandlungen geeinigt hätten, und die Aufhebung der Ausnahme Gesetze beschlossen worden wäre. Auf der andern Seite, im Lager der unbeugsamen Gegner der Trusts, bricht sich die theoretische Erkenntnis der ökonomischen Entwicklungsgesetze immer mehr Bahn. Bryan, der Präsidentschaftskandidat der demokratischen Partei, hat sich offen für Verstaatlichung der Eisenbahnen erklärt, welche angesichts der großen Entfernungen der Vereinigten Staaten und der noch geringen Erschließung des Landes eine weitaus wichtigere Rolle in Amerika spielen als in Europa. Sollte Bryan bei der Präsidentschaftswahl im nächsten Herbst durchdringen und dieses Programm verwirklichen können, dann würde zweifellos auf die Verstaatlichung der Eisenbahnen auch die Verstaatlichung der andern großen Industriemonopole folgen, und die Trustfrage somit im sozialistischen Sinne gelöst werden. Andererseits predigt der Führer der „Independence League“, William Hearst, der überaus starken, stets wachsenden Einfluß auf die breiten Volksmassen besitzt, den Kampf gegen die Trusts bis zum äußersten, aber auch er empfiehlt weniger die Aufrechthaltung der bisherigen Ausnahme Gesetze als vielmehr die Übernahme der wichtigsten städtischen Industrien in die Hand der Gemeindeverwaltungen und die intensivere Kontrolle und Einflußnahme des Staates auf das industrielle Leben. Auch die von ihm vertretene Politik würde in konsequenter Anwendung zum Sozialismus führen. Die herrschende republikanische Partei allerdings, die alle Aussicht besitzt, auch bei den Wahlen im Herbst wieder die leitende Stellung zu behaupten, verharret bei ihrer bisherigen Politik der Ausnahme Gesetze. So mag die Unsicherheit und Verwirrung im wirtschaftlichen Leben Amerikas noch mehrere Jahre andauern, bis endlich die stets schwerere Schädigung des Nationalwohlstandes eine Wandlung in der Volksstimmung und den Sieg jener politischen Parteien herbeiführen wird, welche nicht den Kampf gegen die Entwicklung und die Rückkehr zur alten industriellen Anarchie, sondern die konsequente Weiterentwicklung des industriellen Lebens, die Verstaatlichung aller privaten Monopole, auf ihr Programm geschrieben haben.



M. I. LANDA, LONDON: DIE LANDFLUCHT IN ENGLAND.



FÜR alle Freunde des Ackerbaus müssen die Eindrücke, die man auf einer Eisenbahnfahrt durch England empfängt, wahrhaft trostlos sein. Nach welcher Richtung man immer auch fahren mag, man durchschneidet brachliegendes Land. Schöngeister und zartfühlende Seelen mögen sich an der friedlichen Anmut der Parklandschaften erfreuen, die an den Fenstern des Zuges vorbeisliegen. Aber für jeden, der in der Fruchtbarkeit eines Landes die Grundlage nationaler Größe und fortschrittlicher Entwicklung sieht, muß sich England als ein verlassenes oder doch zumindest landwirtschaftlich erschöpftes Land darstellen, und dieser Vorstellung entspricht die Wahrheit. Selten nur erscheint vor dem Auge des Reisenden ein wogendes Kornfeld, und selbst die weidenden Rinder und Schafe tauchen nur in großen Zwischenräumen vor seinem Blick auf. Wenn unser Reisender den Bahnzug verläßt, um das Land näher zu besehen, wird er seine Ahnungen durchaus bestätigt finden.

Der Ackerbau ist überall im Verfall, in vielen Gegenden völlig verschwunden, und die Bewohner meinen, es sei gar nicht der Mühe wert, einen neuen Versuch mit ihm zu unternehmen, zumindest so lange nicht, als die geltenden Gesetze in Kraft sind, und das bestehende Freihandelssystem der Getreideeinfuhr der überseeischen Länder kein Hindernis in den Weg stellt. England scheint so ein warnendes Beispiel der Folgen uneingeschränkten Freihandels darzustellen, um so mehr, als alle Klassen und Parteien, und die liberalen Freihändler in erster Linie, darüber einig sind, welch schwere hygienische und soziale Schäden durch die Konzentration der Gesamtbevölkerung des Landes in den Städten entstehen. Ein liberaler Staatsmann, der verstorbene Sir Henry-Campbell-Bannerman, war es, der in seiner ersten Rede als neu ernannter Ministerpräsident die Worte sprach: „Wir müssen unser eigenes Land kolonisieren“; und der Ruf: „Zurück aus den Städten aufs Land!“ erschallt seither stets wieder von allen Seiten. Wir werden im folgenden darzutun suchen, daß nicht sowohl oder doch nicht ausschließlich die Freihandelsgesetzgebung Englands und die Schutzlosigkeit der britischen Landwirtschaft an der Wanderung vom Land in die Städte schuld tragen, sondern vielmehr die ungesunde Verteilung des Eigentums an Grund und Boden und die Rückständigkeit der Beziehungen zwischen Grundbesitzern und landwirtschaftlichen Arbeitern. Betrachten wir aber zunächst die Tatsache der Wanderungsbewegung selbst:

Im Jahre 1851 waren fast 2 Millionen Menschen in Großbritannien mit Ackerbau beschäftigt. Zur Zeit des letzten Zensus im Jahre 1901 war deren Zahl auf weniger als 1 Million gesunken, obwohl in der gleichen Zeitspanne die Gesamtbevölkerung des Landes sich verdoppelt hat; die obengenannte Verminderung der ackerbaureibenden Bevölkerung hielt auch in den letzten Jahrzehnten des abgelaufenen halben Jahrhunderts ungeschmälert an. In den letzten 20 Jahren, d. i. zwischen 1881 und 1901, betrug sie 294 627. Ein Teil der Abwanderer wandte sich nach Amerika und den Kolonien und ungefähr ein Drittel, nach der offiziellen Statistik, nach den Städten Englands selbst, wo nicht sowohl die Reihen der tüchtigen, gelernten Arbeiter als vielmehr die Gelegenheitsarbeiter und andere noch tieferstehende und bedenklichere Menschengruppen durch sie vermehrt wurden. Mit dieser

Abwanderung der Bevölkerung ging die Verminderung der unter Bearbeitung stehenden Bodenfläche Hand in Hand. Während der 20 Jahre von 1881 bis 1901 wurde fast eine Million Hektar fruchtbaren Landes der Bebauung entzogen, und man nimmt an, daß eben hierdurch zwischen 60 bis 80 000 landwirtschaftliche Arbeiter ihrer Beschäftigung verlustig gingen. Seit dem letzten Zensus ging die Entwicklung in gleicher Richtung und mit gleicher Geschwindigkeit weiter. So sagt der letzte ackerbaustatistische Jahresbericht, „daß sich die bebaute Fläche in England und Schottland neuerdings um 28 000 ha vermindert habe“. Während der letzten drei Jahrzehnte verringerte sich die Gesamtfläche um durchschnittlich 400 000 ha in je 10 Jahren.

Welches sind nun die Gründe für diese Erscheinung? Gewiß hat der industrielle Aufschwung Englands ein Wesentliches hierzu beigetragen. Der blühende Zustand seines Gewerbes hat viele landwirtschaftliche Arbeiter vom Pflug zum Webstuhl gelockt, und die eines Zollschatzes entbehrende Landwirtschaft bot naturgemäß weniger günstigen Lebensunterhalt als die blühende Exportindustrie. Aber psychologische und soziale Beweggründe sind doch sehr wesentlich mitverantwortlich. Viele Engländer und noch zahlreichere Engländerinnen halten es für durchaus unmöglich, außerhalb der Anregungen, Vergnügungen und des bewegten Lebens der Städte zu leben, und auch die Dorfbewohner werden mehr und mehr von dieser Stimmung ergriffen. Wenn sie einen Sonntag in der Stadt verbracht haben oder selbst bloß einen Samstagabend dahingefahren sind, um Einkäufe zu besorgen, so kommen sie so voll von Eindrücken wieder ins Dorf zurück, daß es ihnen unbegreiflich scheint, weiter die Bürde ihrer eintönigen Existenz zu tragen.

Besonders die Existenz der landwirtschaftlichen Arbeiter ist tatsächlich eine überaus harte. Der Grund und Boden Englands steht bekanntlich im Eigentum von adligen Großgrundbesitzern; seit langen Jahrhunderten und bis in die Gegenwart hinein beherrschen diese uneingeschränkt das flache Land Englands, fühlen und gebärden sich noch heute als Nachfolger der feudalen Herren des Landes. Sie betrachten und behandeln noch heute ihre Arbeiter wenig anders, als ihre Vorfahren die Leibeigenen behandelt hatten. Die Löhne, die sie bezahlen, erreichen noch nicht das Viertel der in den Städten üblichen, die Arbeiterhäuser, die sie ihren Untergebenen anweisen, sind überaus ärmlich und unzureichend. Erziehung und Unterricht betrachtet man als gefährlich, weil hierdurch Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen wachgerufen würde. Der Dorfgeistliche, der in allem und jedem von der wohlwollenden Gesinnung des Gutsbesitzers abhängig ist, unterstützt nach Kräften sein Bestreben, die Dorfbevölkerung in Unwissenheit zu erhalten. Der Dörfler soll glauben, daß er froh und seinem Gott dankbar sein müsse, im Schatten des Gutshofes ein gesichertes Dasein führen zu dürfen, und wenn es ihm besonders schlecht geht, treten ja wirklich Gutsbesitzer und Pfarrer mit herablassender Mildtätigkeit dazwischen. So wird den Dorfbewohnern die Empfindung eingeimpft, daß sie hilfebedürftig, daß sie in Wahrheit Bettler seien und ganz vom Wohlwollen und der Seelengüte des Gutsherrn und Pfarrers abhängen.

Kein Ausweg liegt vor ihnen, so lange sie im Dorfe bleiben, die Zukunft kann ihnen nichts bescheren als eine Wiederholung des mühereichen, zwecklosen Lebens der Väter, des beständigen Kampfes ums kümmerliche tägliche Brot.

Sollte der Arbeiter das Begehren haben, ein Stück Land für sich selbst zu pachten, und so eine Zubeße zu seinem kärglichen Lohn zu gewinnen,

oder sollte er je die Hoffnung genährt haben, vielleicht selbst einmal ein freier Bauer zu werden, bald sieht er ein, daß er ebensowohl einen Anteil am Glück des Himmels verlangen könnte. Das Land gehört den großen Grundbesitzern, und was nicht von diesen selbst bewirtschaftet wird, das benutzen sie für sportliche Zwecke. Auch die Großpächter des Landes stimmen mit den Grundbesitzern in ihrer Abneigung gegen alle Unabhängigkeitsbestrebungen der Landarbeiter überein. Sie fürchten hiervon ein gesteigertes Selbstbewußtsein und erhöhte Lohnansprüche derselben. Lieber lassen sie daher das Land unbebaut liegen, als daß sie es in kleinen Parzellen verpachten oder verkaufen. Selbst in den wenigen Fällen aber, wo solche Parzellen einzeln verpachtet werden, weigern sich die Grundbesitzer, irgendwelche Aufwendung für das Land oder die auf demselben errichteten Häuschen zu machen. Der Pächter muß all dies selbst übernehmen; und wenn er sich mühselig die dazu notwendige Summe erspart hat, wenn er endlich die notwendigen Verbesserungen vorgenommen, so kann ihm jeden Augenblick die Pacht vom Grundbesitzer gekündigt werden. Kein gesetzlicher Schutz besteht dagegen, und die Grundbesitzer haben ein naturgemäßes Interesse, solchen Pächtern zu kündigen, um für das von ihnen verbesserte Land höhere Pachtzinse zu erlangen. Im übrigen sind die meisten Pächter ohnehin zu arm, um solche Verbesserungen vorzunehmen, und landwirtschaftliche Banken und Kreditgenossenschaften wurden bis jetzt bloß ganz vereinzelt ins Leben gerufen.

So liegt das Leben trostlos vor dem jungen Manne, der durch Bekanntschaft mit Städtern oder Lektüre von Büchern erfahren hat, daß nicht alle seine Volksgenossen in so elenden Verhältnissen leben. Er wird von Erbitterung darüber erfüllt, daß seine Eltern und Geschwister alle zusammen in ein bis zwei Räumen in einer elenden Hütte leben müssen, und wenn er von der Überfüllung der Städte liest, dann fragt er sich, ob wohl die Menschen dort wüßten, eine wieviel schlimmere Überfüllung in den englischen Dörfern herrsche. Kommt dann die Wahlzeit heran, und zeigt er irgendwelche Sympathie für liberale Bestrebungen, dann wird ihm vom Gutsherrn oder vom Pfarrer bedeutet, daß es mit seiner Arbeitsgelegenheit aus sei, wenn er nicht dem konservativen Kandidaten seine Stimme gebe.

Während der junge Mann in Betrachtungen versunken ins Leere blickt, schreitet das Mädchen vorüber, dem er sein Herz geschenkt. Bei alledem, auch in bitterster Armut, ist die Liebe ja bester Inhalt des Lebens. Er blickt um sich, nirgends ein Haus, in dem er sein junges Glück bergen könnte. Alle Quartiere sind besetzt, und die Einwohner wagen nicht einmal, um die notwendigsten Verbesserungen zu bitten, aus Furcht, man könnte ihnen bedeuten, daß sie das Haus verlassen und andern Platz machen sollten. Der junge Mann weiß, wie viele Familien unter dem Drange der Not in alten Eisenbahnwagen leben, die sie von den Bahngesellschaften erstanden. Er weiß, daß kein privater Unternehmer es versuchen würde, ein Haus zu bauen, weil die kärglichen Mieten, welche die Landarbeiter bezahlen können, ihm unmöglich Zinsen und Amortisation seines Kapitals bringen würde. Mag er auch selbst diese Begriffe nicht verstehen, von der Tatsache, daß außer den herrschaftlichen Arbeiterhäusern keine andern Behausungen bestehen und errichtet werden, hat er Beweise genug. Er weiß, daß alte Landleute ins Armenhaus mußten, weil im verlassenen ländlichen England kein Raum für sie zu finden war. Wenn er je daran gedacht hat, selbst Land zu pachten und in moderner Weise mit landwirtschaftlichen Maschinen zu bearbeiten,

so hat er doch nicht lange diesen Traum geträumt, denn Maschinen sind teuer, und nicht nur ihr Ankauf, sondern auch ihre Reparatur kostet allzuviel Geld. Er hat davon gehört, daß manche Farmer eine Woche hindurch nicht arbeiten konnten, weil viele Kilometer in der Runde sich niemand fand, der eine Maschine reparieren konnte, und daß schließlich ein Handwerker aus einer benachbarten Stadt gerufen werden mußte, um diese Arbeit zu übernehmen. Der Dorfschmied hatte mit Interesse zugesehen, aber als er die gleiche Reparatur bei einer andern Maschine versuchte, verdarb er alles.

All diese Gedankengänge lassen seinen Blick immer wieder und wieder auf der Stadt als möglicher Erlösung von seinem trostlosen Leben haften. Vielleicht waren es seine Eltern selbst, die ihm die erste Anregung zur Wanderung dahin gegeben haben. Seine Mutter hat ihm vielleicht geklagt, wie unmoralisch es sei, daß seine Brüder und Schwestern und Verwandten, Männer und Frauen, alle im gleichen Raume leben müssen, sein Vater hat sich geschworen, daß seine Söhne nicht in gleich unwürdiger Weise wie er selbst ihr Leben verbringen sollen.

So geht der Sohn zur Stadt. Wenn er keine oder nur gelegentliche Arbeit findet, so lebt er ebenso kümmerlich wie früher, doch in der steten Hoffnung auf Besserung seiner Lage. Findet er gute Arbeit, so wird er vielleicht Mitglied einer Gewerkschaft, besucht eine Abendschule, nimmt neue Kenntnisse in sich auf, wird ein vollwertiger Bürger des Landes.

Alle Versuche, dieser Landflucht zu steuern, sind bis jetzt vergeblich gewesen. Eine landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung, wie sie in andern Ländern so viel Segensreiches gestiftet, ist in England unbekannt. Die Bahnen geben dem Getreideimport vom Auslande her billigere Tarife als den eigenen Landbewohnern. Die Kanäle sind versandet, kein Transport ist auf ihnen möglich.

In jüngster Zeit, seitdem das neue liberale Ministerium am Ruder ist, wendet sich die Gesetzgebung dem Landprobleme zu. Die liberale Partei hat es sich zum Ziele gesetzt, den landwirtschaftlichen Arbeitern die Möglichkeit zu bieten, die Bewirtschaftung von Bauernstellen für eigene Rechnung zu übernehmen. Große Reformmaßnahmen werden diskutiert; viele Mitglieder der Partei befürworten offen die Verstaatlichung des Grundes und Bodens und die Verpachtung ausschließlich in kleinen Parzellen an selbstwirtschaftende Farmer oder ehemalige Arbeiter. Eine wirkliche Rückwanderung der Arbeiter von den Städten auf das Land hofft man freilich mit all dem nicht zu erreichen; auch die optimistischsten Reformer wären zufrieden, wenn sie der weiteren Abwanderung aus dem Lande in die Städte einen Riegel verschieben könnten; und dieses Ziel ist gewiß nicht unerreichbar. Ein schönes Beispiel hat der gegenwärtige Ackerbauminister, der Earl von Carrington gegeben, der seine gesamten Landbesitzungen in kleinen Parzellen verpachtete. Von allen Seiten bewarb man sich um dieselben, und in dieser Gegend wenigstens wurde die Abwanderung nach den Städten zunächst gehemmt. Freilich wird die Lösung dieses einen Problems noch nicht hinreichen, um das gewünschte Ziel zu erreichen. Auch die Wohnungsverhältnisse, die sozialen Zustände, die Möglichkeiten der Schulbildung müßten wesentlich verbessert werden.

Überaus günstige Ausblicke in dieser Richtung würde eine weitere Ausbreitung der Gartenstadtbewegung eröffnen. Schon die ersten Versuche bei Birmingham und Liverpool und noch mehr die musterhafte Gartenstadt von Letchworth zeigen, wie sehr durch planmäßiges Vorgehen alle Schatten-

seiten des Landlebens beseitigt, und eine wahre Synthese der Vorteile von Stadt und Land herbeigeführt werden kann. Wenn nach dem Muster der Fabrikanten, welche ihre Fabriken aus der Stadt in den Bezirk von Letchworth verlegt haben, auch andere dies tun und ringsherum Arbeiterkolonien angelegt werden, dann zieht neues Leben in die verlassenen Landdistrikte ein. Gewiß handelt es sich hierbei nicht um ein Wiederaufleben des Ackerbaues, sondern vielmehr um ein Herausragen der Industrie aus den Städten auf das flache Land, um einen weiteren Schritt in der Industrialisierung Englands. Aber die hygienischen und sozialen Schäden der Zusammenpressung von Arbeitern und Geschäftsleuten in den Städten werden doch vermieden werden. Die Bewohner der Gartenstädte erfreuen sich auch bei industriellen Beschäftigungen aller gesundheitlichen und sozialen Vorteile der Landbewohner, und wenigstens die hygienischen Schäden, die aus der Konzentration der englischen Bevölkerung in den Städten erwachsen, würden durch eine Ausbreitung der Gartenstadtidee zum Teil verschwinden. Die Lösung des Zentralproblems freilich, das Wiederaufleben der englischen Landwirtschaft, könnte nur durch weitausgreifende ökonomische und soziale Reformen erreicht werden.



SIR ROBERT STOUT, PRÄSIDENT DES OBERSTEN GERICHTSHOFS UND EHEMALS MINISTERPRÄSIDENT VON NEU-SEELAND, WELLINGTON: WIEDERAUFLEBEN DES URKOMMUNISMUS BEI DEN MAORIS IN NEU-SEELAND.

DIE Ureinwohner von Neu-Seeland, die Maoris, hatten bereits vor Ankunft der Europäer am Beginn des 19. Jahrhunderts einen gewissen Grad von Zivilisation erreicht. Ihre Wirtschafts- und Rechtsordnung war ungefähr die gleiche wie sie Tacitus von den alten Deutschen berichtet. Land und Herden waren nicht Eigentum der Einzelnen, sondern der Stämme, und diese bildeten sowohl nach außen wie auch in der Gewinnung des Lebensunterhalts für die Mitglieder eine unzerbrechliche Einheit. Die Maoris waren ein überaus kriegerisches Volk, und die beständigen Kämpfe zwischen den einzelnen Stämmen übten einen mächtigen Einfluß in der Richtung natürlicher Auslese der Stärksten; so waren Körper und Geist des Volkes wohlentwickelt, und eigenartige Legenden, Gesänge und Werke der bildenden Kunst sind uns aus diesen Tagen überliefert. Seit der Ankunft der Weißen haben die Maoris rasch europäische Gesittung angenommen und leben mit den neuen Gebieten des Landes in Frieden und Eintracht. Es war daher möglich, ihnen volle Bürgerrechte zuzuerkennen, und obwohl sie heute gegenüber den weißen Einwanderern nur mehr eine verschwindende Minderheit der Bevölkerung bilden, wurde ihnen das Recht gewährt, vier Abgeordnete ins Parlament von Neu-Seeland zu entsenden.

Im Jahre 1840 wurde zwischen den Häuptlingen ihrer Stämme und dem Bevollmächtigten der Königin von England ein Friedens- und Freundschafts-

vertrag abgeschlossen, der ihnen den Besitz ihres Landes garantiert. Seither wurde in der Erwerbung ihrer Ländereien durch den Staat ausschließlich im Wege des Kaufs vorgegangen, und die Regierung hatte die fast übertriebene Gewissenhaftigkeit, auch solches Land als im Besitz der Maoris befindlich anzuerkennen, über das diese niemals wahrhaft geboten hatten. Gerichtshöfe wurden gebildet, die unter Zuziehung von Maori-Beisitzern die Rechte der einzelnen Stämme auf das Land untersuchten. Als Grundlage für ihre Entscheidung galt, daß das Land demjenigen Stamme gehöre, der es zuletzt vor dem Jahre 1840 besetzt oder erobert hatte. Für fast sämtliche Ländereien Neu-Seelands wurden in dieser Weise die Eigentumstitel der einzelnen Stämme festgelegt, und noch heute sind große Landstrecken in ihren Händen.

Die Maoris kannten bereits vor Ankunft der Europäer den Ackerbau, wenngleich derselbe nur auf kleinen Landstrecken in der Nähe der Behausung betrieben ward. Wesentlichste Mittel des Unterhalts waren Jagd und Fischfang. Das Land war, wie oben gesagt, Stammeseigentum. Allerdings ist nicht gemeint, daß alle Mitglieder des Stammes Anspruch auf gleichen Anteil am Bodenertrage hatten. Die Maoris besaßen in gewissem Sinne eine feudale Organisation; ihre Häuptlinge hatten eine überragende Stellung. Die Bestellung des Landes wurde gemeinsam vorgenommen, und wenn ein Stück Land erschöpft war, ging man zu einem andern über. Kauf und Verkauf waren unbekannt. Als indes die Europäer ins Land kamen, erstanden sie von den Häuptlingen bedeutende Strecken Landes; und erst später kam der Grundsatz zur Geltung, daß ein solcher Kauf nur mit Zustimmung des ganzen Stammes abgeschlossen werden könne. Seit dieser Zeit wurde auch stets zur Bedingung gemacht, daß der Eigentumstitel des Stammes durch das Landgericht ausdrücklich festgestellt und der Verkauf selbst durch die Regierung genehmigt würde. Die Gerichte gingen jedoch über Feststellung des Stammeseigentums nicht hinaus und unternahmen keinerlei Versuch, ein individuelles Eigentum der Stammesmitglieder an einzelnen Landstücken durch Teilung des dem Stamme gehörigen Landes festzusetzen. Entscheidend hierfür war der Gesichtspunkt, daß bei der großen Anzahl der Stammesmitglieder resp. Miteigentümer eine individuelle Teilung so kleine Parzellen ergeben hätte, daß diese für Zwecke der Viehzucht kaum mehr geeignet gewesen wären.

In den ersten Zeiten europäischer Siedelungen hatten die Maoris eifrig Landwirtschaft betrieben und einen Teil ihrer Erträge an die Europäer verkauft. Später aber, in den langen Jahren des Krieges zwischen beiden Rassen, hörte dieser Handel durchaus auf, und als im Jahre 1869 ein permanenter Friedenszustand wiederhergestellt war, schien das Problem der Anpassung der Maoris an die neuen Daseinsbedingungen nur schwer lösbar. Die ihnen gehörigen Ländereien waren nun überwiegend nicht mehr offene Grassteppen, sondern mit Wald oder Buschwerk bestanden, und ehe nicht Busch und Gestrüpp ausgerottet waren, konnte sich für Rinder und Schafe keine befriedigende Weide ergeben. Erst vor 20 Jahren begannen die Maoris den Betrieb von Viehzucht nach europäischer Weise ernstlich ins Auge zu fassen. Der Stamm der Ngatiporou an der Ostküste war der erste, der in dieser Hinsicht ein Experiment unternahm und zwar auf einer Bodenfläche von bloß 1400 ha. Der Stamm besaß nur wenig Kapital, und die gesamte Landfläche stand im Gemeineigentum von 2 bis 300 Mitgliedern. Sie beschloßen in informeller Weise, ohne irgendwelche gesetzliche Sicherung, ein Komitee

zur Leitung des Betriebes zu erwählen, brachten durch Sammlung untereinander die Summe von 1400 M. auf und kauften 800 Schafe, die in jenem Jahre ziemlich billig waren, für die Gesamtsumme von 4000 M., von denen 3000 M. durch ein Anlehen, gedeckt durch die Schafe, aufgebracht wurden. So blieb noch die kleine Summe von 400 M. als Betriebskapital übrig. Den Gesellschaftern, welche tatsächlich Arbeit zu leisten hatten, zahlte man übliche Tagelöhne, und ein Mischling, Sohn eines englischen Vaters und einer Maori-Mutter, namens Pene Heihei wurde zu dem geringen Gehalt von 500 M. pro Jahr als Direktor bestellt. Herr Heihei ist ein ausgezeichnete Fachmann und bewährte sich vorzüglich. Im Jahre 1888 wurde diese ländliche Produktiv-Genossenschaft gegründet, und seither hat sie sich in außerordentlich erfolgreicher Weise entwickelt. Heute besitzt sie 7700 Schafe, und ihre Gewinne sind bedeutend.

Seit seiner Entstehung wird das Unternehmen von einem Neuner-Komitee geleitet, das aus seiner Mitte einen Direktor wählt, der in allen wichtigen Angelegenheiten das Einverständnis des Komitees einholen muß. Ordentliche Rechnungsbücher werden gehalten, die alle Zahlungen und Einkünfte verzeichnen, und einmal im Jahre wird vom Komitee nach Maßgabe der Gewinne eine Dividende erklärt, welche an die Teilhaber der Produktiv-Genossenschaft ausbezahlt wird. Die Löhne jener Mitglieder, welche positive Arbeit leisten, konnten wesentlich erhöht werden und betragen heute 5 bis 6 M. pro Tag, was für landwirtschaftliche Arbeiter als sehr befriedigender Lohn angesehen werden kann. Der Gehalt des Direktors, Herrn Heiheis, wurde auf 3000 M. pro Jahr erhöht. Das Land selbst bleibt nach wie vor Gemeineigentum des Stammes. An einzelnen Stellen wurden Dörfer angelegt, in denen die Stammesmitglieder wohnen. Die Häuser selbst sind Privateigentum, und ebenso kleine Gärten ringsum, in denen Kartoffeln und Gemüse angebaut werden. Ebenso haben die einzelnen Dörfler einige Schweine und Kühe in Privateigentum, doch weiden diese auf Gemeindeland. Wenn die Mitglieder jedoch Schafe zu Nahrungszwecken zu schlachten wünschen, müssen sie dieselben von der Genossenschaft um bares Geld kaufen. Wenn ihre kleinen zu den Häusern gehörigen Gartenstücke erschöpft sind, so haben sie das Recht, andere kleine Parzellen des Gemeinlandes einzuzäunen und für sich zu bearbeiten, ins solange hierdurch die allgemeinen Interessen des Viehzuchtbetriebes nicht wesentlich gestört werden. Ihre Hütten und Gärten sind frei von allen Staatssteuern, da diese von der Genossenschaft beglichen werden.

Im vergangenen Jahre wurde endlich auch der letzte Schritt getan, und gesetzliche Anerkennung der Genossenschaft nachgesucht. Diese wurde bewilligt; aus dem Maori-Stamm mit seiner urkommunistischen Wirtschaftsweise ist eine moderne Produktivgenossenschaft geworden.

Die Vorteile dieses Systems gegenüber einer Aufteilung des Grundes und Bodens unter die einzelnen Stammesmitglieder sind im wesentlichen die folgenden:

1. Für den Betrieb der Viehzucht ist es vorteilhafter, ein großes Stück Land zur Verfügung zu haben als kleine Parzellen.
2. Die einheitliche Leitung des Betriebes durch einen fachmännisch gebildeten Direktor bietet Vorteil, und diese leitende Stellung eines geistig hervorragenden Mannes ist zugleich im Einklang mit den historischen Traditionen des Volkes, das seinen Häuptlingen stets in Treue ergeben war.

3. Die Miteigentümer des Landes erhalten Arbeit zu guten Tagelöhnen.
4. Über diese Löhne hinaus erhalten sie ihren Anteil an den Gewinnen der Unternehmung, und in guten Jahren sind diese sehr bedeutend.
5. Das gemeinsame Stammesleben wird bewahrt, die Kontinuität zwischen Vergangenheit und Gegenwart ist nicht gebrochen. Stets sind die Maoris ein kommunistisches Volk gewesen, immer hatten sie Gemeinbesitz an Land und anderen Gütern, und so sind sie auch heute noch in Form dieser Genossenschaft eine unzertrennliche Einheit, welche unverbrüchliche Solidarität nach außen hin beobachtet. In ihren Dörfern haben sie große Versammlungsräume, in denen sich gesellschaftliches wie geistiges Leben konzentriert, ebenso eine Kirche und Schule. Während viehzuchttreibende Europäer, in weiten Abständen voneinander hausen und gewöhnlich wenig soziales Leben pflegen, ist dies in der Maori-Genossenschaft stark entwickelt.

Der durchgreifende Erfolg des geschilderten Versuches hat bei den andern Maori-Stämmen Neu-Seelands analoges Vorgehen angeregt, und heute werden in dem gleichen Bezirke nicht weniger als 24 000 ha in derselben Weise von verschiedenen Genossenschaften bewirtschaftet. Jede derselben ist für den Betrieb der Schafzucht in vorzüglicher Weise eingerichtet. Alle besitzen eigene Plätze zum Scheren der Schafe, und vier der Genossenschaften sind Eigentümer modernster Schermaschinen, die durch Petroleummotoren betrieben werden. Wenn man bedenkt, daß dieselben Maoris noch vor 70 Jahren „Wilde“ gewesen sind und noch vor 60 Jahren in Kriegszeiten sich vielfach der Menschenfresserei ergaben, so muß ihre Entwicklung in so kurzer Zeitspanne als tatsächlich erstaunlich angesehen werden. Durch die eigenartige Entwicklung aber, die sie vom Urkommunismus zu modern-sozialistischen Produktivgenossenschaften geführt hat, gleichen sie sich in schöner Weise dem allgemeinen Sozialmilieu Neu-Seelands an, das, wie bekannt, viele sozialistische Züge aufweist und sich immer mehr in der Richtung zu ausnahmslosem Gemeinbesitz und Gemeinbetrieb in Landwirtschaft und Industrie entwickelt.



Eine interessante Frage drängt sich auf: Läßt sich das Experiment der Maoris in irgendwelcher Weise verallgemeinern und für die Lösung der sozialen Probleme in Europa und Amerika nutzbar machen? Überall in diesen Ländern finden wir eine beständige Wanderung vom Lande in die Städte und schwere hygienische und soziale Nachteile erwachsen aus dieser maßlosen Zusammenballung der Menschen. Besonders in England und Amerika ist dies wohl zum Teil auf die Unlust der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung zurückzuführen, in völlig isolierten Gehöften, meilenweit vom Hause des nächsten Farmers entfernt, zu leben. Wenn nach dem Beispiel der Maoris landwirtschaftliche Genossenschaften und genossenschaftliche Dörfer begründet würden, könnte sich in ihnen genau so geselliges Leben entwickeln als in industriellen Landstädten, und ein wesentliches Motiv für die Wanderung nach den Städten würde entfallen. Wohl noch wichtiger aber ist der allgemein-soziale Gesichtspunkt, daß der genossenschaftliche Betrieb die Scheidung zwischen Ländeeigentümern und Landarbeitern beseitigen und die Würde der Arbeit erhöhen würde. Diese genossenschaftlichen Betriebe würden alle Vorteile der Großgrundbesitzer (Maschinenbetrieb und einheitliche kommerzielle Leitung) genießen, ohne an deren schweren sozialen Schäden, nämlich der unwürdigen Lage der Landarbeiterschaft, zu krankten. Es ließe sich

übrigens sogar denken, daß in Ländern, wo Großgrundbesitzer über Grund und Boden verfügen, sie das Land gegen einen gewissen Pachtzins an zu bildende landwirtschaftliche Genossenschaften abgäben. Auch dies würde dem Eigenbetrieb der Großgrundbesitzer vorzuziehen sein.

Freilich mag man einwenden, daß alle Versuche, landwirtschaftlich-genossenschaftliches Leben in den Ländern der weißen Rasse zu begründen, bis jetzt fehlgeschlagen sind, insbesondere in Amerika, obwohl die dortigen Gesellschaften, auf religiöser Basis errichtet, in dem gemeinsamen religiösen Empfinden der Mitglieder ein starkes Band der Eintracht besaßen. Trotzdem konnten sich diese Genossenschaften nicht behaupten, denn ihnen fehlte eine geeignete Führung, und eben solche Führung ist in modern-demokratischen Ländern schwer zu behaupten. Bei den Maoris entfiel diese Schwierigkeit der langen geschichtlichen Tradition halber, sich freiwillig dem Häuptling unterzuordnen.

In den letzten Jahren hat die genossenschaftliche Bewegung über den Bezirk an der Ostküste, in der sie entstanden, hinausgegriffen; im ganzen Lande werden analoge Verbände begründet. Das Volk der Maoris, das heute noch 40 000 Seelen zählt, ist im Begriffe, sich voll und ganz in der genannten genossenschaftlichen Weise zu organisieren. Hierdurch ist ihm volle Gewähr gegeben, sich auch unter den neuen volkswirtschaftlichen Bedingungen in dem von Weißen beherrschten Lande ökonomisch und kulturell weiter zu behaupten, und die Jugend des Volkes blickt hoffnungsvoll in die Zukunft. Die Beziehungen zwischen Weißen und Maoris sind ausgezeichnet: Die weißen Siedler des Landes haben Sympathie einem Volk gegenüber, das den großen Schritt vom Urkommunismus zu modern-sozialistischen Bildungen aus eigener Kraft getan hat, ohne sich einer Übergangsperiode des Privateigentums mit all der Ungerechtigkeit und Not, die eine solche mit sich bringt, auszuliefern.

CHRONIK

NEUUE Maßnahmen Kanadas zum Schutze gegen illoyale Konkurrenz. Die industriellen Kreise Kanadas sind seit langem vor ein eigenartiges Problem gestellt, wie es für die Fabrikanten anderer Länder in gleicher Weise nicht besteht.

Auf einer Linie von 5000 km grenzt Kanada an die Vereinigten Staaten von Amerika, Geschmack und Bedürfnisse beider Völker sind im wesentlichen identisch, und die amerikanischen Industriellen können so jederzeit einen Markt für ihre Erzeugnisse in Kanada finden, sofern nicht wirksame Zollschränken sie

darin verhindern. Das Mißverhältnis in der Einwohnerzahl der beiden Staaten vergrößert die Schwierigkeit. Ein kleiner Überschuß in der industriellen Erzeugung eines Volkes von 80 Millionen kann durchaus hinreichen, um den Markt eines Volkes von 6 Millionen vollständig zu demoralisieren. Die amerikanischen Trusts nun haben die Gewohnheit, in Zeiten der Überproduktion im eigenen Lande den Überschuß ihrer Erzeugung im Auslande abzusetzen, und zwar selbst unter dem Herstellungspreise, um derart einen weiteren Preisdruck im Inlande zu vermeiden. Be-

greiflicherweise bemächtigte sich der kanadischen Industriellen eine starke Erregung über diese wiederholten Versuche, und viele derselben forderten zum Schutze Kanadas einen Schutzzoll in der Höhe von 50 bis 60% des Wertes der eingeführten Industrieprodukte. Solche weitgehenden Maßregeln konnten aber angesichts der freihändlerischen Traditionen der Regierung nicht Verwirklichung finden, und schließlich einigte man sich auf ein Kompromiß. Da das in Frage stehende Übel der Industrieinfuhr unter dem Herstellungspreis kein regelmäßiges ist, sondern nur in Zeiten amerikanischer Überproduktion sich einstellt, so wurden nunmehr gegenüber solchen Versuchen spezielle Zuschlagszölle in der Höhe von 15% des Wertes erhoben, und Agenten der kanadischen Regierung nach allen Ausfuhrplätzen der Vereinigten Staaten gesandt, um festzustellen, ob irgendwelche Industrieerzeugnisse zu niedrigerem Preise nach Kanada exportiert, als in der Union selbst verkauft würden. Häufig gewährte man den Agenten Einblick in die Bücher großer Exporthäuser und erleichterte damit ihre Berichterstattung. So wurde den Industriellen Kanadas ein wirksamer Schutz gegen unreelle Konkurrenz der Union geboten, ohne daß die kanadischen Konsumenten in normalen Zeitläuften der Schädigung durch einen unverhältnismäßig hohen Zoll ausgesetzt worden wären.

Ein Moment in dem neuen Gesetze insbesondere scheint einen bedeutungsvollen Entwicklungsansatz für die Zukunft darzustellen: indem die Regierung den Schutz der Industrie gegenüber illoyaler Konkurrenz übernimmt, tritt sie als aktive Macht in das industrielle Leben ein, und nur zu leicht können dem ersten Schritte andere Schritte folgen. Das erwähnte Gesetz läßt es sehr wahrscheinlich erscheinen, daß auch Kanada den Weg Australiens gehen und die staatliche

Regelung industrieller Verhältnisse in Angriff nehmen wird. Diese Tendenz scheint im Wesen der britischen Rasse selbst zu liegen, sowie sie sich frei von den historischen Traditionen des Mutterlandes entwickeln kann.

Prof. O. D. Skelton, Toronto.



Die Verleihung von Sparkassenbüchern an Neugeborene. Seit 1. Juni 1907 besteht in der Stadt Mons in Belgien die Einrichtung, daß jedes in der Stadt geborene Kind belgischer Eltern sofort nach seiner Geburt von der Gemeinde ein Sparkassenbuch, lautend auf 1 fr., erhält. Die Eltern sollen für ihr Kind weitere Einlagen in das Büchlein machen, die sie nach Belieben auch wieder zurückziehen können, jedoch mit der Einschränkung, daß die Spareinlagen niemals unter den ursprünglich von der Gemeinde geschenkten Franc heruntergehen dürfen, solange das Kind lebt. Nach dem Beispiel von Mons wurde die Einrichtung in 45 andern belgischen Gemeinden durchgeführt, überall zur lebhaften Zufriedenheit der Bewohner.

Auf Grund dieser Erfahrung stellte am 25. April 1908 der Marseiller Gemeinderat Eugène Rostand in der Stadtvertretung der südfranzösischen Großstadt den Antrag, jedem Marseiller Kinde, d. i. jährlich 11 000 Kindern, ein solches Sparkassenbuch zu schenken. Die Stadtvertretung scheint dieser Neuerung günstig gestimmt zu sein, und so dürfte sie in Kürze Gesetz werden. Man hofft, daß die Kinder und deren Eltern angesichts der Bestimmung, daß 1 fr. immer in dem Büchlein verbleiben müsse, ein ständiges Interesse und einen ständigen Anreiz haben werden, die Einlage zu erhöhen, und daß der Spartrieb in der Bevölkerung derart eine bedeutende Förderung finden würde.

Verstaatlichung der Kohlenbergwerke in Südastralien. Die Verstaatlichung der Bergwerke in Australien soll demnächst um einen weiteren bedeutenden Schritt gefördert werden, indem der Staat Südastralien die zum Betriebe seiner Eisenbahnen notwendige Kohle im eigenen Bergwerk gewinnen will. Da sich jedoch in seinem Gebiete keine Kohlenlager befinden, trat er mit den Besitzern der Kohlenlager von Newcastle in Neu-Süd-Wales in Verhandlung wegen Ankaufs dieser Werke; und eine Flotte von staatlichen Transportschiffen soll die Beförderung der Kohlen von Neu-Süd-Wales an ihren Bestimmungsort besorgen.

Der geplante Ankauf stellt gegenüber den staatlichen Kohlenbergwerken in Neuseeland und anderwärts deshalb eine beachtenswerte Neuerung dar, weil sich die Bergwerke von Newcastle außerhalb des Staatsgebietes von Südastralien befinden, dieser Staat somit kein Monopol des eigenen Gebietes ablöst, sondern im Ausland als Unternehmer auftritt.



Der industrielle Aufschwung Nordspaniens. In Saragossa in Nordspanien wurde kürzlich zur Jahrhundertfeier der heroischen Verteidigung der Stadt gegen die Truppen Napoleons I. eine französisch-spanische Ausstellung eröffnet, welche die Eintracht beider Völker, die einst unter den Mauern Saragossas gefochten, dartun sollte. Der französische Handelsminister Cruppi nahm an der feierlichen Eröffnung der Ausstellung teil, und lebhaftes Interesse für dieselbe gab sich von französischer Seite kund. Noch bedeutungsvoller von einem allgemeinen Standpunkt aber muß der Reichtum und die Vielfältigkeit der

spanischen Ausstellungsobjekte erscheinen, welche von langsamem, aber stetigem Aufschwung spanischer Industrie Zeugnis ablegen. Insbesondere Katalonien mit seiner Hauptstadt Barcelona im Nordosten der Halbinsel hat sich in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr zu einem der blühendsten Industriegebiete Europas entwickelt; seine Bevölkerungsdichtigkeit beträgt 137 Bewohner auf den Quadratkilometer gegenüber bloß 37 Bewohnern im übrigen Spanien. Eine Reihe von Kohlenbergwerken und von Fabriken jeder Art werden in den kleinen Orten der Provinz betrieben, und Barcelona selbst ist dank seiner blühenden Industrie in ständigem Aufschwung begriffen. Mit seinen 600 000 Einwohnern hat es alle andern Städte Spaniens bereits an Bevölkerungszahl und mehr noch an Reichtum und Unternehmungsgeist überflügelt.

Freilich hat dieser Aufschwung der katalonischen Grenzprovinz für die Gesamtinteressen des Königreiches auch seine bedenkliche Seite, denn die Katalonier, die durch geschichtliche Tradition, Volkstemperament, ja selbst durch ihren dem Provençalischen verwandten Dialekt den Südfrenzos nher stehen als den Spaniern der andern Provinzen, haben sich mehr und mehr dem Traume völliger Unabhängigkeit und freier Entwicklung eines industriell fortgeschrittenen und politisch-freiheitlichen Staatswesens ergeben. Jede weitere Vermehrung ihrer ökonomischen Macht und damit auch ihres Selbstgefühls, sowie insbesondere die mit dem Aufblühen der Industrie Hand in Hand gehende Erstarkung einer von revolutionären Instinkten erfüllten Arbeiterbewegung kann so für das Gleichgewicht und die ruhige Entwicklung des spanischen Königreiches überaus bedenklich werden.



POLITISCHE ENTWICKLUNG

WILLIAM OUALLID, ALGIER: DIE EINGEBORENENFRAGE IN DER FRANZÖSISCHEN KOLONIE ALGIER.



ON allen Völkern, die zum Islam übergetreten, sind die Bewohner von Nordwestafrika dem Eindringen von Wissenschaft und geistiger Kultur gegenüber am feindlichsten geblieben. Den zerstreuten, heute ackerbautreibenden, ehemals kriegerischen Völkern, die sich ausschließlich mit materiellen Sorgen befassen mußten, blieb kein Interesse für geistige Dinge. Auch heute findet bei ihnen die Freiheitsbewegung, die den ganzen muslimischen Orient durchzittert, nur ein schwaches Echo und äußert sich mehr als eine allgemeine, systematische und traditionelle Feindseligkeit gegen alles, was europäisch ist oder damit zusammenhängt.

Kabylen und Mozabiten, Araber und ihnen zugetane Stämme setzen dem französischen Einfluß denselben passiven Widerstand entgegen. Abgesehen von rein wirtschaftlichen Beziehungen, ist der geistige und moralische Austausch zwischen europäischer und eingeborener Geistesart fast Null geblieben.

Gleich zu Beginn soll ein Einwand widerlegt werden. Man wird fragen, wie ist mit diesem Widerwillen die steigende Zahl der Eingeborenen, die sich französisieren, die administrative Stellungen suchen und so zu Macht und Herrschaft der Sieger beitragen, zu vereinbaren? Man darf sich hier nicht beirren lassen. Der Araber erkennt die Macht vollkommen an, seine Religion gebietet ihm, sich in Unabänderliches zu fügen, seinen Nacken dem vorübergehenden Joch des Siegers zu beugen. Als guter Politiker zieht er Nutzen aus der französischen Okkupation. Er findet in den offiziellen Stellungen, in den von der Regierung verliehenen Ehren ein Mittel, zeitweise Überlegenheit über seine Glaubensgenossen auszuüben, als Ausgleich für jene moralische Genugtuung, die denjenigen verbleibt, die den Franzosen gegenüber ausgesprochene Feindschaft bezeugen. Und weit entfernt davon, das Vertrauen der Eingeborenen zu erwerben, trägt vielmehr die Ernennung muselmännischer Beamter zur Entfremdung bei.



Welches sind nun die Ursachen dieser Feindseligkeit, deren Ende noch nicht abzusehen ist? Die Gründe zerfallen in zwei Gruppen: interne, die untrennbar mit der muselmännischen Natur verknüpft sind, externe, unabhängig von der Geistesart der Eingeborenen, aber geeignet, sie in tiefgehender Weise zu beeinflussen.

Der Religion kommt zweifellos der erste Platz zu. Sie bildet das große Hindernis der besseren Vereinigung von zwei Bevölkerungsschichten, die nunmehr Seite an Seite leben müssen. Beim Muselman sind Religion, Recht und Sitte unlöslich verschmolzen. Eine Veränderung der Gebräuche, eine Einführung europäischer Zivilisation, die übrigens weit davon entfernt ist, in moralischer Beziehung die des Muselmans zu überragen, bedeutet zugleich eine Absage an den Glauben der Väter, Verleugnung jahrhundertalter Überzeugung.

Die Religion von heutzutage hat im übrigen nur noch einen losen Zusammenhang mit dem ursprünglichen muselmännischen Idealismus. Eine Art Kompromiß zwischen den heidnischen Traditionen der Berber Nordafrikas und dem kriegerischen Glauben der arabischen Einwanderer hat sich entwickelt. Der Glaube an gute und böse Geister hat neben der täglichen Ausübung der hauptsächlichsten Vorschriften Mohammeds Platz gefunden. So ist der erhebliche Einfluß der „Marabus“ zu erklären, die eifersüchtig darauf bedacht sind, eine naive Glaubensseligkeit zu erhalten, die ihnen Ansehen verleiht. Zu diesem Zweck stützen sie jedwede Legende, z. B. die des „Meister der Stunde“ (Mouled Saha), die der französischen Annäherungspolitik so schädlich ist. Ihre Erzählungen, untermischt mit religiösen Gesängen, werden für die Hörer die einzige Quelle der Kenntnis äußerer Ereignisse. Man vermag sich leicht zu denken, welche Veränderungen die Dinge in solchem Munde annehmen und welche Rolle die Priester den Christen beim geringsten Konflikt mit einer muselmännischen oder orientalischen Macht zuschreiben.

Ihre Religion und ihre Unwissenheit sind die inneren Gründe der besonderen Geistesverfassung der Eingeborenen. Die äußeren sind die folgenden: Bei aller Erkennung der Fürsorge, die heute seitens der algerischen Verwaltung den Eingeborenen zuteil wird, kann man das Ohr dem heftigen Proteste nicht verschließen, den gerade dies Vorgehen bei der europäischen Bevölkerung hervorruft. Diese Tatsache wirft ein seltsames Licht auf den Konflikt zwischen zwei Rassen, der auf der einen Seite voreingenommene Feindseligkeit gegen den Ungläubigen, auf der andern ein tiefes Gefühl von Verachtung gegen das überwundene Volk in sich schließt. Die Beziehungen der Europäer, die zum großen Teil ihren Zufluß aus den ärmsten und unwissendsten Klassen Spaniens und Italiens erhalten, die hart gegen sich selbst, aber auch gegen ihre Untergebenen sind, sind mit einer gewissen Brutalität durchtränkt. Und wenngleich der Eingeborene das Haupt unter Drohung und Schimpf beugt, so empfindet er doch die Ungerechtigkeit, die in seinem Herzen den Haß gegen die Eroberer erneuert und weiter nährt.

In einem ackerbautreibenden Lande wie Algier ist der Landbesitz, sei er kollektivistisch oder individuell, für den Eingeborenen eine nahezu unerläßliche Existenzbedingung. In Unkenntnis der lokalen Gebräuche haben die französischen Gesetze durch eine eilige Assimilation häufig indirekt der Expropriation Vorschub geleistet. Mit Hilfe von geringfügigen Darlehen und durch die Mitschuld unehrlicher oder bedürftiger Kadis haben einige heimische Großgrundbesitzer ihre Besitztümer in ganz unverhältnismäßiger Weise auf Kosten der Kleinbauern vergrößert. Lange Zeit sahen die Fellachen unter dem Deckmantel gesetzlicher Vorschriften ihre Besitzerrechte durch solche Europäer mißachtet, die Übung darin besaßen, Menschen von der Scholle ihrer Ahnen zu vertreiben. Die auf das Gesetz von 1873 folgenden Jahre waren reich an solchen Vorkommnissen, die natürlich noch verallgemeinert und vergrößert wurden, als sie von Mund zu Mund weitergingen und so dazu beitrugen, das Gefühl instinktiver Gehässigkeit zu bestärken, das durch das gerechtere neue Bodengesetz noch nicht entwurzelt werden konnte.

Die so komplizierten und verschiedenartigen Ursachen, die heute der Gemütsverfassung der algerischen Ackerbauer und Viehzüchter zugrunde liegen, sind nicht so einfach zu beseitigen. Die äußeren Faktoren würden zweifellos verschwinden durch eine gleichzeitige Erziehung der Europäer und der Eingeborenen und durch eine Abstellung der Mißstände, ein Werk, das heute schon glücklich von der Verwaltung eingeleitet wurde.

Aber die Schwierigkeit wächst angesichts der inneren Ursachen, dieser ungeheuren Verschiedenartigkeit der in Frage kommenden Elemente. Ihre Überwindung ist nur möglich, wenn alle Anstrengungen der Regierung nicht auf das vergebliche Unterfangen, dem Muselman abendländische Geistesart aufdrängen zu wollen, sondern auf Förderung der den Eingeborenen eigenen Zivilisation gerichtet werden. Zwei parallele Wege bieten sich dar, der eine knüpft direkt an das moralische Element an und ist die intellektuelle Erziehung, der andere geht auf Umwegen, ist aber vielleicht dringender nötig: Das ist die ökonomische Erziehung.

Das einzige Mittel, den Eingeborenen der Stumpfheit des beschaulichen Lebens, in dem er sich wohlfühlt, zu entreißen, liegt darin, ihm Sinn für materielle Bedürfnisse und die Mittel, diese zu befriedigen, zu geben. Nur dann wird er eine tätigere, seiner Menschenwürde besser zukommende Existenz erstreben. Seine täglichen Bedürfnisse müssen gesichert werden, dank einer besseren Ausnutzung des Bodens, die wohlthätige Fürsorge des Gesetzgebers muß ihn gegen die Entäußerung seines Stückes Land sichern, eine rationelle Kreditorganisation es ihm ermöglichen, augenblickliche Ausgaben zu machen, ohne Angst, seine Arbeit, die Frucht seines Strebens in den Händen von Wucherern verschwinden zu sehen. Andererseits muß der Europäer eine genauere Kenntnis der erziehlichen Rolle, die ihm zum Wohl des Eingeborenen zufällt, erringen. Beide Elemente müssen den egoistischen Glauben aufgeben, daß der Vorteil des einen aus dem Schaden des andern erwächst. Dann erst wird Frankreich von seinen muselmännischen Untertanen eine herzliche Mitarbeit erhoffen und anderes erwarten dürfen als passiven Gehorsam, der in geheimer Feindseligkeit allen Zivilisationsbestrebungen entgegenarbeitet.

Je vollkommener Frankreich seine Kulturmision in Algier erfüllt, desto eher kann es Anspruch darauf erheben, daß Europa ihm auch die Lenkung der Geschicke des Nachbar- und Schwesterlandes von Algier, Marokkos, dessen ethnographische und soziale Probleme durchaus die gleichen sind, anvertraue.



J. SRIRAMULU, RAJAHMANDRY: DIE INDISCHE FREIHEITSBEWEGUNG.



IELFACH meint man in England und anderwärts, daß die hell aufflammende indische Revolutionsbewegung ausschließlich durch die Fehler der englischen Politik in Indien in den letzten Jahren verursacht worden sei.

In Wahrheit erwuchs bereits im Jahre 1822 die Idee indischer Freiheit und fortschrittlicher Entwicklung im Geiste von Raja Rammohun Roy, dem großen indischen Patrioten und Begründer der sozialreligiösen Gemeinde der Brahmo Samaj.

Der Raja war keineswegs ein Feind westlicher Zivilisation oder auch nur der englischen Herren Indiens; es war ja vielmehr sein Plan und Lebenswerk, eine Synthese westlicher und östlicher Zivilisation zu suchen; die von ihm

gegründete Gemeinde der Brahmo Samaj stellt tatsächlich in religiöser Beziehung eine höhere Einheit von abendländischem Monotheismus mit indischem Pantheismus dar und schließt sich in sozialer Hinsicht in ihrer Bekämpfung des Kastenwesens und Predigt modern demokratischer Ideen eng an die Gedankenwelt des Westens an. Aber dem klaren Geiste des Raja konnte es nicht verborgen bleiben, daß sich der Verwirklichung eben der besten Ideen der britischen Rasse, auch jener Ideen, die ihr im Heimatlande über alles heilig sind, in Indien selbst die anglo-indische Bureaukratie entgegenstelle. Der Rang derselben als einer herrschenden Klasse, die unbeschränkt über mehrere Hundert Millionen Inder gebietet, hatte ihr den Geist eben jener orientalischen Despotie eingepflegt, wie er all den früheren Beherrschern des Landes eigen gewesen, wie er aus der Natur des sozialen Milieus selbst zu entspringen scheint. Irgendein Verständnis für moderne freiheitliche Regungen war von ihr nicht zu erwarten, und da Regierung und Parlament Groß-Britanniens in all ihren politischen Entschlüssen dem Wort der indischen Vizekönige folgten, so mußten die Nachfolger des Raja bald erkennen, daß die indische Freiheitsbewegung sich nur im Kampfe mit England durchsetzen könne.

Es ist ein integrierender Bestandteil des Systems der anglo-indischen Bureaukratie, das Aufrücken eingeborener Inder zu höheren Funktionen des Staatsdienstes möglichst zu verhindern. Wohl verlieh man schließlich einige Beisitzerstellen der obersten Gerichtshöfe an indische Richter, aber die für die Beherrschung des Landes entscheidungsvollen Posten der politischen Beamten, die zugleich an Zahl die weitaus stärksten sind, blieben doch in ihren höheren Rangklassen ausschließlich englischen Bewerbern reserviert. So war es den zahlreichen jungen Intellektuellen Indiens, die von den hohen Schulen des Landes kamen, überaus schwer, ja fast unmöglich, eine Funktion im Staatsdienste zu erlangen; und doch waren angesichts der industriellen Zurückgebliebenheit des Landes gerade die Funktionen im Staatsdienste nahezu die einzigen, in denen ein junger Mann sich betätigen konnte.

Allerdings beginnt dies in den letzten Jahren anders zu werden, da aus dem Enthusiasmus der Unabhängigkeitsbewegung heraus selbständige Industrien erwachsen, die manchen jungen Leuten Beschäftigung geben. Aber dies reicht noch bei weitem nicht hin zur Beseitigung des von Jahr zu Jahr zahlreicheren intellektuellen Proletariats Indiens, das jedem Versuche, die Ordnung der Dinge zu ändern, geneigt ist. Diese intellektuellen Klassen sind es auch in erster Linie, welche die revolutionäre Bewegung unterstützen und in Verbindung mit dieser materiell benachteiligten Gruppe auch viele andere, die aus patriotischem Stolz eine Anteilnahme der indischen Bevölkerung an der Leitung ihrer eigenen Geschicke fordern.

Da sich die indische Regierung selbst über die oppositionelle Stellung der indischen Intellektuellen klar ist, versuchte sie, sich dieser Gegnerschaft dadurch zu entledigen, daß sie viele höhere Schulen schloß und so das Zuwachsen der jungen Leute zum intellektuellen Proletariat einschränkte. Gerade diese Benachteiligung des höheren Schulwesens aber, das den Stolz Indiens ausmacht, mußte die Erbitterung der intellektuellen Klassen des Landes neuerdings heraufbeschwören.

Allerdings äußerte sich die Bewegung nicht bloß in rein politischem Widerstande. Viele indische Patrioten hätten lieber durch Neuschöpfung geistiger Werte, unabhängig von der englischen Regierung, ihrem Volke das Fehlende gegeben. So erwuchs in diesen Kreisen der bedeutsame Plan, eine indische

National-Universität in der heiligen Stadt Benares zu schaffen, an der indische und europäische Gelehrte, jedoch völlig unabhängig von der englischen Regierung, lehren sollten. Insbesondere auch die alten einheimischen literarischen und wissenschaftlichen Disziplinen sollen nach den Plänen der Befürworter dort eine hervorragende Stelle finden, und so die besten Elemente der alten Kultur Indiens in die neu erwachsende Zivilisation des Landes hinübergenommen werden.

Die oppositionelle Bewegung der Intellektuellen in ihrer Bewußtheit und Planmäßigkeit findet bisher relativ geringe Unterstützung bei den breiten Volksmassen, deren Elend wohl ein furchtbares, jede Revolution rechtfertigendes ist, deren in Jahrtausenden erworbene Demut aber einer offenen Empörung noch im Wege steht. Nur in den großen Städten, in denen der modern-demokratische Geist sich verbreitet, beginnt auch die Arbeiterschaft, an die Seite der Intellektuellen zu treten, genau so, wie dies in Rußland der Fall gewesen: In Kalkutta wurden in den letzten Monaten wiederholt Versuche eines revolutionären Generalstreiks unternommen, und in diesen letzten Wochen war auch Bombay der Schauplatz blutiger Streikunruhen.

Dieser ganzen Bewegung gegenüber sucht die anglo-indische Bureaukratie mit den allüberall üblichen Mitteln des Despotismus ihre Stellung zu behaupten. Die Paragraphen des indischen Strafgesetzes geben es ihr an die Hand, jede freiere Meinungsäußerung zu knebeln, ja in den letzten Monaten wurden indische Patrioten sogar ohne jedes Gerichtsurteil deportiert. Vor wenigen Wochen wurde auch das Preßgesetz in reaktionärer Richtung abgeändert. So nimmt angesichts der Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung die revolutionäre Leidenschaft immer mehr zu, das Land geht Kämpfen gleich denen um die russische Freiheit entgegen.

In charakteristischer Weise kommt der Umschwung in den führenden geistigen Kreisen Indiens, der Übergang von maßvoller Opposition zu revolutionärer Entschlossenheit, in der geänderten Zusammensetzung des indischen Nationalkongresses zum Ausdruck.

Seit mehreren Dezennien versammeln sich alljährlich die geistigen Führer Indiens und Delegierte aller autonomen Korporationen in einer andern Stadt des Reiches, um über dessen allgemeine politische und soziale Situation zu beraten und Reformmaßregeln auszuarbeiten, welche dann der englischen Regierung vorgelegt werden. Diese, obwohl in keiner Weise an die Beschlüsse des Kongresses gebunden, legt denselben doch in rein indischen, die englische Herrschaft nicht berührenden Fragen als einer Äußerung der Volkswünsche bedeutendes Gewicht bei. Durch lange Jahre stand so der Kongreß in relativ freundlichen Beziehungen zur Regierung, seine große Mehrheit war den britischen Herren des Landes treugesinnt. In den letzten Jahren erwuchs jedoch eine revolutionäre Partei aus der Linken des Kongresses. Anlässlich seiner letzten Tagung kam es zu überaus heftigen Szenen zwischen beiden Parteien und schließlich zur Sprengung des Kongresses. Die radikale Richtung gewann hierdurch völlig freie Hand und strebt nunmehr mit rein revolutionären Mitteln ihrem Ziele zu.

Wohl mögen die Unternehmungen der Radikalsten dieser Radikalen: die Bombenattentate und gewaltsamen Aufstandsversuche, bei der großen Mehrheit auch der freiheitlich Gesinnten Indiens keine Zustimmung finden; doch läßt die Regierung die gesamte liberale Intelligenz diese Verbrechen entgelten, ihre Gewaltmaßregeln treiben immer mehrere ins Lager der offenen Empörung. Es ist derselbe Prozeß, der sich in allen Revolutionen gezeigt hat:

sowie zwei radikale Richtungen einander gegenüberstehen, werden die gemäßigten Mittelparteien zerrieben. Auch die Volksmassen werden vom Beispiel der Vorkämpfer langsam, aber stetig mit neuen Energien erfüllt. Ganz Indien erwacht zur Sehnsucht der Freiheit, zur Sehnsucht, in unabhängiger Weise seine eigenen Geschicke zu lenken und seine Kultur auszubauen.

Auch heute noch ist diese Bewegung durchaus nicht gegnerisch gegenüber der westlichen Zivilisation, ihr Sieg würde nicht einen Rückfall Indiens in asiatische Traditionen, sondern die Begründung eines modernen demokratischen Staatswesens im Gefolge haben. Die alte nationale Kultur des Landes würde in steter Anlehnung an europäische Kulturerrungenschaften, nur in ihr eigentümlicher Weise, sich wieder entfalten können und der Menschheit manch wertvollen Baustein neuer Gesinnung liefern. So befehlen die Freiheitskämpfer Indiens durchaus nicht das, was in der westlichen Kultur groß und heilig ist, sondern das eingeborene, uralte Ungeheuer der Despotie, das als anglo-indische Bureaukratie noch heute fortlebt.

CHRONIK

FRAUENSTIMMRECHTSBEWEGUNG in Frankreich. Die bedeutsamen Erfolge der englischen Frauenstimmrechtsbewegung haben auch in Frankreich ihren Widerhall gefunden und die bis jetzt sehr schwache Bewegung hell angefacht. Die Bedingungen des Erfolges liegen ja in Frankreich, wie überhaupt in den romanischen Ländern, minder günstig als in den Gebieten der anglo-sächsischen Rasse. Während hier die Frau allüberall tätige Gefährtin des Mannes ist, ihren Ehrgeiz in der Erfüllung von Berufspflichten und in intellektueller Tätigkeit sieht und um dieser Tätigkeit willen vom Manne gewertet wird, bedeuten der Frau Frankreichs noch immer die Erfolge der Liebe und des persönlichen Reizes den Hauptinhalt ihres Lebens. Sie trat bislang nicht in gleichem Grade wie in den anglosächsischen Ländern auf allen Gebieten des geistigen, kommerziellen und öffentlichen Lebens in den Wettbewerb mit dem Manne, und der Wunsch, diesen Wirkungskreis auch durch das politische

Stimmrecht gedeckt zu sehen, konnte in ihr nicht ebenso lebhaft werden. Immerhin beginnt all dieses sich langsam zu ändern, weniger wohl in den eigentlich südromanischen Ländern, Italien und Spanien, als in Frankreich, wo die neue weltliche Erziehung in Verbindung mit der angeborenen geistigen Regsamkeit der Frau diese in den letzten Jahren zu Bahnen des Ehrgeizes ähnlich denen der amerikanischen Schwester geführt hat. Weibliche Ärzte und Advokaten üben in Paris ihren Beruf aus, starke Vereine sind erwachsen, in denen die Frauenforderungen vertreten werden, und in jüngster Zeit, vom 26. zum 28. Juni, wurde ein Kongreß aller Frauenvereine abgehalten, der sich zu einer bedeutungsvollen Kundgebung gestaltete. Alle Probleme des Frauenlebens, sowohl ökonomischer als auch juridischer und politischer Natur, wurden besprochen und allüberall eine klare Stellungnahme des Kongresses präzisiert. Die Erweiterung der Frauenrechte in Ehe und Familie wurde energisch reklamiert und die

Erweiterung der gesetzlichen Ehescheidungsgründe gefordert.

Allerdings ging die Mehrheit des Kongresses nicht so weit, die Ehescheidung bloß auf Antrag eines der beiden Ehegatten zu befürworten. Ein diesbezüglicher Antrag wurde abgelehnt, trotz der warmen Worte einer Rednerin, die auf die schönen Ergebnisse der Schweizer Gesetzgebung hinwies. Bloß die Ehescheidung mit Einwilligung beider Ehegatten wurde von der Mehrheit des Kongresses gefordert. Die Schlußsitzung desselben war der Forderung des politischen Stimmrechtes der Frau gewidmet, und alle Gruppen der Versammlung waren in dieser Richtung einig.

In der französischen Deputiertenkammer steht derzeit ein Antrag auf Verleihung des Stimmrechtes für die Gemeindevertretungen an die Frauen in Verhandlung, und viele Freunde der Bewegung sind dafür, diese Reform als eine Stufe zum schließlichen Enderfolg zu akzeptieren.

So tritt die Frauenstimmrechtsbewegung auch in Frankreich in ihr entscheidendes Stadium ein, und es wäre gar nicht verwunderlich, sollte sie sich angesichts der größeren Elastizität und demokratischen Gesinnung der französischen Kammer in diesem Lande früher durchsetzen als in dem sonst um soviel besser prädisponierten England.



SOZIALE ENTWICKLUNG.

ELISABETH BRÖNNER-HOEPFNER, BERLIN: DIE VERHEIRATETE LEHRERIN.



DEUTSCHLAND hat den Versuch gemacht, seine Lehrerinnen nach dem Vorbild anderer Länder auch noch nach ihrer Verheiratung im Schuldienst zu verwenden. Es wird damit erstmalig den Ansprüchen eines jungen Frauengeschlechtes entsprochen, das sich aus dem Zustande der sozialen Inferiorität und einer gewissen unbezweifelbaren Geschlechtssklaverei erheben und über zwei der wichtigsten Fragen der Persönlichkeit, Beruf und Ehe, selbst entscheiden will. Die Souveränität des Ichs wird für beide Dinge gefordert, und der Entschluß zur Eheschließung soll mit dem Entzug des Amtes nicht quasi bestraft werden. Diesen Forderungen geschieht jetzt auch in Deutschland Genüge. Ob aus Bekehrung zu den erwähnten modernen Prinzipien oder aus andern Motiven, sei hier nicht untersucht. Ausschlaggebend sind wohl, wie es ja auch sein muß, die nüchternen Erwägungen der Opportunität gewesen; und auch nur davon, ob der Versuch praktisch erfolgreich ist, wird es abhängen, ob der moralische Fortschritt — gewollt oder nicht gewollt, ist wie gesagt hier gleichgültig — Bestand hat oder nicht. Die Chancen scheinen mir wenigstens keine besonderen. Nicht als ob sich bei Abwägung der Vor- und Nachteile der Wahrscheinlichkeitsrechnung zufolge nicht ein Übergewicht der ersteren ergäbe. Das ist bekanntlich umgekehrt, und ich will hier nicht alte Ladenhüter präsentieren. Aber die Einschränkungen, die man

dem Versuchsgegenstand hinsichtlich seiner Entfaltungsmöglichkeit auf-erlegt, die vielen Kautelen und die ganze Zaghaftheit, mit der man an das Experiment herangeht, machen nach meinem Dafürhalten ein Mißlingen nur zu wahrscheinlich. Die Versuchsperson wird entmutigt, wenn sie voraus-sieht, daß man nach Beendigung des Versuchs die Untauglichkeit verheirateter Lehrerinnen konstatieren wird, während es sich nach ihrer Überzeugung nur um die Untauglichkeit der Mittel handelte, mit denen der Versuch unternommen wurde. Wer aber erhält sich schon die außerordentliche Energie, die nötig ist, um ein hoffnungslos begonnenes Werk bis zum Ende durchzuführen! Bei einer gleichen Ungunst der Bedingungen würde die ledige Lehrerin ebenso-wenig bestehen wie die verheiratete. Neben der rein idealen Seite der An-gelegenheit bleibt doch auch immer ihre materiell-pekuniäre zu berücksichti-gen. Die verheiratete Lehrerin ist ihrer Umgebung gegenüber nicht nur mora-lisch, sondern auch ökonomisch verpflichtet. Die jetzige Verwendungsart verheirateter Lehrerinnen in Deutschland macht die Ausübung des Schul-berufes nicht zu einer rentablen Sache. Es läuft vielleicht noch gut ab, wenn der Ertrag die Unkosten deckt, möglicherweise handelt es sich sogar um einen Luxus, um eine Passion, die die Familie Geld kostet. Der Erlaß des preußischen Kultusministers vom 8. November 1907 bestimmt, daß „aus-nahmsweise verheiratete Lehrerinnen im Schuldienste widerruflich beschäftigt werden können, sofern die eingehende Prüfung der Interessen der Schule und der besonderen persönlichen Verhältnisse der betreffenden Lehrerin diese Beschäftigung als wünschenswert und zulässig erscheinen läßt, und die Berufungsberechtigten Einwendungen nicht erheben“. Das heißt aus der Sprache des Verordnungsblattes in die des Lebens übertragen: Die Lehrerin, die sich verheiratet, verliert mit dem Tage ihrer Verehelichung das A n r e c h t auf Beschäftigung, die Dienstaltersklasse, ihre Eigenschaft als Hauptlehrerin einer Klasse, die verdienten Pensionsansprüche. Als H i l f s l e h r e r i n und V e r t r e t e r i n, wie sie vor Jahren angefangen hat, kann sie wieder unter-richten, aber die ledigen Hilfslehrerinnen als die mehr Berufungsberechtigten gehen ihr vor. Nur Krankheit oder sonstige Behinderungsfälle der Kolleginnen verschaffen ihr Arbeit, sie muß immer bereit stehen, dem Wink der Schul-verwaltung zu folgen, sie muß unter Umständen m o n a t e l a n g warten, um nur w o c h e n l a n g beschäftigt zu werden, sie ist heute in dieser Schule, morgen in jener, sie ist heute bei den kleinsten Kindern, die eben die Schule betreten, morgen bei den größten, die sie gerade verlassen. Daß es dabei weder zu einem rechten Lehrerfolg noch zu einer rechten Befriedigung der Lehrperson, noch zu einer Ordnung in der Haushaltsführung, noch zu regelten Einnahmen und Unkosten kommen kann, leuchtet von selber ein. Im Haushalte werden Hilfskräfte bald angenommen und bald entlassen. Bald sind sie überflüssig, bald ist es die Hausfrau.

Man hat gesagt, das Problem der verheirateten L e h r e r i n sei ein Problem der Schule und ein Problem des Hauses. Da man es zu einem Problem der verheirateten V e r t r e t e r i n umgestaltet hat, ist es nur noch ein Problem der Schule. Möglich, daß der Beruf einer Lehrerin mit dem Gattin- und Mutterberuf vereinbar ist, der Beruf einer V e r t r e t e r i n ist es nicht. Und das ist der Punkt, an dem der Versuch zu scheitern droht. Nur wenn die verheiratete V e r t r e t e r i n vom Ehrgeize des Vorkämpfertums be-seelt den Mut und die äußere Möglichkeit aufbringt, die materiellen Interessen der Familie bedeutend in den Hintergrund zu stellen, kann der Versuch trotzdem gelingen. Aber was sich der Pionierin zumuten läßt, läßt

sich nicht auch der Masse zumuten. Und wenn es bei der verheirateten *Vertreterin* immer sein Bewenden haben soll, hat es kaum viel Sinn für die Einbürgerung dieser Einrichtung zu kämpfen. Abgesehen von der materiellen wird das verheiratete Vertretertum dann auch der ideellen Rentabilität entbehren, und das wird sich sowohl in der Schule wie im Hause fühlbar machen. Wenigstens im Verhältnis mit anderen Erwerbs- und Betätigungsmöglichkeiten, die einer gebildeten Frau mit dem Verlangen nach einem beruflichen Wirkungsfelde offenstehen. Dem Staate sind bei seinen Maßnahmen solche Gesichtspunkte natürlich und schließlich auch mit Recht fremd. Als Hüter des Gemeinwohles bedenkt er bei allem den Vorteil, der für ihn abfallen könnte. Entweder sichert und vermehrt er sich so eine Lehrkraft *reserve*, die ihm in der Nichtverwendungszeit keine Unterhaltungskosten verursacht, oder er fördert als Arbeitgeber Notleidender, Eheverlassener usw. seine Politik der sozialen Fürsorge. Für die Frauen aber kommt es bei dem Problem darauf an, daß dem Berufe der Zölibatszwang genommen wird, nicht aber, daß der Beruf zu Versuchszwecken ausgenutzt wird, für die er am Ende doch zu gut ist. Daß nicht nur etwa für die Frauenbewegung, sondern vor allem für die Schule ein Fortschritt von der verheirateten Lehrerin zu erwarten ist, steht außer Zweifel. Die durch die Ehe und Mutterschaft gereifte und abgeklärte Frau ist zur Pädagogin geeigneter als das gleichgewichtlosere junge oder vergrämierte alternde Fräulein. Ob diese Fortschrittmöglichkeit aber realisiert wird, bleibt abzuwarten. Um jedoch diese Realisierbarkeit oder das Gegenteil einwandfrei wenigstens festzustellen, müßte man die verheiratete *Vertreterin* zur verheirateten Lehrerin erhöhen, dann aber auch erbarmungslos an sie dieselben Ansprüche stellen wie an ihre unverheiratete Kollegin. Ohne Rücksicht auf Ehe und Familie, die bei den Anforderungen an den Beruf ausübenden Mann auch außer Betracht bleiben. Was die Häuslichkeit angeht, das hat die verheiratete Beamtin mit dem Gatten abzumachen, es geht die Verwaltung nichts an, so wenig, wie sich die Verwaltung um die Frauen ihrer männlichen Angestellten bekümmert. Vermag dann die verheiratete Lehrerin mit ihren ledigen Berufsschwestern an Verwendungsfähigkeit *nicht* zu konkurrieren, dann ist unanfechtbar nachgewiesen, daß die Vereinigung von Schulberuf und Häuslichkeit kein Fortschritt wäre, und man muß zu den alten Grundsätzen zurückkehren. Zurzeit weiß man es noch nicht, und unter den obwaltenden Umständen läßt es sich nicht einmal mit Sicherheit ermitteln.

CHRONIK

KAMPF gegen die Kindersterblichkeit in England. (Auszug aus einem längeren Artikel unserer englischen Ausgabe.) Angeregt durch die lebendige Propaganda der letzten Jahre in Frankreich beginnt man auch in England den verschiede-

nen Methoden, die Säuglingssterblichkeit einzuschränken, erhöhtes Interesse zu schenken. Im Jahre 1906 wurde ein Kongreß aller interessierten Personen und Körperschaften in London abgehalten und im Gefolge seiner Beschlüsse im August 1907 ein Antrag im Parla-

mente eingebracht und angenommen, welcher den Gemeindebehörden das Recht gibt, die Meldung jeder Geburt binnen 36 Stunden zu fordern. Schon vorher hatte Mr. Benjamin Broadbent als Bürgermeister von Huddersfield den gleichen Versuch im Kleinen unternommen, indem er eine Geldbelohnung für solche Mütter aussetzte, die binnen 24 Stunden Meldung von der Geburt ihres Kindes machen würden. Er sandte dann kompetente und unterrichtete Frauen in die bezüglichen Familien, um den Müttern Belehrung in der Hygiene des Kindeslebens, besonders in der Ernährung der Säuglinge zu geben. Im Gefolge dieser Maßregel nahm die Kindersterblichkeit in Huddersfield um ein Bedeutendes ab, und so darf denn vom neuen Gesetz eine bedeutende Besserung der Verhältnisse im weiteren Rahmen des Landes erwartet werden. Bezüglich aller weitergehenden Schritte spalten sich allerdings die Meinungen. Viele schlagen die Gründung von Milchdepots für Säuglinge nach französischem Muster vor, sei es durch die Gemeinden, sei es durch private Institutionen; andere fordern in erster Linie gewisse gesetzliche Einschränkungen in der Fabrikarbeit verheirateter Frauen, um die Zeit vor und nach der Mutterschaft von gesundheitsschädlichen Einwirkungen für Mutter und Kind freizuhalten; andere wieder entsprechende Schulbelehrung der kleinen Mädchen, damit diese dereinst als Mütter ihre Säuglinge besser zu wahren verstünden; andere entsprechende Vorkehrungen, um den Müttern, welche ihre Kinder selbst säugen wollen, dies durch entsprechende, zweckmäßige Ernährung zu ermöglichen. Wieder andere verlangen Verhinderung solcher Geburten, die von vornherein todgeweihten Kindern zum Leben verhelfen würden, noch andere Bekämpfung des Alkoholismus mit seinen traurigen Folgen für die Kinder-

sterblichkeit. Das Problem ist eben, so einfach es sich medizinisch darstellen mag, ein soziologisch überaus kompliziertes. Gewiß würde die Selbststillung der Kinder durch gesunde Mütter in fast allen Fällen zur Ernährung des Kindes hinreichen; aber in unserm gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft mit seiner industriellen Überarbeit so vieler Frauen, mit der ungesunden Zusammendrängung der Bevölkerung in städtischen Massenquartieren sind eben die natürlichen Bedingungen hierzu, die durch all die Jahrtausende bestanden, vielfach nicht vorhanden. Gerade in der Abkehr von der Natur ist ja das spezifische Säuglingsproblem unserer Zeit entstanden.

Im engeren Zusammenhang hiermit steht dann auch die Frage der Schulkindersterblichkeit, sowie deren körperlicher und geistiger Schädigung durch unzureichende Ernährung und Behausung, die dann so viele lebensuntüchtige Menschen in den Kampf ums Dasein hinaussendet. Eine gründliche und häufige Inspektion der Schulen würde in dieser Richtung überaus Bedeutendes leisten können.

Freilich steht all diesen Bestrebungen eine philosophische Ansicht gegenüber, welche die Kindersterblichkeit nicht als ein Unglück, sondern als einen fortschrittsfreundlichen Faktor begrüßt, als die Fortsetzung eines Prozesses natürlicher Auslese, welcher die Lebensunfähigen vertilgt. Aber dieser Ansicht steht zunächst die Tatsache gegenüber, daß viel mehr Kinder, als tatsächlich untergehen, in ihrer Gesundheit und Kraft geschädigt werden, somit eine durchaus entgegengesetzte Erscheinung als die natürliche Auslese mit sich bringen würde, daß ferner auch die wirklich sterbenden Kinder überwiegend der Ungunst und Unzweckmäßigkeit äußerer Verhältnisse zum Opfer fallen, nicht aber einer innewohnenden und erbten physischen Schwäche. Die-

ser Gesichtspunkt muß daher ganz außer Berücksichtigung bleiben.

Vielfach hat man in Frankreich und anderwärts dem Problem des Bevölkerungs - Stillstandes gegenüber bloß die Beförderung der Geburtenanzahl ins Auge gefaßt. Demgegenüber muß konstatiert werden, daß gerade die geringe Anzahl von Geburten sowohl im Tierreich als auch bei den Menschen überall die Tendenz hat, die Kindersterblichkeit zu vermindern. Alle Bestrebungen sollten darauf konzentriert werden, dieser Tendenz zum vollen Durchbruch zu verhelfen.

Wenn in England und andern Industrielländern diese Verminderung der Kindersterblichkeit im Gefolge der Verminderung der Geburtenanzahl nicht so klar zutage tritt als anderwärts, so liegt dies wohl überwiegend in der Konzentrierung der Bevölkerung in den Städten, die für die Erhaltung der Säuglinge besonders ungünstige Verhältnisse mit sich bringt. Jedenfalls sollte jede Kampagne für Bevölkerungsvermehrung mit der Bekämpfung der Kindersterblichkeit einsetzen, statt sich im Widerstreben gegen die mit steigender Zivilisation unvermeidliche Verminderung der Geburtenziffer zu erschöpfen. Derzeit ist unsere zivilisierte Gesellschaft durchaus unfähig, die Kinder zu erhalten, die ihrer Obhut anvertraut werden. Erst wenn sie dieselben erhalten und verhindern kann, daß je ein Kind von sieben Kindern im ersten Lebensjahre stirbt, wie es derzeit der Fall ist, und eine noch viel größere Anzahl in körperlicher und geistiger Gesundheit wesentlich geschädigt wird: erst dann wird man über die Vermehrung der Geburtenziffer selbst nachgrübeln dürfen.

Dr. Saleeby-London.



Eine Klinik zur Besserung lasterhafter Kinder. Die Erforschung der Hypnose und der Möglichkeiten ihrer

praktischen Anwendung hat in Paris zur Errichtung einer hypnologischen Klinik geführt, die von Dr. Bérillon geleitet wird. Derselbe hat sich insbesondere die Heilung von Kindern, welche an moralischen Defekten leiden, zum Ziele gesetzt, von jugendlichen Dieben, die häufig aus purem Leichtsinne stehlen, ohne daraus bewußte Vorteile ziehen zu wollen, von Onanisten und anderen verwahrlosten Geschöpfen. Dr. Bérillon schildert seine Vorgangsweise folgendermaßen:

„Wenn man mir ein Kind vorführt, das an Kleptomanie leidet, so versetze ich es in hypnotischen Schlaf. Ich lasse es an einen Tisch treten, auf dem sich ein Geldstück befindet und spreche zu ihm: „Du siehst dieses Geldstück, du hast Lust, es zu nehmen. Gut, nimm es, wenn du willst und stecke es in deine Tasche“. Wenn das Kind es getan, fahre ich fort: „Siehst du, eben dies tust du immer gewohnheitsmäßig. Nun aber lege das Geldstück wieder dorthin, von wo du es genommen hast; von nun an wirst du immer in dieser Weise handeln. Wenn du der Versuchung erliegst, so wirst du dich schämen, gestohlen zu haben, und du wirst eilends den Gegenstand wieder auf seinen Platz legen.“

Ähnlich verfährt Dr. Bérillon mit jugendlichen Onanisten. Er suggeriert den Kindern, daß jedes Mal, wenn sie der verderblichen Gewohnheit folgen wollen, ihr Arm ihnen widerstehe und sie ihrem Trieb nicht folgen können. Nach einigen Übungen dieser geistigen Gymnastik ist das Kind meist von seiner schädlichen Gewohnheit durchaus geheilt. Es handelt sich jedoch hier nicht etwa um eine bloß instinktive Änderung, diese wird vielmehr von einem Erwachen moralischer Erkenntnis begleitet, und das geheilte Kind ist stets des Dankes voll über die vorgenommene Behandlung.

Prof. Felix Regnault, Paris.

Gemeinsame Erziehung von Knaben und Mädchen. Die gemeinsame Erziehung von Knaben und Mädchen, ihr Beieinandersein in den öffentlichen Volks-, Mittel- und Hochschulen ist in Amerika und Australien, sowie von europäischen Ländern insbesondere in Norwegen, seit langem realisiert. Die Erfolge in sittlicher und pädagogischer Hinsicht waren überall ausgezeichnete, in den Volksschulen haben sich Knaben und Mädchen daran gewöhnt, als Kameraden Freud und Leid des Schullebens zu teilen, die Knaben werden durch das Beispiel der Mädchen sanfter und gesitteter, die Mädchen durch das der Knaben frischer und lebhafter, in den Mittel- und Hochschulen setzen sie dies harmlose Zusammenleben fort, und nirgends haben sich die von theoretischen Gegnern des Systems prophezeiten Zwischenfälle und sittlichen Verfehlungen ergeben. Knaben und Mädchen gewöhnen sich vielmehr, in rein geistigen und sozialen Sphären miteinander in Berührung zu treten und nehmen ins Leben das Bewußtsein mit, wie viel Berührungspunkte sie auch außerhalb der rein geschlechtlichen Momente mit einander besitzen. Sehr wesentlich auf dieses System der Koedukation ist der freie und schöne gesellige Verkehr, das fruchtbringende Zusammenarbeiten von Männern und Frauen in öffentlichen und Wohltätigkeitsinstitutionen Amerikas zurückzuführen. Auch in den Hochschulen hat sich das System gut bewährt, wenngleich manche Professoren, insbesondere in New York und Chicago dagegen ins Treffen führen, daß Vortragsweise und Seminarübungen gegenüber männlichen und weiblichen Studenten verschieden sein sollten, und getrennte Vorlesungen daher vorzuziehen seien. Die große Mehrheit der Hochschullehrer, insbesondere an den Universitäten der amerikanischen West-

staaten ist jedoch durchaus anderer Ansicht und tritt für Beibehaltung der bisherigen Gemeinsamkeit des Unterrichtes ein.

Interessant ist es, daß in jüngster Zeit auch in Zentraleuropa erfolgreiche Versuche mit gemeinsamem Unterricht beider Geschlechter gemacht wurden; insbesondere die in mehreren Staaten Deutschlands, so in Hessen und Baden, gemachten Versuche mit gemeinsamer Mittelschulerziehung von Knaben und Mädchen werden als sehr erfolgreich bezeichnet. In nahezu ebensolchem Grade, wie der angelsächsische Charakter, bietet eben auch der deutsche Charakter dem Versuche günstige Chancen, da ihm kein allzu lebhaftes Temperament und keine zu frühe geschlechtliche Reife der Jugend entgegenstehen. In den romanischen Ländern liegen die Verhältnisse ja schwieriger, aber das Beispiel Französisch-Kanadas zeigt doch, daß auch in ihnen der Versuch gelingen kann, wenn der gemeinsame Unterricht bereits in den unteren Klassen der Volksschulen beginnt, und so die ständige Gewöhnung des Beisammenseins in der Schule weder in Knaben noch Mädchen die Empfindung des Fremdartigen, Reizenden aufkommen läßt.



Die Erfolge ambulatorischer Säuglingsbehandlung in Frankreich. Seit langer Zeit beschäftigt die Frage der Säuglingssterblichkeit in hohem Grade die öffentliche Meinung Frankreichs, und bereits vor 25 Jahren wurde durch ein Gesetz die ärztliche Überwachung jener Kinder vorgekehrt, welche für Geld in auswärtige Pflege gegeben werden, aber diese wohltätige Maßnahme kam nur in wenigen Departements in wirklich hinreichender Weise zur Ausführung. Im Jahre 1892 trat Professor Budin in durchaus

anderer Weise an das Problem heran. Er ging von der Ansicht aus, daß die Säuglingssterblichkeit überwiegend auf die Unwissenheit der Mütter selbst zurückzuführen sei, diese müßten daher besser beraten und angehalten werden, ihre Kinder so weit als möglich an der eigenen Brust aufzuziehen und sich im Falle des Unvermögens nur wirklich guter, sterilisierter Milch zu bedienen. Er begründete am Charité-Hospital in Paris die erste Poliklinik für Säuglinge. Zu jener Zeit stand Professor Budin dem Entbindungswesen am genannten Hospital vor, und die jungen Mütter erhielten beim Verlassen desselben ein kleines Büchlein, das alle Anweisungen hinsichtlich der Pflege ihres Kindes und ferner die Angabe von dessen Gewicht enthielt. Alle acht Tage hatten sie im Hospital zum Zwecke der Konsultation vorzusprechen; ihre Kinder wurden untersucht, man wog sie, schrieb das Gewicht aufs neue ins Büchlein ein und gab alle notwendigen Ratschläge.

Die neue Einrichtung bewährte sich gut und fand bald Nachahmung. Im Jahre 1893 begründete Dr. Variot die Armenapotheke in Belleville, wo zu ungemein billigen Preisen sterilisierte Milch ausgefolgt wurde. Andere Ärzte folgten bald seinem Beispiel, und die Stadt Paris trat an großzügige Verwirklichung der Idee heran.

Aber nicht bloß in den Städten, auch in den Dörfern wurde ambulatorische Behandlung der Säuglinge erfolgreich eingeführt. Freilich liegt das Problem dort anders. Leicht ist es, sich gute Milch zu verschaffen, und der Schwerpunkt der neuen Methode liegt daher in der Informierung der Mütter über zweckmäßige Allgemeinbehandlung der Säuglinge. Wie bedeutende Dienste die neuen Einrichtungen leisten können, zeigt die Statistik. Zwischen 1896 und 1900 sind im Jahre durchschnittlich 160—170 von 1000 Kindern im ersten Lebens-

jahre gestorben, und mehr als ein Drittel hiervon an Darmübeln, die besonders im Sommer verheerend wirken. Demgegenüber sind die Resultate der Behandlung am Charité-Hospital ausgezeichnete. Die Sterblichkeit an Darmübeln wurde auf ein Minimum, fast auf Null, eingeschränkt, und die allgemeine Sterblichkeit hier wie in all den Städten, welche ambulatorische Behandlung der Säuglinge eingeführt haben, überaus vermindert. In Saint-Pol-sur-Mer fiel dieselbe von 288 pro Tausend auf 151, in Arques von 190 auf 101, in Auxerre von 205 auf 120.

Mit Unrecht hat man diesen Einrichtungen vorgeworfen, daß sie zu übermäßiger Benutzung künstlicher Milch führen. Das Gegenteil ist wahr; die Ärzte empfahlen den Müttern stets in erster Linie, ihre Kinder selbst zu säugen. So stieg z. B. in der Poliklinik des Dr. Bresset in Paris der Prozentsatz der von den Müttern gesäugten Kinder von 61 im Jahre 1891 auf 81 im Jahre 1903, und ähnliche Resultate wurden von verschiedenen andern Ärzten beobachtet. Auch wo die Mutter nicht fähig ist, den Säugling ganz allein zu ernähren, gelingt es den Ärzten doch fast immer, eine gemischte Ernährung durch die Mutterbrust und künstliche Milch zu erzielen. Im Sinne des eingangs erwähnten Gesetzes vom Jahre 1883 steht den Ärzten das Recht zu, Familien, denen Säuglinge gegen Geld in Pflege gegeben wurden, zu besuchen und die Ernährung dieser Säuglinge zu beaufsichtigen. Neuerdings nun wurde diese Beaufsichtigung wesentlich praktischer gestaltet, indem alle in Frage kommenden Personen des Bezirkes für einen gegebenen Tag und eine gegebene Stunde vom Arzte zusammenberufen werden und ihre Anleitungen erhalten. Bei gleicher Gelegenheit werden den Müttern selbst, die sich einfinden, Anleitungen über regelmäßige Zeitab-

stände von einer Säugung zur andern und andere diätetische und hygienische Erklärungen gegeben; neuerdings sucht man all diesen Unternehmungen eine breitere Basis zu geben, indem die Hygiene der Kinderbehandlung als Lehrgegenstand in den mittleren und höheren Mädchenschulen eingeführt wird, so wie es der internationale hygienische Kongreß des Jahres 1903 gefordert hat.

Das ganze Problem hat für Frankreich deshalb eine so überaus große Bedeutung, weil es die Möglichkeit wirksamer Bekämpfung der Tendenzen, die zum Bevölkerungsstillstand, ja zur Bevölkerungsabnahme führen, darstellt. Sowie die obenerwähnten günstigen Erfolge einzelner Spitäler sich verallgemeinert haben, dann wird unter sonst gleichbleibenden Umständen auch Frankreich wieder eine bedeutende Bevölkerungsvermehrung aufweisen.

Prof. *Felix Regnault*, Paris.



Die soziale Frage des Arbeiterhaushalts. Mehr und mehr erwacht in der öffentlichen Meinung Frankreichs die Erkenntnis, daß es neben jenen allgemeinen Fragen, welche die Einkommenslage des Arbeiters und damit Wohlstand oder Elend für ihn bestimmen, noch spezifische Fragen des Arbeiterhaushaltes selbst gebe, deren Lösung für das Wohlergehen, insbesondere von Frau und Kindern, von überaus großer Bedeutung ist. Mangelnde Sachkenntnis, Ausbeutung durch dritte Personen, sowie allgemeine, durch Staatsaufsicht nicht beseitigte Schäden treffen in vielen Fällen auch den relativ gutgestellten Arbeiter und seine Familie aufs härteste. Fassen wir die einzelnen Seiten dieses Haushaltsproblems und die verschiedenen in Frankreich vorgeschlagenen Mittel der Abhilfe ins Auge.

1. Allzuhäufig sind junge Eheleute des Arbeiterstandes nicht in der

Lage, ein eigenes Mobiliar zu kaufen und müssen daher in möblierten Zimmern wohnen bleiben. Bringt dies bereits für sie selbst schwere hygienische und sittliche Gefahren, sowie Beeinträchtigung ihres seelischen Zusammenlebens mit sich, so wird dies um so schlimmer, wenn Kinder geboren werden und diese allen physischen und moralischen Ansteckungen, insbesondere auch der Verleitung zum Alkoholismus, preisgegeben sind. Allerdings gibt es gemeinnützige Gesellschaften, welche durchaus entsprechende Wohnungen zu relativ mäßigen Preisen den Arbeitern überlassen, aber diese Preise sind eben doch nur dem besonders gut bezahlten Arbeiter erschwinglich, für die Masse kommen sie nicht in Betracht.

Zwar sind seit 1908 die Wohnungen unter 500 Fr. Miete von jeder Steuer befreit. Der Arbeiter könnte also eine eigene Wohnung in einem Zinshause mieten und selbst möblieren, aber die Möbelgeschäfte, die auf Kredit liefern, tun dies stets in derart wenig entgegenkommender Weise, daß oft gerade die Furcht vor Wegnahme der auf Raten gelieferten Möbel die Arbeiterfrau zu härtesten Entbehrungen in andern Hinsichten und damit zur Gesundheitsschädigung führt.

Eine Abhilfe wäre darin zu suchen, daß gemeinnützige Gesellschaften der Vervielfältigung unabhängiger Arbeiterhaushalte, die für Lösung der Bevölkerungsfrage Frankreichs so überaus wichtig wäre, dienen, indem sie Möbellieferungen auf Ratenzahlung zu vernünftigen, humanen Bedingungen übernähmen. Der Verfasserin ist es gegeben gewesen, derartige Versuche in der nordfranzösischen Industriestadt St. Quentin anzustellen, und zwar mit befriedigendem Erfolge. Die Arbeiter der Stadt verdienen im Durchschnitt 3 Fr. pro Tag, die Frauen 1,50; die Bezahlung von 4 Fr. pro Woche resp.

16 Fr. pro Monat für ein möbliertes Zimmer trifft sie daher relativ hart. Indem ihnen Gelegenheit gegeben wird, ein leeres Zimmer für 8 Fr. im Monat zu mieten und Möbel gegen Ratenzahlung von 1—2 Fr. pro Woche zu kaufen, können die Möbel nach einem Jahre in ihr Alleineigentum übergehen, und weiterhin ist ihnen die Ersparnis der Hälfte des früheren Zinses geboten.

2. Die Ernährung der Arbeiterfamilien leidet nicht bloß durch die Geringfügigkeit des Einkommens, im Verhältnis zur gegebenen Summe selbst wird ihnen schlechte Ware verabreicht. Dies liegt an den ungünstigen Bedingungen des Einkaufs im Kleinen beim Detailhandel. Die zielbewußte Beförderung von Konsumgenossenschaften würde diesem Übel steuern.

Daß freilich die Preise der Nahrungsmittel in Frankreich auch beim Einkauf im großen weitaus höhere sind, als im benachbarten England, z. B. der Tee das vierfache kostet als dort, das Petroleum das doppelte, Zündhölzer das fünffache, Schweinefleisch beinahe das doppelte usw., das liegt im Schutzzollsystem Frankreichs und seinen Monopolen. Nur eine Änderung der nationalen Wirtschaftspolitik könnte dem abhelfen.

3. Die Befähigung der Arbeiterhausfrau, ihre kleine Wirtschaft in möglichst ökonomischer Weise zu führen, ist begreiflicherweise meist überaus gering. Demgegenüber wollen die Haushaltungskurse, die von privater Seite und neuerdings auch an den Staatsschulen veranstaltet werden, eine systematische Heranbildung der jungen Mädchen nach dieser Richtung vornehmen. Besonders wichtig wird dieselbe, soweit sie sich auch auf systematischen Unterricht der häuslichen Hygiene und Reinlichkeit erstreckt und die Leihbibliothek in den Dienst dieser Agitation stellt. Auch die unentgeltlichen Konsultationen für

Säuglinge und junge Mütter gehören hierher und erhalten nicht nur vielen jungen Kindern das Leben, sondern bei dieser Gelegenheit werden den jungen Frauen auch allgemein hygienische und soziale Ratschläge gegeben, welche zur Besserung ihres Haushaltes beitragen.

4. Der gefahrvollste Feind des Glückes und Friedens im Arbeiterhaushalt ist der Alkoholismus. Nicht nur, daß er den Mann selbst physisch und geistig zerrüttet, ihn das Geld vertrinken läßt, das zum Unterhalte der Familie dienen sollte, die Beziehungen zwischen Mann und Weib zerstört, er greift auch in die Familie selbst ein; und vielfach werden schon die kleinen Kinder von ihren Eltern ihm in die Arme geworfen. Andererseits hatte die Verfasserin vielfach Gelegenheit zu beobachten, daß selbst Bons für Milchzuwendung an die Säuglinge, wie sie von gemeinnützigen Gesellschaften ausgestellt werden, vom Vater beim nächsten Händler gegen Brantwein ausgetauscht wurden.

All dem gegenüber kann im großen nur eine weitgehende Antialkoholgesetzgebung nach der Art Finnlands helfen.

5. Daß ferner Sparsamkeit und Voraussicht auch im Arbeiterhaushalt eine große Rolle spielen, ist überaus bekannt, und es muß fast demgegenüber betont werden: wie schwer eine wirklich effektive Sparsamkeit in so beschränkten Verhältnissen sei; um wieviel zweckmäßiger eine systematische Versicherung, womöglich unter staatlicher Kontrolle, gegen Krankheit, Unfall, Alter und Arbeitslosigkeit wirken würde.

Immerhin kann auch die persönliche Sparsamkeit zweifelsohne Bedeutung haben, und gerade in Frankreich blühen die Gesellschaften für wechselseitige Unterstützung. Einen interessanten Versuch hat in letzter Zeit der Gemeinderat von Mons, nach

ihm der von Marseille gemacht, indem er*) jedem Neugeborenen ein Sparkassenbuch von 1 Fr. zuweist, das unter diesen Betrag auch von den Eltern nicht reduziert werden kann. Auf diese Weise trachtet man, der Bevölkerung Anreiz zum Sparen zu geben.

Diesen wenigen Worten könnten gewiß so unendlich viele über all die ökonomischen Probleme, die in direkter oder indirekter Beziehung zum Arbeiterhaushalt stehen, hinzugefügt werden, aber auch sie mögen einen Einblick in eine kleine Welt von Tatsachen und Kämpfen eröffnen, die ja nicht in direkter Beziehung zur sozialen Frage im engeren Sinne stehen, von denen aber doch Wohl und Wehe der Arbeiterfamilien fast in gleichem Grade abhängt als von jener andern, weltumfassenden Frage. Gerade auf diesem engern Terrain sollten sich daher einsichtsvolle Führer der Arbeiterschaft selbst und weiterherzige bürgerliche Arbeiterfreunde zu gemeinsamer Arbeit treffen.

Mme. Berot Bergér, Paris.

Frauenemanzipation in der islamischen Welt. Die politische Freiheitsbewegung, die in diesen letzten Jahren in allen mohammedanischen Ländern, in Persien, der Türkei und Ägypten zum Ausbruch gekommen, ist keineswegs eine isolierte Erscheinung, sie steht vielmehr in innigem Kontakt mit einer allgemeinen Kulturströmung, mit machtvollen Entwicklungstendenzen, welche das ganze Gefüge der Gesellschaft in den genannten Ländern umzuwandeln bestrebt sind. Auch die untergeordnete Stellung der Frau, die bis jetzt als religiöses Gebot und unwandelbare soziale Institution hin-

genommen wurde, ist nicht mehr unerschüttert. Die neue, von westlichen Anschauungen durchtränkte Generation gebildeter Mohammedaner, besonders in Ägypten, sucht nach neuen Wegen in der Beurteilung der Frauenfrage. Der erste Anreger und Führer dieser Bewegung war Kassem Bey Amin, der am 21. Mai d. J. in Kairo starb. Sein Buch: „Cahrir Al-Mar'ah“ hat überaus großen Einfluß geübt, ist zu einem Evangelium der Frauenbewegung geworden.

Kassem Bey Amin untersucht in demselben zunächst die Stellung der mohammedanischen Frau gegenüber dem Manne und sucht festzustellen, worauf deren inferiore Position zurückzuführen ist. Auf die Vorschriften des Koran? Kassem Bey stellt es in Abrede. Bloß die tatsächliche Überlegenheit der Männer sei zur Unterdrückung der Frauen mißbraucht worden, ihre völlige Gleichheit sei angesichts des Stromes neuer Ideen, der von Westen kommt, unaufhaltsam im Anzug, nur müsse, um sie vorzubereiten, die Erziehung und Bildung der Frauen durchaus geändert, der des Mannes gleichgestellt werden. Kassem Bey behandelt dann im fernerem eine Frage, die für den Mohammedaner überaus delikat ist, die des Frauenschleiers. Tatsächlich wurde gerade dieser Abschnitt von der konservativen Presse Kairos am schärfsten angegriffen. Kassem Bey meint, daß es zwischen der völligen Verschleierung der mohammedanischen Frau der bessern Stände und der Entschleierung der Europäerin eine Mittelstufe gäbe. Er stützt sich auf Verse des Korans, die sagen:

„Eines Tages kam Asma, Tochter des Abu Bakr, zum Propheten in leichter Gewandung. Dieser aber sagte zu ihr: „Asma, es schickt sich nicht für eine gläubige Frau, die zur vollen Reife des Weibes erblüht ist, daß sie andere als gewisse Teile des Körpers unbedeckt lasse“, und als

*) Wie an anderer Stelle des Blattes besprochen. Siehe S. 855.

solche bezeichnete der Prophet „das Gesicht und die beiden Hände“.

Nach Ansicht Kassem Beys liegt daher in den Vorschriften der mohammedanischen Religion bloß begründet, daß alle übrigen Körperteile der Frau bekleidet resp. verschleiert sein müssen, Gesicht und Hände hingegen dürften frei bleiben. Diese Reform würde naturgemäß jeden wirklich bedeutungsvollen Unterschied zwischen den Sitten der Mohammedanerin und der Europäerin aufheben. Das Verbot des „Décolleté“ der europäischen Schwestern würde gewiß keine wahrhaft soziale Benachteiligung bilden.

Eng mit der genannten Frage zusammenhängend ist die weitergehende der Verschließung der Frau in den innern Gemächern des Hauses. Kassem Bey zeigt, daß in früheren Zeiten die Verschließung keineswegs Gesetz gewesen sei, und bloß die Eifersucht der Männer, ihre Furcht vor der Untreue ihrer Frauen dies Gebot willkürlich erfunden habe. Gute Mädchenerziehung würde all dies überflüssig erscheinen lassen, die freigewollte Übung der Tugend und Keuschheit müsse und werde in Zukunft an Stelle der physischen Abschließung als Bewahrerin der Frau treten.

Im weiteren wendet sich der Autor gegen die mohammedanische Sitte, derzufolge sich Braut und Bräutigam erst am Hochzeitstage sehen dürfen, und deren Verbindung ausschließlich nach der Wahl der Eltern ohne ihre persönliche Befragung vorgenommen wird. Indem er demgegenüber die europäische Sitte des freien, zwanglosen Verkehrs der jungen Männer und Frauen befürwortet, legt er Bresche in die Hauptgrundsätze des sozialen Lebens und der Umgangsformen im Orient.

Ebenso radikal ist Kassem Bey in Beziehung auf die Polygamie. Er legt auf Grund des Korantextes dar,

daß die Religion die Polygamie wohl dulde, die Monogamie jedoch entschieden bevorzuge. Die Stellung der Frau werde durch die Polygamie eine durchaus unwürdige, und die Einehe nach europäischem Muster entspreche allein den Anforderungen modernen Empfindens. Ebenso müßte an Stelle des bisherigen Mannesrechtes, die Frau zu verstoßen, dem kein Recht der Frau auf Ehescheidung gegenüberstehe, die Einführung gesetzlicher Richtersprüche treten, die auf Antrag des Mannes oder der Frau und nach Anführung bestimmter Gründe Ehescheidung aussprechen würden.

Die begeisterte Aufnahme, welche die Lehren Kassem Beys bei der ägyptischen Jugend fanden, läßt die beste Hoffnung zu, daß die Bewegung mit ihrem Begründer nicht ersterben werde. Freilich kann zunächst nur von einer Anwendung der neuen Grundsätze innerhalb der wenig zahlreichen gebildeten Klassen die Rede sein, aber selbst dies würde nicht nur bedeutungsvolle, geistige und moralische Segnungen für die Ägypterinnen der gebildeten Stände bedeuten, sondern auch den künftigen Kindern des Landes gebildete und freie Mütter, und somit unvergleichlich günstigere Chancen freier und stolzer Entfaltung aller Kräfte geben. Wenn einmal diese an der Spitze stehende Klasse sich offen und bewußt auf den Boden der modernen Ideen stellt, wenn der Glaube, daß die bisherigen Mißbräuche durch die muselmanische Religion selbst bedingt seien, verschwindet, dann werden allmählich auch die breiten Massen der Bauern und Bürger sich von den alten Sitten losreißen.

Noch liegen ja schwere Kämpfe vor den Führern der neuen Bewegung. Selbst ein Teil der gebildeten Stände, der sich in der nationalistischen Partei vereinigte, um die englische Herrschaft zu bekämpfen, wurde eben

durch diesen Gegensatz zu den europäischen Gebieten des Landes in eine doppelt strenge Betonung der altnationalen und altreligiösen Grundsätze hineingedrängt, und das Organ des nationalliberalen Partei der „Siwà“ trat Kassem Bey scharf entgegen. Trotzdem ist die Zeitströmung diesem im großen und ganzen günstig, und seitdem selbst in der Türkei die freiheitlichen Strömungen gesiegt haben, fällt für die ägyptischen Nationalisten auch dieser Rückhalt konservativer Stimmung. Die Frauenemanzipation in Ägypten marschiert.

J. Desormeau, Kairo.

auf dem Papier noch nicht anerkannt ist, machten die englischen Behörden der Streikagitation des Priesters ein rasches Ende. Sie ließen denselben verhaften, und gegenwärtig wird er in der Stadt Coomassie gefangen gehalten. Die Bevölkerung, die sich in ihrem chiliastischen Glauben an die baldige Ankunft des erlösenden Gottes und die prophetische Macht seines Vorläufers getäuscht sah, kehrte wieder zu nüchterner Stimmung und zur gewohnten Arbeit zurück. Die Streikbewegung war zu Ende.



Ein sozialer Prophet bei den Aschanti-Negern. Eine durchaus eigenartige Streikbewegung erwuchs jüngst im Lande der Aschanti-Neger an der afrikanischen Guinea-Küste. Nahe der englischen Niederlassung Tekiman erschien ein Fetischpriester vor dem Volke und kündigte die baldige Ankunft eines neuen Gottes an, welcher den Armen Reichtum bringen und die Reichen in Armut stürzen werde. Bei seinem Kommen würden die Neger weiß, und die weißen Beherrscher des Landes schwarz werden. Wer immer bei Ankunft des Gottes beim Kautschuksammeln betroffen würde, werde sofort von ihm in eine Antilope verwandelt werden.

Die leidenschaftliche Rede des Priesters fand bei den Negerstämmen des Gebietes williges Gehör, und eine inbrünstige religiöse Stimmung bemächtigte sich derselben. Sie weigerten sich, weiterhin im Dienste der Weißen Kautschuk zu sammeln, und der Handel mit diesem Produkt, auf dem das ökonomische Gedeihen des Landes beruht, geriet völlig ins Stocken.

Da jedoch im Aschantiland das Koalitionsrecht der Arbeiter selbst

Die neueste sozialpolitische Bewegung in Japan. Die große ökonomische Umwälzung, die sich in Japan in den letzten Jahrzehnten vollzogen, hat auch uns ein Vorherrschen des Großbetriebes gebracht. Da seine Übel nach und nach fühlbar geworden sind, so rückten die Fragen des Arbeiterschutzes mehr und mehr in den Vordergrund. Eine ganze Literatur ist über diesen Gegenstand in der letzten Zeit erschienen, und die Anträge des „Vereins für Sozialpolitik“, der die ersten Gelehrten der Sozialwissenschaft umfaßt, haben die Sympathie der weitesten Kreise gefunden. Die Gründung des Vereins liegt über zehn Jahre zurück. Anfänglich war er nur eine kleine Gesellschaft zum Studium der sozialen Fragen, die nur geringe Bedeutung hatte. Das Zeitbedürfnis ließ sie aber immer mehr wachsen. So kam es 1907 zum ersten Kongreß für Sozialpolitik in Tokio (22. und 23. Dezember), der den Entwurf eines Fabrikgesetzes erörterte. Er gewann bedeutsamen Einfluß auf die öffentliche Meinung und in Zukunft will der Verein alljährlich einen Kongreß veranstalten.

Der Entwurf des Fabrikgesetzes, der dem Kongresse vorgelegt war, lautet wie folgt:

1. Kinder unter 12 Jahren dürfen nicht beschäftigt werden;

2. Knaben unter 16 Jahren und weibliche Arbeiter sollen nicht mehr als täglich 12 Stunden beschäftigt werden dürfen;

3. eine EB- und Ruhepause von täglich einer Stunde und zwei Erholungstage im Monat sollen gewährt werden;

4. Knaben unter 16 Jahren und weibliche Arbeiter dürfen während der Stunden von 10 Uhr abends bis 4 Uhr morgens nicht beschäftigt werden (mit bestimmten Ausnahmen);

5. in gesundheitsschädlichen und lebensgefährlichen Betrieben müssen die notwendigen Schutzeinrichtungen getroffen werden. Knaben unter 16 Jahren und weibliche Arbeiter dürfen in solchen Betrieben nicht beschäftigt werden;

6. der Erlaß von Arbeitsordnungen soll an behördliche Erlaubnis geknüpft werden;

7. das Gesetz gilt für alle Betriebe mit mehr als 10 Arbeitern, soweit sie motorische Kraft verwenden; im übrigen für alle Betriebe mit mehr als 20 Arbeitern.

Der Entwurf fand die Zustimmung des Kongresses. Bemerkenswert ist, daß auch viele Kapitalisten und Unternehmer ihn beifällig aufnahmen, während diese Kreise im allgemeinen noch gegen derartige Reformen einwenden, daß die Industrie zu jung sei, um solche Lasten tragen zu können, ja daß sie die Konkurrenzfähigkeit und damit das Wachstum der Industrie auf das ernstlichste zu gefährden geeignet wären.

Da der Entwurf noch nicht die Anerkennung der Mehrzahl der Unternehmer erlangt hat, zögert die Regierung noch, ihn anzunehmen, andererseits muß sie der bedenklichen im ganzen Lande anwachsenden sozialistischen Propaganda Rechnung tragen. Es steht daher zu erwarten, daß auch Japan binnen

kurzem eine Arbeiterschutzgesetzgebung besitzen wird.

Masao Kambe,

Prof. an der Universität zu Kyoto (Japan).



Ein sozialer Reformator in China.

Seit China begonnen hat, sein politisches und soziales Leben nach dem Vorbilde Europas zu gestalten, zeigen sich auch, sehr wider den Willen der herrschenden Klassen, die Begleiterscheinungen moderner industrieller Entwicklung, vor allem das Entstehen einer sozialistischen Partei. Dieselbe hat sich im „Ming Pao“, einer in Tokio erscheinenden Zeitschrift, ein Organ geschaffen, welches den Kampf gegen die herrschende Ordnung und die Errichtung einer sozialistischen Republik in China befürwortet. Sein Chefredakteur, Dr. Souen-Yi-Sien, hielt anlässlich der Gründungsfeier der Zeitung in Tokio eine bemerkenswerte Rede, der wir an Hand des Berichtes von A. Maybon im „Mercure de France“ nachstehende Sätze entnehmen:

„Chinas ökonomische und soziale Zukunft ist an den Sieg der nationalen Revolution gebunden, welche das Reich von der fremden Herrschaft der Mandschu-Dynastie befreien soll. Unser Land darf nicht länger als Privateigentum des Mandschukaisers gelten. So wie aber dieser erste Schritt getan, muß ein größeres Problem seiner Lösung entgegengeführt werden. Die Beherrschung Chinas durch den Kapitalismus, wie er in Europa und Amerika gebietet, muß wirksam verhindert, schon seinem ersten Erscheinen im Reiche muß ein Riegel vorge-schoben werden. Die Entwicklung einer Gesellschaft darf sich nicht selbst überlassen bleiben, gleichwie das Wachstum von Bäumen, die sich ausbreiten und einander stören. Wir wollen nicht dem Beispiel der west-

lichen Staaten folgen, sondern können ihnen selbst ein Beispiel geben und zeigen, daß sich ein sozialistisches Gemeinwesen in direkter Nachfolge primitiver landwirtschaftlicher Gesittung ohne Dazwischentreten einer kapitalistischen Epoche mit Not und Tränen einer ausgebeuteten Arbeiterschaft realisieren läßt.“

Dr. Souen-Yi-Sien und seine Partei, die übrigens in der Bevölkerung beträchtlichen Anhang haben und auf den Erfolg ihrer Bestrebungen besonders im Süden des Reiches bauen, gehen, wie man sieht, von ähnlichen Voraussetzungen aus wie die sogenannte „sozialistisch-revolutionäre“ Partei in Rußland. So wie diese letztere den primitiven Urkommunismus der russischen Bauern, wie er sich bis in unsere Tage erhalten hat, den „Mir“, weiter fortzubilden hofft, auf daß er sich zu einer modernen sozialistischen Genossenschaft umforme, glaubt Dr. Souen-Yi-Sien, daß eine zielbewußte Bodenreform die Bahn zur Verwirklichung seiner Bestrebungen ebnen werde. Wie wenig Chancen auch eine solche Umgehung der natürlichen Entwicklungsgesetze bieten möge, so wird es doch in den nächsten Jahren interessant sein, den Fortgang der Bestrebungen der sozialistischen Partei Chinas zu verfolgen.

C. Daufresne. Paris.



Reform der industriellen Schiedsgerichte in Australien. Die industriellen Schiedsgerichte im australischen Staate Neu-Süd-Wales, welche seit Jahren daselbst alle Konflikte zwischen Arbeitern und Unternehmern nach gesetzlichen Normen schlichten, wurden durch ein kürzlich erlassenes Gesetz einer wesentlichen Reform unterzogen. Es soll von nun an nicht mehr notwendig sein, daß ein bereits ausgebrochener Konflikt auf richter-

liche Weise entschieden werde, es sollen vielmehr Einigungsämter als erste Instanz geschaffen werden, in denen Delegierte sowohl der Arbeiter als auch der Arbeitgeber jeder Industrie vertreten sind; und diese Einigungsämter sollen quasi im „Verfahren außer Streitsachen“ die Arbeitsbedingungen in der in Frage stehenden Industrie festlegen. Erst im Falle der Nichteinigung sollen kontroverse Fragen an die zweite Instanz gelangen, welche dann wie bisher in richterlicher Weise entscheidet. Das neue Gesetz bedeutet einen weiteren Schritt vorwärts in der Richtung bewußter Regelung der industriellen Verhältnisse, indem es nunmehr in den meisten Fällen gar nicht zur Aufrollung förmlicher Streitfälle kommen kann. Ein wichtiger Paragraph des neuen Gesetzes sagt auch, daß die Einigungsämter nach ihrem freien Ermessen den Mitgliedern der Gewerkschaften eine Vorzugsbehandlung gegenüber nicht organisierten Arbeitern zuteil werden lassen können. Wenn infolge minder günstiger industrieller Lage Arbeiterentlassungen notwendig werden, würden somit die organisierten Arbeiter einen Anspruch, zunächst auf ihrem Posten belassen zu werden, erhalten. Diese Vorzugsbehandlung entspricht einer alten und mit großer Hartnäckigkeit vertretenen Forderung der australischen Gewerkschaften, und sie mag ja zunächst vom moralischen Standpunkt bedenklich erscheinen. Keine allgemeine Kulturforderung, ja, nicht einmal eine Forderung im Interesse der gesamten Arbeiterklasse und ihrer Zukunft scheint hier vorzuliegen, sondern ein Begehren, das ausschließlich im Eigeninteresse der mächtvollen Gewerkschaften Australiens liegt. Trotzdem aber wird man bei näherer Prüfung erkennen müssen, daß der durch das neue Gesetz auf die australischen Arbeiter aus-

geübte indirekte Zwang, sich der Gewerkschaft ihres Industriezweiges anzuschließen, sehr bedeutsam ist und wohlthätige Folgen nach sich ziehen wird. Einer Wiederkehr des früheren individuellen Arbeitsvertrages zwischen Arbeiter und Unternehmer wird damit ein Riegel vorgeschoben. Von nun an steht die Gewerkschaft als unzerbrechliche, konstante Einheit der Arbeitenden dem Fabrikbesitzer gegenüber, der kollektive Arbeitsvertrag läßt keine Ausnahme mehr zu. Je mehr sich diese neue Ordnung einlebt, desto sicherer wird auch der Bestand der industriellen Schiedsgesetzgebung verbürgt; und so bedeutet doch wohl auch dieses scheinbar nur im Eigeninteresse der Arbeiter erhobene Begehren eine Förderung gedeihlichen Fortschritts der Volksgesamtheit.



Lehrlingsvermittlung durch die Handwerkskammern. Der Lehrlingsmangel im Handwerk hat mancherlei Ursachen. Die vornehmste ist wohl diejenige, daß der junge Mensch in der Regel während der Lehrzeit keine oder nur eine geringe Vergütung bezieht. Als Ausläufer, jugendlicher Arbeiter und dergleichen ist er in höherem Maße selbständig und erhält eine Vergütung, die den Eltern in zahlreichen Fällen als eine wünschenswerte Unterstützung beim Unterhalt der Familie erscheint. Es wird dabei allerdings nicht beachtet, daß der Vorteil nur ein scheinbarer ist, da nach der Lehrzeit durch die wesentlich höhere Entlohnung des gelernten Arbeiters der Ausfall sehr bald eingebracht ist. Es muß demnach, am nachdrücklichsten seitens der Schulen, zunächst eine aufklärende Tätigkeit entwickelt werden, und zwar hat diese damit zu beginnen, daß den Knaben im vorletzten Schuljahre und kurz vor Beendigung der Schulzeit ein geschickt

geschriebenes Flugblatt übergeben wird, in dem auf die Vorteile der Handwerkslehre hingewiesen wird. Selbstverständlich sind auch die Lehrer durch geeignete Broschüren über die einzelnen Berufe möglichst aufzuklären. Es gibt hierfür mehrere Schriftchen, so u. a. diejenige des Handwerkskammersekretärs Schumacher in Gotha „Ein verkannter Beruf“ (Verlag Fr. Emil Perthes-Gotha), ein Heftchen „Über die Berufswahl unserer Knaben“, Verlag von Hobbing in Stuttgart, die in größeren Mengen zur Verteilung gelangen können. Diese Verteilung wird wohl am zweckmäßigsten durch die Handwerkskammern mit Unterstützung der Regierungen organisiert. Daß die Handwerkskammern am ehesten in der Lage sind, die Lehrlingsvermittlung in die Hand zu nehmen, dürfte aus der Eigenart dieser Vermittlungstätigkeit hervorgehen. Die moralische Verantwortlichkeit, die mit dieser Lehrlingsvermittlung verbunden ist, bringt es mit sich, daß in erster Linie die Vermittlungsstelle über die Qualitäten der Lehrmeister genau unterrichtet sein muß. Die Handwerkskammer hat ohnedies das gesamte Lehrlingswesen zu überwachen und durch ihre Beauftragte und Revisionsbeamte in eine Prüfung über jedes einzelne Lehrverhältnis einzutreten. Da außerdem sämtliche Lehrlinge des Bezirks bei der Kammer zur Einschreibung gelangen müssen, so ist sie stets genau orientiert über etwaige Gründe, die zur Auflösung eines Lehrverhältnisses geführt haben, über den Ausfall der Gesellenprüfungen und dergleichen mehr. Da ferner, wie bereits bemerkt, seitens der Kammern in der Regel Bestimmungen erlassen sind über die Höchstzahl der Lehrlinge in den einzelnen Gewerben, so wissen sie stets genau, ob der Handwerker, der einen Lehrling annehmen wünscht, überhaupt berechtigt ist, einen solchen einzustellen.

Hinzu kommen die Bestimmungen über das Recht der Lehrlingsanlei- tung, die durch die Gesetzesvorlage betr. den kleinen Befähigungsnach- weis in nächster Zeit noch eine we- sentliche Verschärfung erfahren wer- den. Die Bestimmungen sind ver- hältnismäßig kompliziert, so daß ihre Durchführung die volle Aufmerksam- keit des Lehrstellennachweises in Anspruch nimmt. Die genaue Über- sicht über Angebot und Nachfrage wird weiterhin der Handwerkskam- mer die Möglichkeit geben auch regu- lierend einzuwirken, insofern als sie die Aussichten des einen oder anderen Berufes darlegt und so ihm Lehrlinge zuführt oder fernhält.

Auf Einzelheiten hinsichtlich der Organisation der Vermittlungsstelle einzugehen, dürfte hier nicht der Platz sein. Jedenfalls kann es nach Lage der Verhältnisse nicht nur wünschenswert sein, daß die Handwerkskammern sich der Aufgabe der Lehrlingsvermittlung unterzie- hen, es scheint mir hier sogar eine ge- wisse Verpflichtung zu be- stehen. Hoffen wir, daß möglichst zahlreiche Handwerkskammern bal- digst zu einer derartigen Einrichtung übergehen, damit Erfahrungen auf diesem bisher so wenig erforschten Gebiete gesammelt werden können.

Gustav Koepper, Syndikus der Handwerkskammer zu Koblenz



ARBEITERBEWEGUNG

CH. MALATO, EH. IN NUMEA (NEU-KALEDONIEN):
DIE PROLETARISIERUNG DER EINGEBORENEN
AUF DEN INSELN DES PAZIFISCHEN OZEANS.



EHR und mehr tritt der Pazifische Ozean ins Licht der Geschichte, bedeutsame Kämpfe um seine Beherrschung bereiten sich vor. So gewinnen die Vorgänge, die sich auf den ungezählten Inseln des Weltmeeres abspielen, ein doppeltes, sowohl praktisches als ethnologisches Interesse.

Die eingeborenen Rassen, die bis vor kurzem allein diese Inseln bewohnten, befinden sich durchaus noch im Steinzeitalter der Zivilisation, viele Stämme sind heute noch Anthropophagen. Neben ihnen aber erstehen Pflanzungen weißer Kolonisten und erwachsen moderne Städte. In den ehemaligen Jagd- gründen der kommunistischen Stämme, denen jede Beziehung zu privatem Eigentum fremd war, erheben sich die Fabriken und Magazine der kapita- listischen Gesellschaft, werden ihre Lohnkämpfe ausgefochten, und der weiße Eroberer verdrängt mehr und mehr die Eingeborenen vom Boden ihrer Väter oder zwingt sie, ihm als Arbeiter zu dienen.

Bald wird der Tag kommen, wo der Rassegegensatz mehr und mehr übergeht in den Gegensatz der Klassen; wo die Überreste der Polynesier, Melanesier und Malayen eine proletarische Unterschicht bilden werden, die des Bodens und der ererbten Subsistenzmittel beraubt, gezwungen ist, um niedrigste Löhne für die weißen Kolonisten zu arbeiten, die sich als herrschende

Klasse konstituieren. So sehen wir im Lichte des Gegenwartstages einen Entwicklungsvorgang sich abspielen, den wir anderwärts nur aus verstaubten Büchern kennen: die Konstituierung einer siegvollen Rasse als herrschende Klasse, die Umwandlung einer unterworfenen Rasse in die dienende Masse.

Genau so haben sich ja einst die Kasten Indiens gebildet; und heute noch verraten die Bramanen und Kchatryas durch ihre reine, weiße Hautfarbe, daß sie ihre arische Abstammung unverfälscht erhielten, während die andern Kasten durch ihren dunkeln Teint zeigen, daß sie Abkömmlinge der unterworfenen Dravidas sind. Ebenso hat man ja auch kürzlich festgestellt, daß die Scheidung der Patrizier und Plebejer Roms einer ethnischen Verschiedenheit entsprach, daß die ersteren Langköpfe, stammverwandt den Griechen, waren, die letzteren Kurzköpfe mit dunkler Hautfarbe, schwarzen, mehr oder minder gekräuselten Haaren: Ureinwohner, die von den einwandernden Langköpfen unterworfen wurden. Das Gleiche vollzieht sich in gewissem Sinne heute in Nord-Afrika, wo die Araber, ihrer Ländereien beraubt, Hirten und Landarbeiter, in den großen Städten sogar Fabrikarbeiter werden, indes der Europäer als Mitglied der höheren, herrschenden Rasse die andern für sich frohnden läßt und auf sie, deren Väter Besitzer des Landes waren, als auf minderwertige Barbaren herabsieht.

Ebendieselbe Entwicklung vollzog sich auf den Inseln Ozeaniens, ohne daß Kriege und lärmende Begebenheiten die Aufmerksamkeit der Welt dahin gelenkt hätten; und doch ist keine Eroberung für die Besiegten mörderischer gewesen als die Unterwerfung der Polynesier und Melanesier unter das, was man moderne Zivilisation nennt, unter eine Zivilisation, die der ihren durchaus entgegengesetzt ist und deren für sie bedeutsamste Mächte Syphilis und Alkohol sind.

Welche Kulturarbeit konnte auch von den Matrosen Cooks und Bougainvilles erwartet werden, die nach langen Meerfahrten und Entbehrungen zu doppelt heißer Brunst gereizt, an diesen Küsten landeten? Wie willkommene Beute waren für sie die schönen Polynesierinnen mit ihren langen, blumengeschmückten Haaren, der wohl lautenden Stimme und den melodischen Gesängen! Als im Jahre 1520 der Portugiese Magellan als erster Europäer diese Meere durchfuhr, waren die Inseln von drei verschiedenen Völkern bewohnt: im Westen von den Malayen, die aus Hinterindien kamen, im Osten von den Polynesiern, beide mit verhältnismäßig höherer Kultur begabt, und zwischen ihnen von den dunkelhäutigen, kulturell zurückgebliebenen Melanesiern. Malayen und Polynesier waren zu jener Zeit im Vorschreiten begriffen und hätten gewiß in relativ kurzer Zeitspanne die Melanesier völlig unterworfen und unter ihre vergleichsweise höhere Zivilisation gebeugt, wenn nicht die europäische Besetzung für alle Stämme der Eingeborenen den Tod selbständiger Entwicklung herbeigeführt hätte. Die modernen Waffen, welche die Eingeborenen als erste Gaben europäischer Kultur empfangen, wurden von ihnen eifrig zur Stammesfehde benutzt und verminderten rasch ihre Zahl. Wirkungsvoller noch in dieser Richtung waren die von den Europäern erlangten alkoholischen Getränke und die von denselben eingeschleppten Geschlechtskrankheiten, am wirkungsvollsten die von den Europäern ingenieus erfundene Methode der Zwangsarbeit, die unter dem Scheine der Freiheit doch alle Merkmale der Sklaverei trägt.

Viele Plantagenbesitzer hatten die Erfahrung gemacht, daß Eingeborene der Nachbarstämme, die bei ihnen arbeiteten, nur allzu gern und oft ihre Tätigkeit im Stich ließen und zu ihren Freunden zurückkehrten. Solch ein

Eingeborener ist noch nicht durch lange Gewohnheit diszipliniert und zur selbsttätigen Maschine geworden. Er arbeitet eine Woche lang, dann setzt er aus, kommt wieder, sucht eine Arbeit, die ihm gefällt. All dies kann seinem Arbeitgeber, dem Plantagenbesitzer, nicht behagen. So wurden die ersten Arbeiteragenturen gegründet, die Schiffe aussenden, um Arbeiter von weit entlegenen Inseln anzuwerben. Wenn diese einmal, fern von ihrem Geburtslande, an der Plantage angelangt sind, ohne Verbindung, ohne Schutz, ohne Beziehung zu den Eingeborenen der Insel, da sie ja einem andern Stamme angehören, sind sie ihrem Arbeitgeber auf Gnade und Ungnade ausgeliefert.

Kein Martyrium ist schmerzlicher als das dieser unfreiwilligen Arbeit: Arbeitsstunden von übermäßiger Ausdehnung, Nahrung bestehend aus verdorbenem Reis oder Mais, die Stockwhip (Rinderpeitsche), die beim geringsten Vergehen droht, die Geldstrafen und Zurückhaltung des Lohnes, so daß in den meisten Fällen der Arbeiter zum Schuldner seines Arbeitgebers wird. In sehr vielen Fällen wird die dreijährige Arbeitsperiode, auf welche die sogenannten Verträge zu lauten pflegen, nicht bis zu Ende abgedient; der Arbeiter erliegt vorher den Unbilden und Strapazen des neuen Lebens.

Zwei Sklavenjäger waren es insbesondere, die auf den Inseln des pazifischen Ozeans berüchtigt geworden sind: der Amerikaner Proctor und der Franzose B. Madezeau. Diese Banditen und ihre Beauftragten verwüsteten all die Inselgruppen; in der Regel verständigten sie sich mit den Häuptlingen dahin, daß sie ihnen einigen europäischen Tand lieferten und im Austausch hierfür eine Gruppe von Untertanen für die von ihnen vertretenen Pflanzungen erhielten. Sehr häufig auch lockten sie die Eingeborenen an Bord der Schiffe, sperrten sie in den Schiffsraum und fuhren ab. Einmal fern der Heimat, wagten die Unglücklichen nicht mehr, sich aufzulehnen.

War derart die Beförderung der Arbeiter nach den Pflanzungen planvoll organisiert, so stand es ganz anders mit der Rückbeförderung; sehr wenige Arbeiter wurden einer solchen teilhaftig. Heute beginnt dies allmählich anders zu werden, und beispielgebend nach dieser Richtung ist das neue, unter dem Einfluß der Arbeiterpartei erlassene australische Gesetz, das die völlige Einstellung der Eingeborenearbeit auf australischem Boden (Zuckerplantagen in Queensland) und Rückbeförderung der Eingeborenen nach ihren heimischen Inseln unter strenger Aufsicht und Verantwortung der Bundesregierung vorsieht. Für das australische Festland gehört die schmachvolle Zwangsarbeit somit der Vergangenheit an; das Problem besteht nur weiter für die Inseln unter englischer, französischer und deutscher Botmäßigkeit.

Die eingeborenen Stämme haben durch all die geschilderten Praktiken einen großen Teil ihrer Mitglieder eingebüßt; so sollen auf Tahiti zur Zeit der Entdeckung durch Cook 200 000 Menschen gelebt haben, heute sind es deren nur mehr 8000; und ähnlich war die Bevölkerungsabnahme auf den andern Inseln.

Man war gezwungen, sich nach andern Arbeitskräften umzusehen, und fand diese in den Bewohnern Ostasiens, in Tonkinesen, Anamiten, Chinesen und Japanern, deren Einwanderung das ethnographische Problem der Inseln durchaus veränderte. Sie begannen sich mit den Eingeborenen zu vermischen, und diese Mischrasse ist weit widerstands- und anpassungsfähiger als die Melanesier und Polynesier. Diese Rasse scheint sich behaupten zu sollen. Auch im politischen Sinne hört sie auf schutzlos zu sein. Bald mag die Zeit kommen, da Japan seinen Vorteil darin sieht, als Vormacht all dieser Eingeborenen- und Mischlingsbevölkerungen der pazifischen Inseln aufzutreten.

Schon haben sich die Eingeborenen der Philippinen an ihrem Beispiel gebildet und gegen Spanier wie Amerikaner blutige Revolutionskriege gefochten. Wohl mögen die Bevölkerungen der weiter östlich liegenden Inseln heute nicht mehr zahlreich und stark genug sein, um den gleichen Kampf zu wagen. Je mehr japanische Arbeiter aber sich auf diesen Inseln ansiedeln und mit den Eingeborenen vermischen, desto gründlicher ändert sich die Situation. Die Tage der weißen Herrschaft auf den Inselgruppen des Nordens und Westens sind wohl gezählt.

Auch für die Inselgruppen in den andern Teilen des Ozeans mag in fernerer Zukunft die gleiche Gefahr aktuell werden, sofern nicht neue Methoden der Eingeborenenpolitik auf ihnen zur Geltung kommen. Viel wird von der Beeinflussung Englands durch Australien und Neuseeland abhängen, welche durch ihre demokratisch-staatssozialistische Entwicklung dazu prädestiniert sind, das Problem im modernen Sinne freier Arbeit zu lösen. Schon hat Neu-Seeland seinen Eingeborenen, den Maoris, völlig gleichberechtigte Stellung und sogar das politische Wahlrecht gegeben. Sie beginnen, sich den neuen Verhältnissen wirtschaftlich und sozial anzupassen, ihrer numerischen Abnahme wurde Einhalt getan, sie bilden ein wertvolles und staatstreues Element des Volkes. Mit dem wachsenden Einfluß sozialistischer Ideen wird in Australien gleich wie in Europa ein Anwachsen generöser und brüderlicher Stimmung gegenüber den fremden Rassen Hand in Hand gehen, und England wird sich der stets lauterer Stimme Australiens, dessen moralischer Einfluß auf die britische Politik im Pazifischen Ozean so bedeutend ist, nicht entziehen können, und die andern europäischen Staaten werden folgen müssen.

Wenn so neue Methoden an Stelle der kaum verhüllten Sklavereipolitik treten, dann könnten Weiße und Eingeborene in ihrer Vereinigung der japanischen Ausbreitung gegenüber standhalten, und die pazifischen Inseln, deren Bewohner man einst zu den Glücklichen der Welt zählte, ein friedliches Beieinanderleben freiwillig tätiger Eingeborener und froher, mit eigener Hand schaffender europäischer Siedler schauen.

CHRONIK

SOZIALISMUS in England. Die Tätigkeit der sozialistischen Bewegung in England macht sich allmählich nach allen politischen Richtungen fühlbar. Wohl bekannt ist es, daß, obgleich die hauptsächlichsten Fonds der Arbeiterpartei von den Trade Unions herrühren, die Partei selbst ihren Ursprung und voraussichtlich ihre Entwicklung der geistigen Initiative der Sozialisten verdankt. Der erste Vorsitzende Keir Hardie und der gegenwärtige Sekre-

tär sind beide Sozialisten. Die Arbeiterpartei ist tatsächlich die Form, die der politische Sozialismus in England angenommen hat, zugleich aber hat sie niemals die sozialistische Formel der des Gemeinbesitzes an den Produktionsmitteln als Grundlage angenommen. Immerhin wurde ein Schritt nach dieser Richtung unternommen, als kürzlich in Hull die große Mehrheit der Delegierten übereinstimmend zugab, daß der kollektivistische Ausbau des industriellen

Lebens das Ziel der Partei seien. Ein weiterer Beweis für den Fortschritt des englischen Sozialismus ist das rasche Wachstum der Gesellschaft der Fabier. Aus einer kleinen Gruppe von Spezialisten, die sich mit den verschiedenen geistigen, gesetzlichen, wissenschaftlichen Erscheinungen des Sozialismus befaßten und nur ein indirektes Interesse an der Politik hatten, ist die Gesellschaft zu einer Organisation von über 2000 Mitgliedern angewachsen, die sich noch täglich vermehrt. Die Gesellschaft der Fabier ist auf dem besten Wege, eine größere propagandistische Macht denn je zu werden. Ein Plan liegt vor, der darauf abzielt, in jeder Stadt des Vereinigten Königreiches einen Zweig der Fabischen Gesellschaft zu begründen und die Summe von 5000 Pfund Sterling aufzubringen, um eine vermehrte Verbreitung der sozialistischen Blätter zu erzielen. Auch gewisse religiöse Körperschaften haben die Propaganda aufgenommen. Die kürzlich erfolgte Begründung einer kirchlichen sozialistischen Liga beweist die Anerkennung der sozialistischen Lehre durch viele führende Geistliche der englischen Kirche. Das Anglikanische Kloster, bekannt als die „Auferstehungsgemeinde von Mirfield“ (Yorkshire) ist ein völliges Zentrum für die Propagierung des christlichen Sozialismus. Sein Prior, Vater Paul Ball, ist ein ehrlicher und mutiger Verteidiger der Sache.

Der kürzlich stattgehabte pananglikanische Kongreß, an dem mehrere Tausend Geistliche und Bischöfe der anglikanischen Kirche aus allen Teilen der Welt teilnahmen, zeigte in überaus charakteristischer Weise, daß eine starke Minderheit, wenn nicht die Mehrheit des anglikanischen Klerus dem Sozialismus nahesteht. Eine eigene Sektion des Kongresses diskutierte die Stellung der Kirche zu den sozialen Problemen, und die Mehrheit der Redner sprach sich für

energisches Eintreten der Kirche zugunsten der Arbeiterforderungen aus. Auch die theoretische Verwandtschaft von Christentum und Sozialismus wurde allseitig betont, und keine Stimme erhob sich dagegen. Wer den großen Einfluß der kirchlichen Körperschaften auf das geistige und soziale Leben Englands kennt, muß sich darüber klar sein, daß diese Stellung der englischen Staatskirche, die trotz all ihres religiösen Konservatismus so ganz andere politische Bahnen geht als die katholische Schwesterkirche, der Verbreitung sozialistischer Ideen in den breitesten und jeder revolutionären Leidenschaft durchaus fernstehenden Bevölkerungsschichten Englands überaus bedeutsamen Vorschub leistet.



Ein neuer Erfolg der englischen Arbeiterpartei. Eine für die Entwicklung englischer Politik bedeutsame Volksabstimmung wurde kürzlich unter den 500 000 Bergarbeitern des Vereinigten Königreiches vorgenommen, um die Frage des Anschlusses derselben und ihrer Vertreter im Parlament an die Arbeiterpartei zu entscheiden. Seit langen Jahren gehörte die Gewerkschaft der Bergarbeiter zu den machtvollsten Verbänden Englands, und früher als die andern Gewerkschaften besaß sie eine eigene parlamentarische Vertretung. Als jedoch die übrigen Gewerkvereine Englands die Aufstellung eigener Kandidaten für das Parlament beschlossen und bei den letzten Wahlen eine starke, von sozialistischem Geiste erfüllte Arbeiterpartei entstand, weigerten die 13 Abgeordneten der Bergarbeiter-Verbände ihren Beitritt. Inzwischen aber gewann die Arbeiterpartei durch ihr kluges und zielbewußtes Auftreten eine derart einflußreiche Stellung im Parlament, daß auch in den Kreisen der Bergarbeiter-

schaft der Wunsch rege wurde, sich mit ihr zu verbinden. Da andererseits sich starke Gruppen dagegen aussprachen und jedes Bündnis mit der „allzu sozialistischen“ Arbeiterpartei zurückwiesen, entschloß man sich, die Urabstimmung der 500 000 Mitglieder des Bergarbeiter-Verbandes über die Frage entscheiden zu lassen. Dieselbe ist noch nicht vollendet, aber bereits jetzt hat sich eine große Mehrheit für die Affirmative ausgesprochen, und die 13 Vertreter der Gewerkschaft im Parlamente werden in die Arbeiterpartei eintreten. Dieselbe wird somit als Vertreterin der gesamten organisierten Arbeiterschaft Englands in Zukunft eine noch bedeutendere Rolle im politischen Leben spielen als bisher. Wenn die in den letzten Nachwahlen bekundete Tendenz einer Schwächung der liberalen Partei andauert, dann werden beide historischen Parteien im englischen Parlamente aus den nächsten Wahlen in annähernd gleicher Stärke hervorgehen, und der Arbeiterpartei wird die Rolle des Züngleins an der Wage zufallen. Folgt dieselbe dem Willen jener einflußreichen, unter Führung des Abgeordneten Mac Donalld stehenden gemäßigten Gruppe, die in diesem Falle ein Bündnis mit den Liberalen und die Bildung einer Koalitionsregierung befürwortet, dann werden auch in England in naher Zukunft sozialistische Minister im Rate der Krone Sitz und Stimme haben.



Neue berufsgenossenschaftliche Bildungen in Frankreich. Seit mehreren Jahren ist die französische Arbeiterschaft von einer neuen und machtvollen Strömung erfaßt, welche die Psychologie ihrer ökonomischen Kämpfe wesentlich umgestaltet. Die syndikalistische Bewegung hat ja in ihren äußeren Erscheinungsformen viel mit der älteren Gewerkschafts-

bewegung gemein. Auch sie beruht auf der Organisation der Arbeiter in den einzelnen Industrien, auch ihr vornehmstes Aktionsmittel ist der Streik. Aber die Erringung augenblicklicher Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen tritt für sie doch ganz in den Hintergrund gegenüber dem Kampfe für das Endziel der sozialen Befreiung, und andererseits werden ihre Organisationen vielfach zum Selbstzweck; sie suchen bereits auf dem Boden der jetzigen Ordnung Produktivgenossenschaften zu begründen und das ökonomische, soziale und geistige Leben der Arbeiterschaft möglichst unabhängig von allen bestehenden Einrichtungen selbständig zu organisieren. Eben diese schöpferische Seite der neuen Bewegung schien einer Anwendung auch außerhalb der Arbeiterschaft und ihrer Kämpfe fähig. Ein bemerkenswertes Zeichen dieser Entwicklungstendenz ist die jüngst erfolgte Gründung einer syndikalistischen Organisation der praktischen Ärzte Frankreichs, die im April 1907 einen Kongreß nach Paris berief, an dem 4000 Ärzte teilnahmen. Man diskutierte die Mängel des medizinischen Unterrichts an den Hochschulen und arbeitete ein Reformprogramm aus. Schließlich wurde eine Exekutivkommission eingesetzt, welche im Sinne der Wünsche des Kongresses weitere praktische Schritte unternehmen soll, und ein neuer Kongreß für diesen Frühling nach Lille einberufen. Die Teilnehmer daran haben eigenartige Eindrücke nach Hause genommen. Sie fühlten es, wie in den syndikalistischen Organisationen sowohl der Arbeiter als auch der Angehörigen liberaler Berufe eine neue Macht erwachse, die vielleicht einmal gegenüber der Alleinherrschaft staatlicher Behörden und den Mängeln des Parlamentarismus ein Gegengewicht bieten könnte. Ungleich

dem Wähler, der durch seinen Stimmzettel all seine Autorität auf den Abgeordneten überträgt, fordert der Berufstätige, mit all seinen Arbeitskollegen vereint, das Recht, selbst über all die Fragen, die seine Arbeit und seinen Beruf betreffen, gehört zu werden; er kennt sie besser als die Politiker, ja selbst die National-ökonomien sie kennen. In der Arbeiterschaft selbst tritt dieser Charakter der syndikalistischen Organisationen als Körperschaften von Fachmännern, welche ihren eigenen Angelegenheiten sachkundig vorstehen, vielfach gegenüber dem Kampfcharakter in den Hintergrund. Aber gerade Organisationen wie die der Ärzte können den Gedanken der Demokratie und Selbstverwaltung ganz neue Möglichkeiten eröffnen; ihre frei erwählten Vertrauensmänner stehen in weit engerer Fühlung mit den Notwendigkeiten des realen Berufslebens als diestaatlichen Beamten; ihre Mitglieder können mit wahrer Sachkenntnis ihre eigenen Angelegenheiten entscheiden. Die Gilden des Mittelalters stehen so in moderner, scheinbar revolutionärer Gewandung wieder auf und scheinen im Frankreich der Gegenwart wiederum eine wichtige Rolle spielen zu sollen.

Prof. *Felix Regnault*, Paris.



Sozialistische Bestrebungen unter den Indianern Britisch-Columbias.

Seit die Küstengebirge des Stillen Ozeans im kanadischen Westen von Eisenbahnen durchbrochen sind, ist es um die frühere, ungestörte Lebensweise der Indianer als Jäger und Fischer geschehen. Die Stämme sahen ihre alten Jagdgebiete mehr und mehr eingeengt, viele ihrer Mitglieder suchten durch Arbeit im Dienste der eindringenden Weißen selbst ihren Lebensunterhalt zu erwerben. So verdangen sich auch viele als Eisenbahnarbeiter, und Siede-

lungen indianischer Arbeiter finden sich an mehreren Punkten von Britisch-Columbia. Ihre Hausgeräte, ihre Tageseinteilung, ihre ganzen Sitten wurden so denen ihrer weißen Arbeitskameraden angeglichen, ein indianisches Proletariat entstand, in dem die sozialistischen Ideen der weißen Arbeiterschaft des Landes ebenfalls Eingang fanden. Überaus seltsam aber ist es, daß der sozialistische Gedanke von den Arbeitern auch zu den freigebliebenen Jägerstämmen der Gebirge sprang. Diese haben seit Jahrtausenden ein Leben des Urkommunismus geführt, privates Eigentum ist ihnen bis auf den heutigen Tag fremd geblieben, ihre Instinkte sind demokratisch und solidarisch. So finden die Erzählungen ihrer Stammesbrüder an der Eisenbahn wie auch die Agitation sozialistischer Weißen bei ihnen empfänglichen Boden. In ihrem verzweiferten Widerstreben gegen die Einschnürung ihrer Jagdgebiete durch weiße Siedler, in ihrem Kampfe um Erhaltung der Lebensbedingungen sind sie leicht geneigt, sich den um angemessenen Lebensunterhalt kämpfenden sozialistischen Arbeitern anzuschließen. Wenn die Indianer Britisch-Columbia nicht vom sonst allgemeinen Wahlrecht ausgeschlossen wären, so würde nach dem Zeugnis zuverlässiger Kenner ihrer Gesinnung ein starker Zuwachs der sozialistischen Stimmenzahl für die Vertretungskörper von ihnen zu erwarten sein.

So reichen sich fernste Urzeit der Gattung und ferne Zukunft derselben in Britisch-Columbia die Hand, die Indianer, die ihren Stammeskommunismus im Kampfe mit dem Kapitalismus der weißen Rasse untergehen sehen, schließen sich jener Kämpfergruppe an, welche sich die Wiederherstellung ihres kommunistischen Gedankens auf höherer Entwicklungsstufe zum Ziel gesetzt hat.

MORALISCHE & RECHTS- ENTWICKLUNG

DR. JULIAN MARCUSE, MÜNCHEN: SEXUELLE
ETHIK UND CHRISTENTUM.

DER sexuelle Trieb ist nicht, wie in der Gegenwart so vielfach behauptet und zum Ausgangspunkt einer Reihe psychologischer Schlüsse genommen wird, die einzige Wurzel der mächtigsten menschlichen Erregungen, der glänzendsten menschlichen Fähigkeiten von Mitgefühl, Kunst und Religion; in dem komplizierten menschlichen Organismus, in dem alle Teile so vielfaserig und so eng verwoben sind, kann keine noch so große Manifestation auf eine einzige Quelle zurückgeführt werden. Aber der sexuelle Trieb geht in großem Maße in die Erregungen und Fähigkeiten mit ein und gibt ihnen Form auf Grund seiner beiden ureigensten Eigenschaften: er ist in erster Linie der tiefste und leidenschaftlichste der menschlichen Triebe, in zweiter Linie kann er sich zum großen Teil in eine neue Kraft umwandeln, die sich zu den außerordentlichsten und verschiedensten Dingen umgestalten läßt. So kann man angesichts aller dieser Äußerungen behaupten, daß im eigentlichen Sinne, wenn auch mit den verschiedensten Elementen fein vermischt, das erotische überall im Leben eine mitwirkende Rolle spielt.

Die Erkenntnis von dieser treibenden Kraft des Sexualtriebes geht bis auf die ursprünglichsten Zeitepochen des Erdenlebens herab, mit dem biblischen Mythos vom Sündenfall hebt das Sexualproblem in all seiner umfassenden Bedeutung für das Menschengeschlecht an. Durch die Übertragung des Begriffes „Sünde“ auf den Geschlechtsverkehr wurde der ursprünglich einfache Naturvorgang zu einer unversiegbaren Quelle zahlloser Konflikte gemacht, die in das Leben des Individuums wie der Gesellschaft mit der unwiderstehbaren Kraft seelischer Beeinflussung eingriffen. Denn zweierlei gebiert das Bestreben, diese treibende und gestaltende Kraft des Sexualtriebes leugnen, oder aber durch die Fiktion der Ursünde die Abtötung des Fleisches und damit den Leidbegriff, der als christliche Schicksalsidee der Gattung Mensch vorgesetzt ist, proklamieren zu wollen: Einmal eine lebenshemmende, ja bis zu einem gewissen Grade lebensvernichtende Weltauffassung, die in ihrer höchsten Entwicklung als Askese im urchristlichen Sinne zum Selbstzweck wird, und zweitens innerhalb des Individuums durch den Widerstreit zwischen Lebensprozeß und moralischem Imperativ, zwischen gefühlsmäßigen Antrieben und dieselben verdammenden Glaubenssätzen einen Konflikt, in dem — das hat die Weltgeschichte in allen Phasen ihres Seins gelehrt — die „sündige“ Menschheit unterliegt. Askese und Ausschweifung sind die Begleiterscheinungen bald des einen, bald des anderen Zeitalters christlicher Sexualethik gewesen! Und diese beiden psychologischen Ergebnisse mußten entstehen auf der Basis der von Grund aus falschen Annahme, als seien Sittlichkeit und Unsittlichkeit Seelenvermögen, Potenzen, die als gegeben zu erachten seien, und aus denen dann die einzelnen entsprechenden Handlungen quellen. Diesem Phantom von der Sittlichkeit als einem relativ für sich bestehenden Wesen, als einer höheren Kraft, die über den einzelnen Kräften des Organismus steht, ist erkenntnistheoretisch gegenüber zu stellen, daß, wenn wir den Akt, in dem sich Verdienst und Schuld sittlichen Handelns realisieren, verstehen wollen, wir die einzelnen psychischen Kräfte,

die einzelnen Vorstellungen und den Grad ihres Gewolltwerdens untersuchen müssen. Und hierbei stoßen wir auf phylo- und ontogenetische Grundgesetze, vor allem auf Gattungserfahrungen: Im Nachkommen sind die Willensakte früherer Generationen als angeborene, gefühlsmäßige Veranlagung verdichtet, gerade wie ihre Erfahrungen in ihm als von vornherein gegebene Vorstellungen, ihre Handlungen als fest gewordene Bewegungsmechanismen erscheinen; es ist der Weg der Kultur, die ganz allmählich in jahrtausendlangem Weiterschreiten zur Entwicklung des ethischen Bewußtseins führt. Jenes ethische Bewußtsein aber kristallisiert sich aus einer Summe von biologischen Faktoren heraus, die in den Zeiten, Verhältnissen und menschlichen Gemeinschaftsbildungen verankert sind, und ihrerseits wiederum Recht, Sitte und Moral jeweiliger Entwicklungsepochen gestalten. Unter diesen nenne ich als die bestimmendsten: Umfang der Lebensbedingungen einer Gemeinschaft, Familienform, politische Verfassung, Technik der Naturbeherrschung und damit Wirtschaftsleben, soziale Neu- und Umbildungen. Mit ihnen entstehen neue menschliche Gefühls- und Willensveranlagungen, mit einem Wort eine neue Moral mit ihren Auswirkungen in die Gebiete des Rechts, der Sitte, ja selbst des Glaubens. Diese Moral schöpft ihre Reaktionen aus dem gewaltigen Beziehungszentrum „Wohl der Gesamtheit“, sie wird also zur Sozialmoral, die ihre ethische Wertung in der Förderung des Gemeinwohles findet, letzteres aber nicht als ein abstrakter Begriff gedacht als vielmehr als die Summation aller Handlungen und Eigenschaften, die den das Gemeinwesen bildenden Gruppen, Berufsständen, Einzelindividuen eigentümlich sind. Aus dieser Form der Evolution wächst ein Wille zum sittlich Guten heran, der in erster Linie Ergebnis der angeborenen Veranlagung, in zweiter der Erziehung ist: Und in der Erziehung selbst sind die Wirkungen der sittlichen Ermahnungen schemenhaft gegen diejenigen der Lebensführung, des Beispiels, der Suggestion. Und die intellektuelle Belehrung dieses Willens zum sittlich Guten, das ist die Aufgabe der Ethik, die ihre ganze Totalität aus den sozialen Beziehungen der Menschen untereinander schöpft. Diese Kongruenz des sittlichen, das heißt sozialen Handelns mit dem eigenen Glücksgefühl, erzeugt folgende sexual-ethische Postulate: Freie Entfaltung des Individuums, zugleich aber seine Einordnung in die sittliche Gesamthaltung der Zeit, eine von den Fesseln engbrüstiger Bevormundung und maßloser Unduldsamkeit befreite monogamische Eheform, die aber wiederum der Verpflichtungen gegen die ethischen beziehungsweise sozialen Grundforderungen der Gesellschaft sich vollbewußt ist, eine natürliche und damit lebenswahre Auffassung des Geschlechts- und Liebeslebens und als Resultante hiervon das Erwachen eines sozialen Pflichtbewußtseins gegen die an sich von der staatlich sanktionierten Liebesform abhebenden Erscheinungen. Diese Auffassung involviert auf der einen Seite den Kampf ebenso gegen den Dämon des wilden Triebes, wie gegen den lebensverneinender Asketik, auf der anderen Seite den Schutz der Mutterschaft, wo und wie dieselbe auch in die Erscheinung treten mag, den Schutz und die Obhut des unmündigen Wesens, die Hebung der sittlich Gefallenen als Erscheinungen hereditärer Entartung oder sozialökonomischer Verhältnisse, und wo immer auch die vielgestaltigen Daseinsformen des menschlichen Liebeslebens sich zeigen mögen!

Das sexual-ethische Problem ist in das öffentliche Bewußtsein der modernen Menschheit erst in dem Augenblick getreten, wo soziale Phänomene an

das Gefüge der Gesellschaft derart pochten, daß sie gehört werden mußten, sollte nicht der Bestand eben dieser Gesellschaft aufs höchste gefährdet werden. Diese Erscheinungen waren das Wachstum der Prostitution und die erschreckende Zunahme der Geschlechtskrankheiten. Von der Erkenntnis ihrer Verbreitung und ihres ursächlichen Zustandekommens, ihres Zusammenhanges mit ganz bestimmten Formen des Wirtschaftslebens und durch dasselbe erzeugten Bedürfnis-trieben, ging der forschende Geist dazu über, den Sexualtrieb biologisch und physiologisch zu analysieren und seine Ausstrahlungen auf die körperliche und geistige Beschaffenheit des Individuums wie die der Völker und Rassen zu bestimmen. Hierbei offenbarte sich einmal die außerordentlich starke Abhängigkeit des Sexualtriebes von sämtlichen Sinnesenergien des Menschen — und damit reifte die Erkenntnis des Liebes- und Geschlechtslebens der Völker und der tausendfältigen Beziehungen zwischen demselben und allen Phasen körperlicher und geistiger Kultur — und weiterhin die untrennbare Verknüpfung der körperlichen Erscheinungen der Sexualität mit dem Wesen der Liebe, jener die Gattung veredelndsten Form der Auswahl des Menschengeschlechts! Dieses letztere Phänomen verbindet den Sexualtrieb, dessen Einschränkung als reiner Gattungszweck damit fällt, mit allen Äußerungen und Regungen der Menschen- und Volksseele und gestaltet ihn zum dominierenden Faktor des Lebens- und Glücksbegriffs. In der Hervorhebung des Individuums als Träger des Sexualtriebes und der damit zusammenhängenden körperlichen und seelischen Vorgänge liegt der Wesensbegriff der modernen Auffassung von Liebe und Geschlechtsverkehr; über das Generelle hinaus schreitet in seinem Drang nach Daseinsglück der Mensch und nur im Effekt seines Trieblebens liegt der Gattungs- und Artbegriff als ewig waltendes Gesetz verborgen. Die Bejahung der Persönlichkeit auch in der Ehegemeinschaft und damit die gegenseitige Harmonie als einziges Kriterium ihrer biologischen wie ethischen Berechtigung, das sind die kulturellen Momente, die die intellektuelle Erkenntnis hineingetragen hat in den ursprünglichen, erbarmungslos-kalten und seelenlosen Begriff des ausschließlichen Gattungszweckes der Ehe, wie ihn die christliche Ethik als einzig und allein berechtigten von jeher angesehen hat.

Mit dieser neuzeitlichen Individualisierung der Ehe offenbarte sich auch die soziale Struktur dieses ursprünglichsten aller Gesellschaftsbegriffe, und es wurden die Zusammenhänge klar, die zwischen Wirtschaftsleben und Eheschließung in so tausendfältigem Maße bestehen. Die Geldehe, die Eheunlust, die Unmöglichkeit der Eheschließung für ein zahlreiches weibliches Kontingent, das Hinausschieben der Gemeinschaftsverbindung auf ein höheres Lebensalter, die Unbefriedigung in der Ehe und last not least die Prostitution und alle mit ihr zusammenstehenden Erscheinungen, sie stellen entwicklungsgeschichtlich betrachtet nichts anderes dar als unmittelbare, aus dem Schoße der sozialwirtschaftlichen Verhältnisse herausgeborene Kristallisationen. Und weil sie mit allen ihren Wurzeln in dem Sozialgebilde der modernen Gesellschaft haften, weil ferner das fast bis zum Unerträglichen gesteigerte Verantwortlichkeitsgefühl im neuzeitlichen Wirtschaftsleben als souveräne psychologische Erscheinung den Erregungsgenuß gezeitigt hat, deshalb kann nur vom sozialphysischen wie -psychischen Boden aus eine Abhilfe schadenbringender Gebreite, eine Ertötung giftschwangerer

Keime erfolgen. Und an diese Strebepfeiler der modernen Kultur muß auch die Erziehung des Individual- wie Volkscharakters anknüpfen, von hier aus müssen und können allein die Probleme des Ehe- und Geschlechtslebens einer Lösung entgegengeführt werden. Die zur Erreichung dieses Zieles erforderlichen Mittel und Kräfte gebiert in erster Reihe das klare Erkennen und Wollen — ohne daß jedoch Empfindung und Gemüt gänzlich ausgeschaltet wären —, jener den Zusammenhang alles Menschlichen mit den Gesetzen der Entwicklung und Fortbildung erfassende Intellekt und die Einsicht in die biologische Notwendigkeit der sozialen Organisation der Gesellschaft. Hieraus leiten sich unschwer die erzieherischen Hebel zur Stärkung des Verantwortlichkeitsgefühles ab, auf diesem Boden allein erwächst eine ethische Bewußtseinssphäre und die hieraus resultierenden Handlungen des Menschen. Als Untergrund der sittlichen Konstitution des Gesellschaftskörpers bleibt die Monogamie bestehen als bester Erziehungsboden zur Stäte, zur Konzentration der Gefühle und des Willens, aber nur dort, wo sie sich auf sittlich-reinem Fundament aufbaut! Wo dies nicht der Fall, da gehört sie gesprengt und gelöst, da bilden die Zwangsmittel der Kirche und des Staates nichts als eine Verkleisterung der Lüge, des Truges und der Vergiftung der Nachkommen. Zur Gestaltung einer solchen vorbildlichen Ehe bedarf es aber weder des himmlischen Eros, noch des priesterlichen Segens, noch der Verheißung vom Jenseits. Die neue Ethik schöpft ihre wirkenden Kräfte aus dem Intellekt und mit ihm düngt sie den Willen zum sittlich Guten: Dieser selbst ist in erster Linie Ergebnis der angeborenen Veranlagung, in zweiter der Erziehung und des gesamten sozialen Milieus. Die neue Ethik will die Selbstbeherrschung, die Bändigung der Triebe gerade aus sozial-ethischen Momenten heraus, und sie erreicht dies ungleich eher wie die alte Ethik, deren Ohnmacht gerade auf der Unterdrückung des Erkennens und Wollens zugunsten unklarer Gefühlsvorstellungen und irregeleiteter Triebe beruht. Die neue Ethik ist nicht Natursklaverei, sondern sie sucht die Gesetze und Lehren der Natur zu hören und sie zu beachten, statt wie das Christentum es zeitlebens getan, sich über dieselben zu erheben und sie gewaltsam zu unterdrücken: Und deshalb legt die neue Ethik ihren Geboten die Gesetze des organischen Werdens und Geschehens, der wirtschaftlichen Gestaltung und Entwicklung des Gesellschaftskörpers zugrunde. Deshalb sucht sie die Einflüsse des sozialen Milieus auf Soma und Psyche des Individuums zu erforschen und an der Hand derselben Entstehung und Wechsel der Moralbegriffe zu erklären, deshalb ordnet sie mit einem Wort den Typus „Mensch“ ein in die das Sein auf Erden umspannenden Gesetze und ihre einzig und allein dem Kausalitätsgesetz entsprechenden Vorgänge und Geschehnisse. Der Mensch, ein Produkt aus generativererbten und erworbenen Anlagen — und die letzteren als Summation von sozialem Milieu, Erziehung und suggestiven Einflüssen gedacht — das ist unsere Erkenntnis von heute! In diesem ewig dahinflutenden Strom des Lebens gibt es nichts Starres, nichts Unabänderliches, sondern nur ein Werden, das stets fort und fort Neues erzeugt, stets vorwärts drängt als natürliche Triebkraft der progressiven Entwicklung! Und in diesem Sinne werden und bilden sich neue ethische Begriffe und ethische Wertungen, neue Ideale, die Natur und Geist miteinander einen und in diesem Monos allein Menschenwerdung und Menschensein bedeuten! *)

*) Ich verweise diesbezüglich auf meine vor kurzem erschienene Schrift „Die sexuelle Frage und das Christentum“. Leipzig 1908. Dr. Werner Klinkhardt.